

elam

**MAGAZIN FÜR
JUNGE LEUTE**

Mode:

**Jetzt in
Sack und
Asche**

Olympia-Stadt
unter der Lupe:

**Waldi
dackelt für
München**

VW Betriebs-Report:

Wo Käfer über Menschen herrschen



HERAUSGEBER

Bernhard Jendrejewski,
Jürgen Laimer, Rolf Jürgen
Priemer, Karl Hubert
Reichel, Ulrich Sander,
Karl Heinz Schröder,
Dr. Peter Schütt, Pastor
Horst Stuckmann, Werner
Weismantel

CHEFREDAKTEUR

Hans-Jörg Hennecke

STELLV. CHEFREDAKT.

Peter Bubenberger, Köln
(verantwortlich)

REDAKTIONSBEIRAT

Wolfgang Bartels, Peter
Berg, Rainer Birenheide,
Günter Boncelet, Elke
Dahl, Jerken Diederich,
Detlef Holste, Gisela
Holzmüller, Reinhard
Junge, Roland Lang,
Werner Maletz, Ingolf
Riesberg, Georg Rohde,
Ruth Sauerwein, Helga
Riesberg, Werner
Stürmann, Peter Schröder

GESTALTUNG

coopcreative
Jerken Diederich/
Annette Welke

REDAKTION

46 Dortmund,
Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

VERLAG

Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund,
Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

VERLAGS- GESCHÄFTSFÜHRER

Werner Maletz

PREIS INLAND

Einzelpreis DM 1,-
einschl. Mehrwertsteuer/
Jahresabonnement DM 13,-
einschl. Zustellgebühr

KONTEN

Weltkreis-Verlags-GmbH
Bank für Gemeinwirtschaft
Dortmund,
Konto 10068742
Postscheckkonto Ffm.,
Konto 203290

DRUCK

Heska,
Klein-
Krotzenburg



UNO

Das verhält sich wie mit der Volksrepublik China und der UNO: der Antrag kommt immer wieder auf den Tisch. Nur warten Sie bitte nicht 22 Jahre mit der Zustimmung. Denn ob das Ansehen des Bundesjugendringes in dem Maße steigt, wie Antäge der SDAJ nötig werden, wage ich zu bezweifeln.

Ulrich Sander in der Begründung des SDAJ-Aufnahmeantrages beim DBJR, 24.11.71

Räder rollen

Trotz des Produktionsstopps stehen bei VW in Wolfsburg noch nicht alle Räder still: Angehörige des Werkschutzes rollen mit Fahrrädern durch die leeren Hallen.

Westfälische Rundschau, 8.12.71

Masochisten gesucht

Als Augenzeugen sucht der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) Fachleute aus über 100 Berufen, die den Anblick von Armut, Ignoranz und Ausbeutung ertragen können.

Werbeprospekt des DED, Dezember 1971

Neubauten

In der Ratsdebatte einer Schweizer Stadt erklärte ein Redner: „Bei den modernen Wohnungen ist noch vieles zu verbessern. So kann man das Fernsehprogramm des Nachbarn zwar hören, aber noch nicht sehen.“

ÖTV-Magazin, 1/72

PFUNDS SACHEN



Schildbürger

Der britische Premierminister Heath wurde mit dem „Europa-Preis für Staatskunst“ der ... Stiftung F.V.S. ausgezeichnet. Zu den Auszeichnungen, die die seit 40 Jahren bestehende Stiftung F.V.S. vergibt (die Bedeutung dieser Abkürzung ist unbekannt), gehören ... der jährlich verliehene Herder-Preis.

„Die Welt“, 8.12.71

Umweltschutz

Esch wird bekannt gebebe, dasch von morgge früh an niemand mehr in de Bach scheiße darf, in dem der löbliche Magischtrat übermorgge Bier braue thut!

Schwäbische Gemeindeanordnung aus dem Jahre 1768

Heiliger (Wein-)Geist

Zwei Mönche des St. Anna Klosters in dem nordgriechischen Ort Skiti sind in einer Tonne Anisschnaps ertrunken, nachdem sie nach reichlichem Alkoholgenuß in den Behälter gestürzt waren.

„Die Welt“, 20.11.71

Prekärer Schwachsinn

Finnland bietet das extreme Beispiel einer prekären Neutralität, die fern der Möglichkeit, an westlicher Sicherheit teilzuhaben, die Anstrengung des freiheitlichen Lebens neben dem östlichen Koloß als Dauerzustand dokumentiert.

Loyal-Wehrmagazin, 12/71

Ungewöhnlich

Einen Heinrich-Heine-Kalender für 1972 hat die DKP des Rheinlandes herausgegeben ... Unter ungewöhnlichen Umständen wäre Heine 1972 175 Jahre alt geworden.

Berliner Extradienst, 15.12.71

Mut beim Malochen

Arbeitsschutzkongreß 1971 – Trotz hoher Unfallzahlen Mut nicht sinken lassen!

Überschrift in „Die Quelle“, 12/71

Preisrätsel

Zwei streitbare Männer. Der eine wollte seinem Volk mehr Freiheit gewinnen, was am Widerstand einiger Nachbarstaaten scheiterte. Der andere führte die Truppen seines Landes in sechs Tagen zum Sieg über einige Nachbarstaaten, die die Freiheit seines Volkes bedrohten.

Preisfrage der Münchner Abendzeitung vom 10. 11. 71. Antwort: ... 1. Dubcek, 2. Davan!!!



In einer Kölner Buchhandlung: Vorsitzende unter sich



Lieber Leser,

Das deutsche gesellschaftliche Klima ist unternehmerfeindlich. Es ist extrem unternehmerfeindlich.“ Diese Zeilen ließ der große Freund der großen Bosse, Axel Springer, in der Neujahrsausgabe seiner „Welt am Sonntag“ verbreiten.

Nanu, ist zum Jahreswechsel – in der Silvesternacht etwa – zwischen Rhein und Elbe der Sozialismus ausgebrochen?

Natürlich nicht. Wer seine Umgebung nicht gerade durch Springers Brille anschaut, wird unschwer feststellen können, daß die Unternehmer hierzulande mit sehr viel Beredrigung und Champagner auf das Jahr 1972 anstoßen konnten. Und so fordert er zitierte „Welt am Sonntag“-Kommentar dann auch mit unverblümter Offenheit, was das Jahr 72 werden soll: „Jahr der Unternehmer“.

Und wer dieses „Jahr der Unternehmer“ gefährdet, wird dem Leser dann auch Tag um Tag mitgeteilt: linke Jusos einerseits – und in besonderem Maße die konsequent sozialistischen Organisationen DKP, SDAJ und MSB Spartakus. So läßt man Zeitungsartikel schreiben, in denen diese Organisationen in einem Atemzug mit Bankräubern und Erpressern genannt werden, um zu ihrem „Großbreinemachen“ aufzurufen. Verbotsforderungen und Verbotsdrohungen beherrschen die Zeilen der Herrschenden.

Hier wird deutlich: die Nachbeter der Unternehmerschaft sind in Angst geraten. Weil unter ihren Augen ein „Gespenst“ durch die Bundesrepublik wandert. Emörungsschreie begleiten gemeinsame Ak-

tionen, mit denen junge Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschafter, Naturfreunde und Christen für die Rechte der arbeitenden Mehrheit unseres Landes eintreten. Die Unternehmer, ihre Politiker und Zeitungsschreiber wissen sehr genau, was die gemeinsame Aktion zu leisten vermag. Warum wurde die Rot-Punkt-Bewegung in Hannover zu einem vollen Erfolg? Warum kann die Vietnam-Initiative (in der Jusos, Jungdemokraten, SDAJ, Falken und Naturfreundejugend gemeinsam arbeiten) einen ständig steigenden Einfluß erreichen? Warum verlaufen Streikkämpfe so einheitlich und geschlossen – und damit erfolgreich?

Darum die hektischen Versuche, z.B. die SDAJ zu diffamieren, um sie von anderen progressiven Kräften zu isolieren. Wer das in der progressiven Jugendbewegung mitmacht, schadet letztlich sich selbst und der allein erfolgreichen gemeinsamen Aktion. Die SDAJ hat, ausgehend von dieser Erkenntnis, Forderungen und Vorschläge in einem Kampfprogramm „Fünf Grundrechte der jungen Generation“ zusammengefaßt und stellt sie zur Diskussion. Der Entwurf liegt dieser elan-Ausgabe bei. Natürlich sind die einzelnen Forderungen und Vorschläge nicht von SDAJ-Mitgliedern am grünen Tisch ausgeknobelt worden. Sie entstanden in der Jugendbewegung unseres Landes. Bei den Aktionen der Lehrlinge und Jungarbeiter, Schüler und Studenten, Soldaten und Kriegsdienstverweigerer. Auf den Kongressen der Arbeiterjugendorganisationen. Das sind Forderungen, die von jungen Sozialdemokraten, Sozialisten und Kommunisten, Liberalen, Gewerkschaftern und Christen gestellt wurden.

Die SDAJ ist Teil der wachsenden demokratischen Jugendbewegung in der Bundes-

Wem nützt Aktionseinheit?

republik. Und eben deshalb stellt sie den Entwurf der „Fünf Grundrechte“ in Vorbereitung ihres 3. Bundeskongresses nicht nur ihren Mitgliedern zur Diskussion. Die SDAJ ruft alle auf: Lest diesen Entwurf! Sprecht darüber in Betrieben, Schulen und Jugendgemeinschaften. Macht Vorschläge. Diskutiert mit. Schreibt eure Meinung: SDAJ, 46 Dortmund, Brüderweg 16.

Vor allem: schiebt Trennendes beiseite! Schließt Euch zusammen! Denn gemeinsam sind wir stärker!

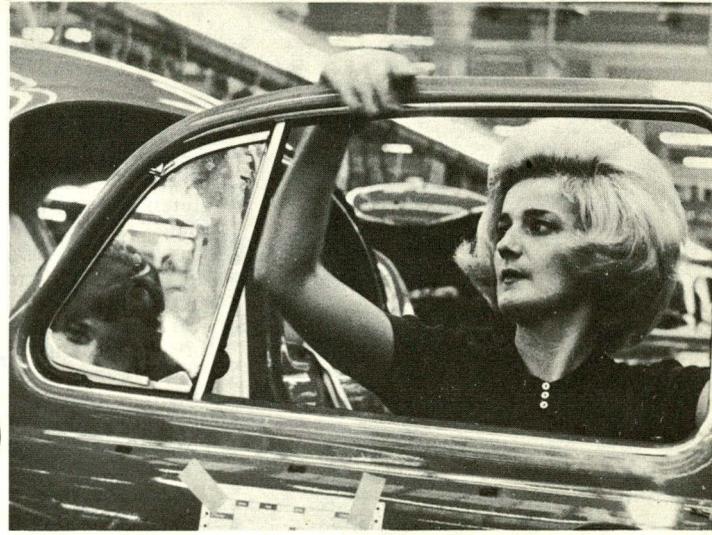
(Rolf Jürgen Priemer)

Inhalt

Arbeiterjugend	
Wo Käfer über Menschen herrschen / VW-Betriebsreport	4
Bergbau-Reportage	12
Arbeiterjugend in Aktion: Überall Jugendvertreter wählen / elan-Interview	14
Olympia	
Waldi dackelt für München	8
Arno-Ploog-Comic	10
Report	
Menden – Gesicht einer Kleinstadt	16
Story	18
Jugendpolitische Blätter	
Dr. W. Petschik:	
Berufsausbildung	19
Hamburger Jugendring	20
FDJ Westberlin	25
Dimitroff an die Jugend II	26
Forum der Jugendverbände	21-24
Löwenthals Märchenstunde	
SDAJ-Landeskonferenzen	
Beschlüsse der 8. Bundesjugendkonferenz III	
Monatsmagazin	27-30
Militaristen geht es an den Kragen / Gemeinsam gegen Franco / Überall: Roter Punkt / Rathausbesetzung / Quittung für Zivilcourage / Lohnsteuer-Jahresausgleich	
Tagebuch der Redaktion	31
Frühjahrskampagne	
Aktionswoche Ostern 1972	32
Internationales	
Bangla Desh	34
Kultur und Freizeit	36-39
Der Vater des „Seewolfs“ / In Sack und Asche / Flöhe contra Fernsehen	
Leser	40

Titelfoto: G. Rossenbach
Fotos: ap (1), Wolfgang Bartels (2), dpa (3), Werner Hartkorn (1), Rudolf Hilburg (2), HO-Bild (1), Jürgen Küpper (1), Moser (1), Olympia-Photo (2), Klaus Rose (3), Manfred Scholz (1), Teldec/Bildarchiv (1), UZ (1), WDR (2), ZDF (1)





Wo Käfer über Menschen

Beim Verkehrsverein bekommen wir freundlich Stadtplan, Ansichtskarten und das „Aktuelle Wolfsburg – Monatsheft der Volkswagenstadt“ überreicht. Besondere Sehenswürdigkeiten: an erster Stelle das Volkswagenwerk natürlich! Wolfsburg und VW-Werk gehören zusammen wie ein mittelalterliches Dorf und seine Ritterburg. Vorgelagert sind riesige Parkplätze, Gleisanlagen und der Mittellandkanal. Nun, man braucht nicht dreimal ins VW-Horn zu tuten, damit die Zugbrücke heruntergelassen wird. Das ist heutzutage viel bequemer! Auf dieser Seite gelangt man in die Käfer-Hochburg durch zwei Tunnel: breite Rolltreppen nehmen das Treppensteigen ab, und die Überwachung erfolgt elektronisch durch Fernsehkameras, die in die Tunneldecke eingelassen sind.

Die Kollegen Harald Koch und Alfred Riebe erwarten mich. Ich möchte mich über die Arbeit des Jugendvertrauensleutkörpers bei ihnen informieren. Jugendvertrauensleutkörper? Ja – im VW-Werk besteht so etwas. Und deshalb waren wir auch nach Wolfsburg gefahren. Denn das ist bestimmt eine Sache, die elan-Leser interessiert!

„Ja, was willst du denn wissen?“ Nun, möglichst alles natürlich! Aber wo soll man

Jugendvertrauensleute – was ist das?

da anfangen? Vielleicht erst einmal ein paar Zahlen: Der Jugendvertrauensleutkörper hat 70 Mitglieder, die 1 200 Lehrlinge und 400 Bürogehilfen vertreten.

Gewählt werden sie in den Werkschulklassen, die 10 bis 20 Lehrlinge umfassen. Die Lehrlinge sind in vier Jugendbereichen zusammengefaßt, z.B. Bereich 1: Werkzeug-

macher, Galvaniseure und Härter. Die Vertrauensleute jedes Bereichs treffen sich einmal im Monat für zwei Stunden. Während der Arbeitszeit natürlich. Für jeden Bereich ist ein Jugendvertreter verantwortlich. Auf diesen Sitzungen werden die Probleme, die aufgetreten sind, durchgesprochen.

Fragen, die die Jugendvertrauensleute nicht lösen konnten, werden der Jugendvertretung übergeben. Denn da der Jugendvertrauensleutkörper im Betriebsverfassungsgesetz nicht verankert ist, gilt nur die Jugendvertretung als offizieller Verhandlungs-„partner“ für die Betriebsleitung.

Und selbst das ist ein Erfolg – geht es doch in anderen Betrieben nur über den Betriebsrat. Ferner findet einmal monatlich eine koordinierende Sitzung der Bereichsleiter statt. Der gesamte Vertrauensleutkörper kommt vierteljährlich zusammen. Jeder Vertrauensmann hat vor dem Werksunterricht 10 Minuten Zeit, seine Kollegen ohne Beisein des Lehrers zu informieren. So, das waren einige Fakten.

Wie die Zusammenarbeit mit der Jugendvertretung klappt?

„Die ist in Ordnung. Zwischen Jugendvertretung und Vertrauensleutkörper herrscht ein guter Informationsfluß und eine enge Zusammenarbeit.“

Überhaupt ist der Jugendvertrauensleutkörper aus der Erkenntnis entstanden, daß die fünf Jugendvertreter, die das Betriebs-

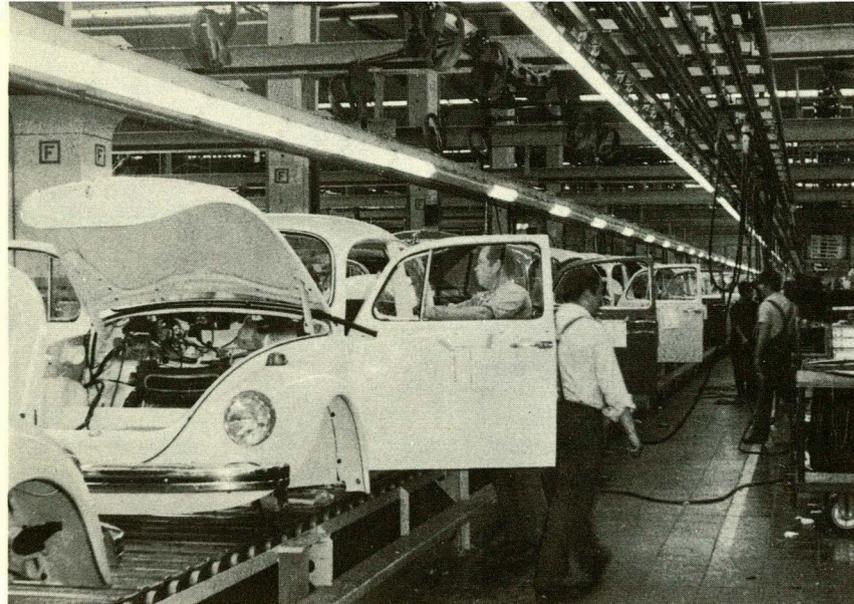
„Ihr habt einfach so verhandelt?“

verfassungsgesetz bisher als Höchstzahl zuließ, nicht in der Lage sind, allein die Interessen von 1 600 Jugendlichen zu vertreten. Und auch mit den im neuen BVG zugestandenen neun Vertretern wäre das nicht drin. Das ist ein Problem, wie es sicher auch in anderen Großbetrieben steht.

In seiner jetzigen Form besteht der Vertrauensleutkörper seit etwa zehn Jahren. Hat er sich bewährt? Aber ja. Obwohl es natürlich immer noch besser gehen könnte. Ich möchte konkrete Beispiele haben. Nun, da war das Rauchverbot für Lehrlinge, freitags zwei Stunden lang die ganze Halle fegen. Das konnte abgestellt werden.

Oder: die gewerblichen Lehrlinge hatten während ihrer Ausbildung in der Produktion größtenteils Handlangerdienste für die Gesellen zu leisten, denen sie zugeteilt waren. Jetzt werden die Lehrlinge in Gruppen zusammengefaßt, in denen sie selbständig arbeiten. Ein Ausbilder betreut sie dabei. Wie das erreicht wurde? Die Jugendvertretung hat mit der Ausbildungsabteilung und den Abteilungsleitern verhandelt.

Das hört sich alles sehr glatt an. „Ihr habt einfach so verhandelt? Ist denn die Betriebsleitung sofort auf eure Vorschläge eingegangen?“ Breites Grinsen. Na ja, ganz so leicht war es auch nicht. Die Lehrlinge



Arbeit am Band: Tag für Tag, Woche für Woche, Jahr für Jahr der gleiche Handgriff.

herrschen



standen voll hinter ihrer Jugendvertretung und ihren Vertrauensleuten. In Halle 8 haben sie sogar für diese Forderung gestreikt! Da haben die Bosse lieber nachgegeben. Also ist es hier wie überall in der BRD: nur da, wo die Arbeiter den Unternehmern die Zähne zeigen, können sie ihre Forderungen durchsetzen!

„Und was habt ihr für die Zukunft vor?“ Da gibt es genug zu tun. Im Mai/Juni finden hier, wie überall, Jugendvertreterwahlen statt. Die müssen vorbereitet werden. Ebenso die Jugendvertrauensleutewahlen. Ein Ärgernis stinkt allen: Die Lehrlinge müssen mit einem Schild herumlaufen, auf dem „Auszubildender“ steht. Warum? Wir halten das für eine Diskriminierung! Das abzuschaffen, ist eine Aufgabe, die wir uns

gestellt haben. Außerdem wollen wir eigene Vorstellungen zur Berufsausbildung entwickeln. Das ist sehr wichtig, aber bisher sind wir dazu nicht gekommen. Dabei wollen wir keine Konfrontation mit den Aus-

Ein Schild auf der Brust: „Auszubildender“

bildern, denn wir wissen, unter welchem Druck sie stehen.

Unser Fernziel ist es, bei den Jugendlichen gesellschaftliches Bewußtsein zu entwickeln, damit sie ihre Lage erkennen. Der

Streik in Halle 8 hat sich da sehr positiv ausgewirkt.

Unsere Unterhaltung wird ständig vom Klingeln des Telefons unterbrochen. Außerdem fühlt sich das Büro der Jugendvertretung mit Jugendlichen, die ihre Vertreter sprechen wollen. Die Lehrlinge können jederzeit zur Jugendvertretung kommen, erfahre ich. Außerdem gibt es in jeder Halle einmal in der Woche eine Sprechstunde der Jugendvertretung.

Ein Jugendvertrauensmann kommt herein. Ich frage ihn: „Kommen die Kollegen mit ihren Problemen zu dir?“ Christoph: „Ja. Dabei geht es meistens um Verstöße gegen das Berufsbildungsgesetz, also Kaffee holen, fegen und solche Sachen. Manche versuchen auch, ihre Probleme persönlich



Der Werkschutz sieht alles!



zu lösen. Aber sie sehen immer mehr ein, daß das nicht der richtige Weg ist. Denn selbst dann, wenn sie den Fall für sich lösen können, der Mißstand bleibt für die anderen Lehrlinge bestehen.“

Von Christoph erfahre ich auch, daß sich die Arbeit des Jugendvertrauensleutenkörpers nicht auf den Betrieb beschränkt. Nach Feierabend kommen sie in Arbeitskreisen zusammen. Über die Gewerkschaft werden Schulungen organisiert. So werden auch junge Kollegen auf die Vertrauensleutenarbeit vorbereitet. Auch Christoph meint, daß sich der Jugendvertrauensleutenkörper bewährt hat. Damit der Informationsfluß in Zukunft noch besser wird, werden sie demnächst eine Zeitung herausgeben.

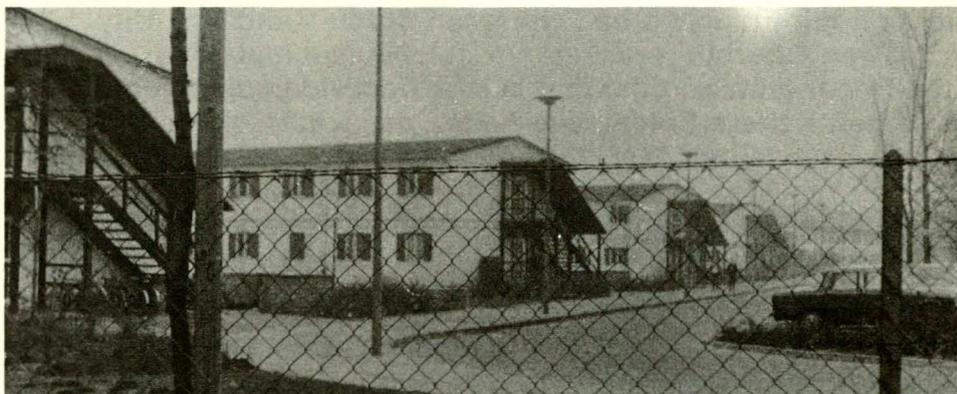
Ich muß mich verabschieden. Beim Hinausgehen schnappe ich noch mal auf: „Wir bekommen keine Waschmittel gestellt. Könnt ihr euch darum nicht mal kümmern?“ „Da mußt du uns genaue Informationen verschaffen. Bekommen die erwachsenen Kollegen...?“

Die Werksbesichtigung ist ungeheuer beeindruckend. Über uns schweben an scheinbar endlosen Bändern VW-Teile. Die riesige Werkshalle ist erfüllt vom Dröhnen der Pressen. In ihrer Nähe erzittert der Boden. In einem Film, der vor der Besichtigung gezeigt wurde, waren auch Maschinen gezeigt worden – aber ohne den Lärm. Es war viel von der „Eleganz der Automaten“ die Rede – Arbeiter waren kaum zu sehen. In den Werkshallen ist das anders.

Ein Arbeiter nimmt eine Radkappe in die Hand, wischt darüber, legt sie auf einen Stapel, der an den Bändern davonschwebt, nimmt eine neue Radkappe . . . immer die gleiche Handbewegung. Stunde um Stunde, Tag um Tag, Jahr um Jahr. „Wie lange machen Sie das?“ frage ich ihn. „Elf Jahre!“ Eine leichte Arbeit, gewiß. Aber elf Jahre lang, acht Stunden am Tag?

„Eleganz der Automaten“ – die Wagenteile rollen gleichmäßig dahin, werden schrittweise zu einem fertigen VW. Die Menschen rollen mit. Jeweils vier schwingen sich hinein, montieren schnell ihre Teile, springen wieder heraus, um den nächsten Platz zu machen. Da muß jeder Handgriff sitzen! So wird alle zwölf Sekunden ein VW fertig – das sind 5 000 am Tag.

Der Reichsadler — unter seinem Zeichen
machte VW Riesenprofite! Das „Italienerdorf“: 40,— DM für ein Bett.



Das Werk ist wirklich ein Gigant! 61 000 Menschen arbeiten hier, davon 11 000 Ausländer.

Gigantisch ist auch die Ausbeutung, die hier betrieben wird. Das VW-Tribunal der

Kommißköpfe für den Werkschutz

SDAJ in Wolfsburg brachte es an den Tag. In Zeugenaussagen und Gutachten wurde der VW-Konzern der Ausbeutung und Unterdrückung aller Beschäftigten, der doppelten Ausbeutung der Lehrlinge, Jungarbeiter, Frauen und ausländischen Kollegen überführt.

Italienische Kollegen berichteten, wie sie wohnen müssen: in zweigeschossigen Holzhäusern, zu dritt auf einem Zimmer, auf dem knapp für zwei Personen Platz ist, eine Toilette und eine Kochgelegenheit für 60 Mann. Das Lager ist von einem Maschendrahtzaun umgeben, am Tor steht der Werkschutz und kontrolliert: Fremde müssen ihren Personalausweis abliefern, Frauen, auch die Ehefrauen der hier Wohnenden, dürfen nicht hinein.

Überhaupt der Werkschutz: 500 davon sind bei VW beschäftigt. Aufnahmebedingung: Unteroffiziersrang bei der Wehrmacht oder der Bundeswehr! Welche Machtbefugnisse der Werkschutz hat, zeigt folgender Vorfall:

Am 1. Mai wurde der Werkschutz aktiv. Er fotografierte die italienischen Kollegen, die an der Maidemonstration des DGB teilnahmen. Anschließend wurden diese Kollegen ins Personalbüro zitiert: Viele von ihnen kamen aus dem Urlaub nicht zurück — Demokratie nach VW-Art! Mit der Selbstherrlichkeit mittelalterlicher Fürsten regieren die VW-Bosse das Werk. Auf

„ihrem“ Territorium ist der Werkschutz zugleich Leibwache, Polizeiapparat und Spitzeldienst. Die Bosse sind alles, die Arbeiter sind nichts! Grundgesetz? Unbekannt.

Ebenso wurden auf dem Tribunal die Ausbeutungspraktiken in den ausländischen Zweigwerken in Brasilien, Mexiko, Südafrika und Australien behandelt. In Südafrika konnte z.B. durch verschärfte Ausbeutung eine 45prozentige Dividende erreicht werden!

Interessante Tatsachen wurden auch über den Einstieg des VW-Konzerns in die Rüstung beleuchtet: Mit dem VW 181 — auch „Wiesel“ genannt — setzt der Konzern seine Tradition aus dem 2. Weltkrieg fort. VW gehörte schon damals zu den größten Rüstungsprofiteuren. Der VW 181 wird nach dem System des VW 1 500 gebaut. Außer Spurweite und Karosserie gibt es da kaum Unterschiede. Eine Umstellung der Produktion ist jederzeit möglich! Und die Bundeswehr spart sich teure Wartung und Lagerung. Denn VW-Werkstätten gibt es schließlich überall.

Wie Rüstung verschleiert wird

Daß VW die guten profitablen Tage des dritten Reiches, in denen die Gewerkschaften verboten waren und Kommunisten und Sozialdemokraten in Konzentrationslagern saßen, in guter Erinnerung hat, fällt schon an den Toren auf: markige Embleme, und Sprüche sollen wohl für die richtige Stimmung sorgen. Unser Foto zeigt da nur ein Beispiel. Ein besonderes Kapitel ist die Abhängigkeit der Stadt Wolfsburg vom Volkswagenwerk. 58 % der Erwerbstätigen sind bei VW beschäftigt. „Früher waren es noch mehr“, berichtet uns Herr Maaß von der

Pressestelle. Die Stadt weitet den Dienstleistungsbereich aus und schafft dadurch neue Arbeitsplätze. Aber neues produzierendes Gewerbe, das die Monopolstellung von VW beeinträchtigen könnte, kommt nicht in Frage. In wessen Interesse liegt das? In dieser Stadt ist alles auf Gedeih und Verderb dem Konzern ausgeliefert: die Arbeiter und Angestellten, ob sie nun direkt bei VW arbeiten oder in Geschäften, Werkstätten und Wirtschaften; die Geschäftsleute sind genauso abhängig wie die Stadtväter und der Sportverein.

Diese Stadt gehört VW

Das wird besonders deutlich, wenn man erfährt, daß die Fernbeheizung von 90 % aller Wohnungen und die gesamte Stromversorgung vom Werk aus erfolgt!

Wolfsburg wird stolz als eine reiche Stadt bezeichnet. Schon als wir in die Stadt kommen, sehen wir riesige Baugelände. Wir fahren an großen, modernen Neubauvierteln vorbei. Aber — ein Tag Kurzarbeit bedeutet 100 000,— DM Steuereinnahmenverlust für Wolfsburg! Was wird aus der Stadt, was aus ihren fast 100 000 Einwohnern, wenn die Produktion eingeschränkt wird? Erste Anzeichen hat es am Jahresbeginn gegeben! Herr Maaß gibt sich optimistisch: „In der Konjunktur gibt es immer eine Wellenbewegung. Es geht schon wieder nach oben.“ Mit anderen Worten: Das Schicksal einer ganzen Stadt hängt von den Entscheidungen einiger VW-Bosse, von den Profitinteressen des Konzerns ab!

Hinweis:

Dokumentation über das VW-Tribunal, zu beziehen bei: SDAJ, 3 Hannover, Alte Celler Heerstr. 6 a, 1,— DM

Waldi dackelt für München

Montag, 10. Januar: 1500 Dackel aller Größen und Preislagen wackeln mit Frauchen und Herrchen durch Münchens City. Vorneweg Oberbürgermeister Vogel. Fünfzehntausend Münchener laufen Vogel und seiner Dackeldemonstration hinterher. Heitere Spiele. Wie heiter, das wollte elan an Ort und Stelle erfahren. Georg Rohde sah sich in München etwas genauer um. Was bleibt unterm Strich für die Jugend in der „olympiageschädigten“ Stadt München, in der „die Jugend der Welt“ zu Gast sein soll? Hinter den Kulissen der Werbung sieht es nicht rosig aus.

Rund 225 Tage vor Beginn der XX. Olympiade auf dem Oberwiesenfeld gibt es wenig Anlaß zur Heiterkeit: „Olympiageschädigt“ ist heute ein häufig gebrauchter Ausdruck – und wohl auch ein treffender. Die Münchner Bürger müssen es von den „Preussen“ hören: Die Olympia-Metropole ist die schmutzigste, lauteste und teuerste Stadt in der Bundesrepublik. Die örtliche Presse klagt mit einem Hauch von Lokalpatriotismus über die „Norddeutschen“. Aus der „Weltstadt mit Herz“ wird eine mit Schmerz.

Besonders für die Jugend gibt es genug Grund zu Klagen: In München auch nur einen Bruchteil der „Jugend der Welt“ zu versammeln, bereitet erhebliche Schwierigkeiten.

Hans Joachim Körner, früher tätig im Bundesinnenministerium, ist heute für die Organisation des offiziellen Jugendlagers verantwortlich. „Erstmalig in der Geschichte Olympias ist ein Nationales Olympisches Komitee (NOK) auch Ausrichter eines offiziellen Jugendlagers“, freut er sich. Aber es gibt auch Probleme: „Es gibt Schwierigkeiten bei der Finanzierung, weil das Jugendlager im Reglement des IOC (Internationales Olympisches Komitee) nicht vorgesehen ist.“ Die Folgen blieben nicht aus. Die Aufwendungen für das Jugendlager wurden um eine Million Mark gekürzt. Ebenso wurden im Kulturretat Kürzungen vorgenommen. Von der Darstellung des „neuen Deutschlands“, wie Bundeskanzler Brandt propagierte, droht nur die Super-Show zu bleiben – auf Kosten von Kultur und Jugendbegegnung: Heitere Spiele!

Die Jugend der Welt ist in München unerwünscht. Besonders deutlich wird das an der Situation der Jugendverbände, die immerhin ein internationales Treffen von 23.000 Jugendlichen in München organisieren wollen.

Zwar tönte Hansjörg Maus vom Pressebüro des olympischen Organisationskomitees: „Wir geben den Jugendverbänden natürlich alle denkbare Unterstützung.“ Aber möglich scheint nur sehr wenig. Hoffentlich

bleibt am Ende nicht alles nur „denkbar“. Ich sprach mit Helmut Hofer, Jugendsekretär beim DGB und Mitglied im Koordinationsausschuß zur Vorbereitung des „inoffiziellen“ Jugendlagers.

Helmut Hofer macht nicht den glücklichsten Eindruck: „Vom NOK können wir keine Unterstützung erwarten. Bis vor kurzem sind unsere 23.000 Jugendliche vom NOK als überhaupt nicht existent betrachtet worden.“ Vergleichsweise bescheidene 70.000,- Mark, die der Koordinationsausschuß als finanzielle Unterstützung erbeten hatte, wurden zunächst von der Stadt und schließlich auch vom NOK abgelehnt.

Mit Mühe und Not gelang es, pro Teilnehmer fünf Karten zur Olympiade zu ergattern. Darunter ist aber nicht eine für die Eröffnungsfeier, die Schlußfeier oder einen der Schwimmwettbewerbe.

Ein Programm für die Dauer des Jungentreffens liegt noch nicht vor: Auswirkungen der finanziellen Situation auf die Programmgestaltung.

Am Marienplatz frage ich Jugendliche nach ihrer Auffassung zur Verwirklichung der olympischen Idee in München. Häufige Antwort: „Die Jugend muß wohl zu Hause bleiben.“

Rechtsradikale planen Störaktionen

Helmut Hofer: „Es soll keine Olympiade der Euphorie, kein Rummelplatz, sondern eine kritische Olympiade werden. Es soll echte Begegnungen geben.“ München hat's nötig.

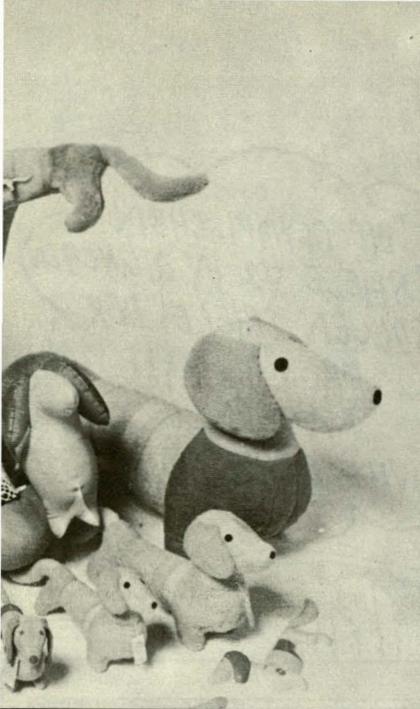
Denn wer in München nicht nur das Hofbräuhaus, den Stachus und die Liebfrauenkirche kennt, weiß außerdem,

– daß München Sitz von 86 (!) neofaschistischen Revanchisten- und Agentenorganisationen ist.

– daß die beiden Hetzsender „Radio Free Europe“ und „Radio Liberty“ dort ihren Sitz haben,

– daß sich die bundesdeutsche Rüstungs-





München '72: große und kleine Dackel, Dackel aus Plüsch, Kunststoff und Holz. Kitsch as Kitsch can.

„Radio Free Europe“ und „Radio Liberty“: vom US-Geheimdienst CIA finanzierte Hetzsender in der Olympia-Stadt. Sie dürfen auch während der Olympiade ihr friedensfeindliches Süppchen kochen.

RADIO FREIES EUROPA
ENGLISCHER GARTEN 1
 ...
 ... LEBEN GERUFEN DURCH SPENDEN DES AMERIKANISCHEN VOLKES
 FÜR DEN
KREUZZUG FÜR DIE FREIHEIT

... kostspielige Zeltdach. Im Hintergrund: der Olympia-Turm“



- 1 Olympia-Stadion
- 2 Mehrzweckhalle
- 3 Schwimmhalle
- 4 Boxhalle
- 5 Radrennbahn
- 6 Volleyballhalle
- 7 Hockeyplätze
- 8 Trainings- und Aufwärmplatz
- 9 Olympisches Dorf
- 10 Rundfunk- und Fernsehzentrum
- 11 Pressestadt
- 12 S-Bahn-Station
- 13 U-Bahn-Station
- 14 Fernsehturm
- 15 Künstlicher See
- 16 Freilichtbühne
- 17 Aussichtsbühne
- 18 Parkplätze
- 19 Olympia-Baugesellschaft

dustrie vorwiegend um die bayrische Landeshauptstadt konzentriert.

Wie die Demokratische Aktion am 4. Januar mitteilte, planen neofaschistische Organisationen Störungen und Demonstrationen gegen die Sportler aus den sozialistischen Ländern.

Die Offiziellen in der Presseabteilung des Organisationskomitees schütteln erstaunt die Köpfe: Nein, sowas. Sie wissen von nichts. Herr Maus, (Presse)-Chef vom Dienst, überschüttet uns mit Freundlichkeit. Er plaudert über die Vorbereitung der Spiele. Dinge, die wir in den Pressemitteilungen selbst hätten nachlesen können. Peinlichen Fragen weicht er aus.

„Vom NOK keine Unterstützung“

„Warum wird elan nicht zur olympischen Berichterstattung zugelassen?“ fragen wir. Denn seit Jahren setzt sich unser Jugendmagazin für die Verständigung der Völker ein. Und schließlich ist elan – wie schon die beiden ersten Ausgaben dieses Jahres zeigen – mittendrin im olympischen Geschehen.

Charmantes Lächeln, bedauernde Geste: „Für die Nominierung der Journalisten aus der BRD ist das NOK zuständig.“ Der Schwarze Peter ist schnell nach Frankfurt geschoben worden. Außerdem: „Das NOK hat uns untersagt, über Dinge Auskunft zu geben, die das NOK verantwortet.“

Hansjörg Maus informierte falsch. Die Wahrheit: Der „Arbeitskreis Akkreditierung“ beim Organisationskomitee wurde vom NOK mit der Auswahl der bundesdeutschen Journalisten bei den Spielen beauftragt. Inzwischen ist klar: Das Jugendmagazin elan und die Jugend der Welt scheinen in München gleichermaßen unerwünscht zu sein. Nicht besser ist es um die Münchener Jugend bestellt: die Freizeithome der Stadt müssen mit 100,- DM städtischer Subventionen im Monat auskommen.

Die Jugend der Welt ist unerwünscht

Ganze zwei Jugendherbergen gibt es für die „Weltstadt“ München. Eine davon, im Stadtinnern, besteht aus umgebauten Wohnhäusern und macht von außen her den Eindruck einer mittelalterlichen Isolierstation für Aussätzige. Der Herbergsvater mußte sich dem Milieu anpassen. Er ist überlastet, nervös, hat keine Zeit.

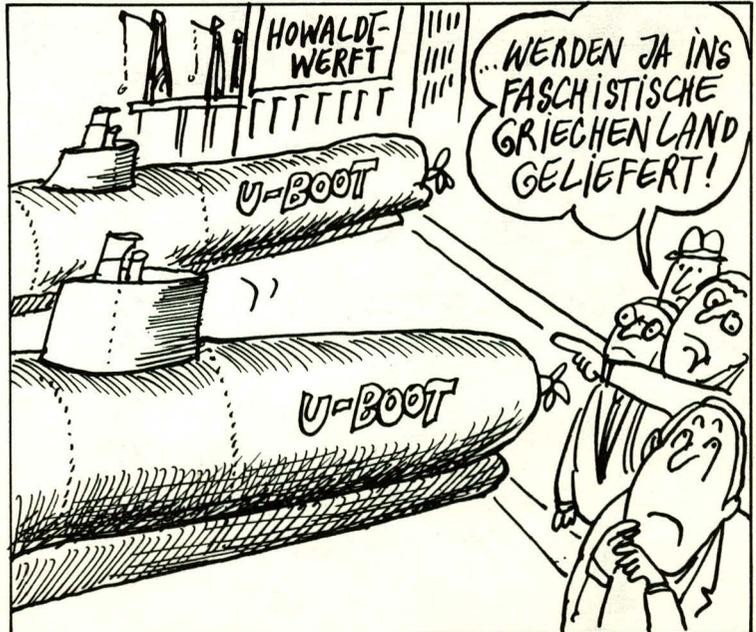
Das waren also einige Momentaufnahmen aus München. Sollen die „heiteren Spiele“ sich nicht im olympischen Dackel-Kitsch erschöpfen, dann muß noch einiges geschehen.

Die Münchener Bevölkerung jedenfalls hat die Hoffnung nicht aufgegeben. Meinte ein älterer Herr nach dem Kauf eines Loses aus der Dackel-Lotterie: „Vielleicht wird's ja doch noch was mit der Olympiade.“ Was wird, das hängt auch von der Jugend der Bundesrepublik ab: ob sie kritiklos hinnimmt, was serviert wird, oder ob sie ein Wörtchen mitredet und München für die 16 Tage zu einem Ort der Begegnung und Völkerverständigung macht.

COMIC
VON
ARNO
PLOOG

OLYMPIA! OLYMPIA!

"DIE OLYMPISCHEN
SPIELE '72 IN MÜNCHEN
SOLLEN SPIELE DER
FRÖHLICHKEIT
WERDEN!"
(WILLI DAUME AM 10.11.69)





Die Kohlen stimmen nicht

„Wir müssen die Ärmel aufkrem-peln.“ So tönt Dr. Hans-Helmut Kuhnke, Vorstandsvorsitzender der Ruhrkohle AG. Aber wessen Ärmel sollen aufgekrem-pelt werden? Wessen Schweiß soll dann fließen? Und wer will die Profite einsacken? Wer soll dabei auf der Strecke bleiben? Viele Fragen. Wolfgang Bartels Re-port über den Ruhrbergbau gibt Ant-worten.

Der Steiger auf der Dortmunder Zeche „Gneisenu“ hat in der Steigerkaue gerade das Kalenderblatt abgerissen. Das neue Blatt zeigt Mittwoch, den 17. November 1971. Die Zeiger seiner Armbanduhr stehen nun genau auf 1.40 Uhr. Plötzlich klingelt das Telefon: Grubenexplosion! Im Flöz Röttgersbank hatten sich Gase ent-zündet. Bei diesem Unfall mußten zwei Bergleute ihr Leben lassen, drei wurden ge-fährlich verletzt.

„Gneisenu“ gehört zur Ruhrkohle AG (RAG). Zwei Wochen nach dem Unfall feierte dieser Superkohlekonzern Geburts-tag: Am 30. November 1969 war er mit viel Getöse aus der Taufe gehoben worden. Vor diesem Tage gab es eine Reihe einzel-ner Zechengesellschaften, die sich vorwie-gend im Besitz von sieben Stahlkonzernen befanden: Thyssen, Mannesmann, Krupp, Hoesch, Klöckner, Rheinstahl und Peine-Salzgitter. Diese Altgesellschaften warfen alles, was keinen Gewinn mehr erbrachte, auf einen Haufen. 52 Schachtanlagen, 29 Zechenkokereien, 5 Brikettfabriken und 20 kleine, meist veraltete Zechenkraft-werke mit insgesamt 186 000 Beschäftig-ten wurden so zur Ruhrkohle AG ver-schmolzen. Die gewinnträchtigen Anlagen, wie z.B. die modernen Kraftwerke, und der umfangreiche Grundbesitz einschließlich großer Wohnungsgesellschaften blieben je-

doch im Alleinbesitz der Altgesellschaften. 40 Zechen wurden bereits vor der RAG-Taufe stillgelegt. Zehntausende Kumpel verloren ihren angestammten Arbeitsplatz. Noch heute sind die vielen Demonstratio-

„Die Pleitegeier — das sind die Profitgeier aus den Stahlkonzernen!“

nen gegen Zechenstilllegungen in der leben-digen Erinnerung der Ruhrkumpels. Damals kassierten die Zechenherren eine staatliche „Beerdigungsprämie“ von 655 Millionen DM. RAG-Vorstandsmitglied Hubert Grünwald: „Mit der Gründung der Ruhrkohle AG haben wir Flurbereinigung betrieben.“

Kaum war der Superkonzern mit staat-lichen Bürgschaften gegründet, segelte er immer tiefer in die roten Zahlen. 1970 wies die Bilanz einen Verlust von 470 Mil-lionen DM aus. Doch zur gleichen Zeit ver-zeichneten die Bosse der Stahlindustrie, mit 61 Prozent Aktienanteil die Hauptbe-

sitzer der RAG, eine Gewinnexplosion. Die Vermutung liegt also nahe: Die roten Zah-len der RAG stecken im blauen Stahl.

Die Stahlvertreter im RAG-Aufsichtsrat ließen sich von Kuhnke einen „Hüttenver-trag“ unterschreiben, der die RAG ver-pflichtet, die Stahlhütten exklusiv mit Kohle zu versorgen. Bei diesem „Geschäft des Jahrhunderts“ diktieren sie der RAG ruinöse Preise. Galt in den ersten neun Monaten des Jahres 1969 für den Hoch-ofenkoks ein Listenpreis von 84,93 DM pro Tonne ab Zeche, so zahlten die Stahl-konzerne nur 66 DM pro Tonne. Seit 1. Juni 1970 liegt der Listenpreis bei 129,33 DM. Wieviel die Stahlherren seitdem zah-len, darüber schweigen sie sich aus. (Zum Vergleich: Für den Kleinverbraucher kostet eine Tonne Koks ca. 220 DM.) Als im Jah-re 1970 die RAG nicht genug Kohle för-dern konnte, um die Stahlherren zufrieden-zustellen, ließ Kuhnke für 140 DM pro Tonne Kohle aus Südafrika und Australien einführen, um sie für weniger als 80 DM an die Stahlhütten zu verschleudern.

Vor der Bottroper Zeche „Prosper III/IV“ treffe ich den Bergmann Werner Hasenack. Zuerst erzählt er mir einiges über seinen „Pütt“: „Prosper ist der Stolz der RAG. Sie haben dort die höchste Hackleistung von Europa. 8,7 Tonnen pro Mann und Schicht war der letzte Vierteljahresab-





schnitt. Trotzdem liegen die Prosper-Kumpels lohnmäßig nur an siebter Stelle im Ruhrgebiet.“

Werner Hasenack ist 42 Jahre alt, verheiratet, zwei Kinder. Prosper ist seine vierte Zeche. Dreimal verlor er schon durch Stilllegung seinen Arbeitsplatz. Und er fürchtet, den vierten ebenfalls zu verlieren: Ab Anfang Dezember werden wieder Feierschichten gefahren. Werner Hasenack kennt die Ursache für die Krise an der Ruhr: „Der Pleitegeier, der über der Ruhrkohle schwebt, das sind in Wirklichkeit die Profitgeier aus den Stahlkonzernen.“ Krampfhaft sucht der RAG-Vorstand nach

„25000 Mann sollen ihren Arbeitsplatz verlieren.“

einem Ausweg aus dem Schlamassel, in den er sich selbst hineinmanövriert hat. Gesteinshauer Hasenack berichtet: „Am 30. Juni haben sie beim RAG-Vorstand einen sogenannten Gesamtanpassungsplan beschlossen. Bei uns Kumpels heißt er jedoch nur Generalstilllegungsplan. 25 000 Mann sollen nach diesem Plan in den nächsten Jahren ihren Arbeitsplatz verlieren. Die Förderung soll sich nur noch auf die profitableren Zechen konzentrieren. Die Kohlebosse verfolgen nur ein Ziel: im Jahre 1980

eine Förderleistung von 8 Tonnen pro Mann und Schicht. Auf Prosper ist das zwar schon erreicht, aber nur wegen der viel günstigeren Abbaubedingungen. Der Ruhrdurchschnitt liegt weit darunter, zur Zeit ungefähr bei 3,7 Tonnen.“

Doch dieser „Generalstilllegungsplan“ genügt den Bossen noch nicht. Am 7. Oktober beschlossen sie ein „Notprogramm“: Der Gesamtanpassungsplan soll noch verschärft und im erweiterten Umfang durchgeführt werden. NRW-Wirtschaftsminister Riemer nannte eine Zahl von 45 000 Bergleuten, die von den Stilllegungen betroffen werden. Die Übertage-Belegschaften sollen durch „Rationalisierung“ scharf verringert werden. Alte Bergleute sollen vorzeitig pensioniert werden; sie haben dann eine niedrigere Rente zu erwarten.

In dieser Situation startete die RAG eine Werbekampagne, die über eine Million DM verschlang. Mit poppig aufgemachten Prospekten und Meinungsknöpfen ging die Ruhrkohle auf Lehrlingsfang (siehe elan 11/71). In diesen Prospekten wird versprochen: „Ausbildung für die Zukunft.“ Was haben die Bosse vor? Auf der einen Seite Abbau der Belegschaften, auf der anderen Seite Lehrlingsfang mit allen Mitteln. Es ist eine Tatsache, daß die Belegschaften im Ruhrbergbau stark überaltert sind. Das Durchschnittsalter liegt zwischen 40 und 45 Jahren. Gerade 12 Prozent der Belegschaft sind jünger als 25. Das reicht den Bossen nicht. Sie wollen nicht nur weniger Bergleute, die wenigen sollen auch noch jung sein. Und so freute sich die RAG-Werkszeitschrift „Ruhrkohle“ über die Werbekampagne des Jahres 1970: „Es gelang, den rückläufigen Trend bei Auszubildenden und jugendlichen Mitarbeitern zu stoppen – eine Verbesserung der Altersstruktur der Gesamtbelegschaft bei den 21- bis 45jährigen wurde erzielt.“

Bergbau-Berufe – Berufe mit Zukunft?



Superkerl

Der kleine Bergarbeiter! Fleißvollster der menschlichen Rasse. Kein Wunder! Denn seine Arbeitskräfte sind heutzutage die besten und am besten bezahlt. Er hat die besten Superkräfte, die in modernsten Vorkurs- und Gewinnungsanlagen stecken. In Hosen-Schneidereien, Super-Kohlenbohrern und Wasserkanälen.

Bergarbeiter – ein neuer, toller, cooler Beruf! Ein Top-Job. Völlig unbekannt. Dank für ganze Kerle für die Jungen, die was lernen und verdienen wollen.

Lernen bei der RAG
Ruhrkohle AG
das Beste, was man tun kann!

Aufsteiger

Aufsteiger im Beruf. Eine gründliche Ausbildung nach Plan als Basis. Und tolle Möglichkeiten, stetig weiterzukommen. Techniker, Ingenieur, Diplom-Ingenieur zu werden. Oder kaufmännische Führungskraft. Alles ist dir, wenn du die RAG, eines der größten Energieunternehmen der Welt, für deine Ausbildung wählst. Die besten Führungskräfte kommen aus dem eigenen Pflanz. Ein Grundsatz bei der RAG.

Qualifizierte Ausbildung – keine Frage. Ruhrkohlebetriebe haben moderne Ausbildungszentren. Und erfahrene Ausbilder (pädagogisch geschult), die sich intensiv um ihre Leute kümmern und eine qualifizierte Ausbildung in Theorie und Praxis durchführen. Die RAG betreibt auch Berufsbildung und -entwicklung. Alle Ausbildungswege schließen mit öffentlich anerkannten Prüfungen ab. Die RAG hat ein eigenes System staatlich anerkannter Schulen. Von der Berufsschule bis zur Fachhochschule.



„Energiewirtschaft muß in Gemeineigentum überführt werden.“

Ich fragte den Gesteinshauer von Prosper. Werner Hasenacks Antwort: „Solange die Profitgeier über der Ruhrkohle schweben, sicher nicht. Einen Ausweg aus der Kohlenkrise gibt es erst, wenn die gesamte Energiewirtschaft in Gemeineigentum überführt wird. Wohlgemerkt: die ganze Energiewirtschaft, nicht nur die in den roten Zahlen steckende Ruhrkohle.“

Überführung in Gemeineigentum – das fordert nicht nur Werner Hasenack. In der Satzung der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie wird das gefordert, durch das Grundgesetz und die Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen ermöglicht.

Mit solchen poppigen Prospekten geht die Ruhrkohle AG auf Lehrlingsfang. Doch ihre Versprechen nach einer gesicherten Zukunft kann sie nicht halten.



**arbeiter
jugend
in aktion**

Überall Jugendvertreter wählen!

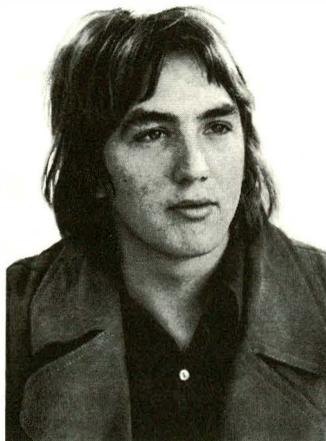
elan-Interview mit Norbert Hüwel, Vorsitzender der Jugendvertretung der Hoesch-Westfalenhütte

Montag, 10. Januar. Um 11.25 Uhr am Dortmunder Borsig-Platz ein ungewohntes Bild. Die Stahlwerker der Hoesch-Westfalenhütte demonstrieren durch die Straßen: „Zehn Prozent, zehn Prozent!“ Sie sind empört über die unverschämten Unternehmerangebote. Auch die Arbeiter von Union und Phönix, zwei anderen großen Hoesch-Werken, haben die Brocken hingeworfen. Bei Phönix streiken die Lehrlinge mit. Und als Lehrlinge der Westfalenhütte auf dem Wege von der Berufsschule zum Betrieb ihren Kollegen begegnen, ist auch für sie klar: wir machen mit.

elan-Redakteur Wolfgang Bartels sprach mit dem Vorsitzenden der Jugendvertretung vom Werk Westfalenhütte, Norbert Hüwel.

elan: Warum haben auch Lehrlinge mitgestreikt?

Norbert Hüwel: Nun, es geht doch auch um unsere Pfennige



Norbert Hüwel

und unsere Rechte. Die Jugendvertretung hat die Lehrlinge über die Tarifbewegung stets auf dem laufenden gehalten. Und wer über seine Lage Bescheid weiß, der haut auch mal auf den Putz, um sie zu verbessern.

elan: Da sind wir schon beim Thema Jugendvertreter. Wie wird man das überhaupt?

Norbert Hüwel: Nun – bei mir ging eine aktive Tätigkeit als gewerkschaftlicher Jugendvertrauensmann voraus. Und ich mache den Mund auf, wenn es um die Interessen meiner Kollegen geht. „Du riskierst auch mal ne Lippe“, sagen sie öfter zu mir. Und weil es mir um die Rechte meiner Kollegen geht, habe ich mich damals zur Wahl gestellt.

elan: Auf Grund des „neuen“ Betriebsverfassungsgesetzes werden in allen Betrieben zwischen dem 2. Mai und dem 30. Juni Neuwahlen zu den Jugendvertretungen stattfinden. Kandidierst Du wieder und welche Erfolge der bisherigen Arbeit kannst Du als „Wahlkampfsituation“ vorweisen?

Norbert Hüwel: Ich werde wieder kandidieren und denke doch, daß ich wiedergewählt werde. Einige Erfolge können wir schon vorweisen. In einer Betriebsvereinbarung setzen wir vollen Kündigungsschutz für Jugendvertreter durch. Ebenso eine Freistellung von 16 Stunden für einen Jugendvertreter und von je acht Stunden für zwei weitere. Wir setzten eine Verbesserung der sanitären Anlagen durch und die Aufhebung des Rauchverbots für Lehrlinge. Auf der Grundlage des Berufsbildungsgesetzes forderten wir die Erstellung von Ausbildungsplänen. Zur Zeit überarbeitet die Jugendvertretung den daraufhin von der Firmenleitung vorgelegten Plan. In Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat, der ja in Fragen der Berufsausbildung Mitbestimmungsrecht hat, werden wir unsere Forderungen durchsetzen. Außerdem ist es uns gelungen, auf die Versetzung von Kollegen, die ausgelernnt haben, Einfluß zu nehmen. Das sind schon eine ganze Reihe von Beispielen, wie man auf der Grundlage der einschlägigen Beschlüsse der Gewerkschaftsjugend und einer konsequenten Interessenvertretung der jungen Kollegen Dinge durchsetzen kann, die manchmal weitergehend sind als die gesetzlichen Bestimmungen. Solche Betriebsvereinbarungen, wie wir sie erkämpft haben, könnten durchaus Beispiel sein für die Arbeit anderer Jugendvertretungen.

elan: Und was habt Ihr für die Zukunft vor?



Norbert Hüwel: Trotz all dieser Erfolge – für die Zukunft bleibt einiges zu tun. Und wir werden die Zeit vor der Jugendvertreterwahl nutzen, um unsere Kollegen für die Unterstützung unserer Forderungen zu gewinnen. Sehr wichtig ist, daß die Jugend demnächst viel mehr Einfluß auf Tarifbewegungen nimmt. Deswegen fordern wir frühzeitige Diskussion, um danach Tarifforderungen auf der Grundlage der Meinungen der Kollegen aufzustellen. Die Jugend braucht Sitz und Stimme in der Verhandlungskommission, damit wir den Bossen ohne Umwege unsere Forderungen klar machen können. Wir werden für die neue Tarifrunde fordern, daß der Lehrlingslohn in einem prozentualen Verhältnis an den Facharbeiterlohn gebunden wird.

Unsere Kollegen selbst machen uns Mut bei diesen Vorstellungen. Vor kurzem warf die ganze Belegschaft die Brocken hin, um gegen die unverschämten Unternehmerangebote zu protestieren. Und die jungen Kumpels machten mit! Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Zusammenarbeit der drei Jugendvertretungen im Hoesch-Hüttenwerk. Da ist noch vieles zu verbessern. Wir werden demnächst eine Gesamtjugendvertretung bilden. Dann sind wir auch hier ein Stück weiter



Überall Jugendvertreter wählen!

Zwischen dem 2. Mai und dem 30. Juni werden nach dem „neuen“ Betriebsverfassungsgesetz in allen Betrieben Jugendvertreter gewählt.

Wer darf wählen?

Wahlberechtigt sind alle jugendlichen Arbeitnehmer des Betriebes (unter 18 Jahren).

Wer kann gewählt werden?

Wählbar sind alle jugendlichen Arbeitnehmer, die das 24. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

Wo wird gewählt?

Gewählt wird in allen Betrieben, in denen — ein Betriebsrat besteht und — mehr als 5 Jugendliche unter 18 Jahren beschäftigt sind.

Wie viele werden gewählt?

In Betrieben mit 5 bis 20 Jugendlichen 1 Jugendvertreter, in Betrieben mit 21 bis 50 Jugendlichen 3 Jugendvertreter, in Betrieben mit 51 bis 200 Jugendlichen 5 Jugendvertreter, in Betrieben mit 201 bis 300 Jugendlichen 7 Jugendvertreter, in Betrieben mit mehr als 300 Jugendlichen 9 Jugendvertreter.

Wie wird gewählt?

Gewählt wird durch Persönlichkeitswahl. Alle Kandidaten stehen in alphabetischer Reihenfolge auf einer Liste. Die Kandidaten mit der jeweils höchsten Stimmenzahl sind gewählt. Die Wahlen sind frei und geheim.

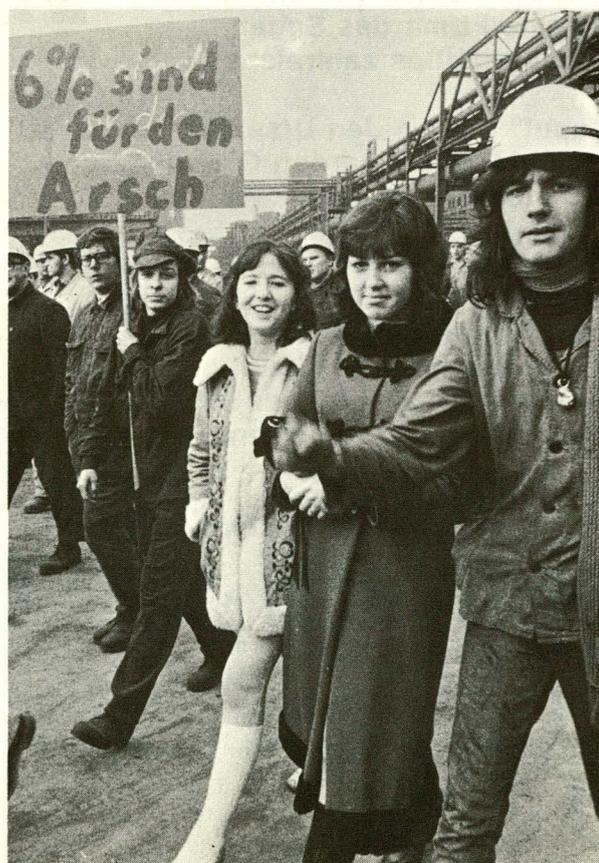
Wer führt die Wahl durch?

Die Wahlen werden von einem Wahlvorstand durchgeführt, der vom Betriebsrat berufen wird.

Für welche Amtszeit wird gewählt?

Die regelmäßige Amtszeit der Jugendvertretung beträgt zwei Jahre. Scheidet ein Jugendvertreter vorzeitig aus dem Betrieb aus, so rückt der Kandidat mit der nächsthöheren Stimmenzahl nach.

Junge Hoescharbeiter demonstrieren zusammen mit ihren älteren Kollegen durch Dortmund. Sie sind nicht zufrieden mit dem jüngsten Tarifabschluß in der eisenschaffenden Industrie Nordrhein-Westfalens



elan: Stichwort Gesamtjugendvertretung. Das „neue“ Betriebsverfassungsgesetz gibt dazu die Möglichkeit. Wie denkst Du denn überhaupt über dieses BVG?

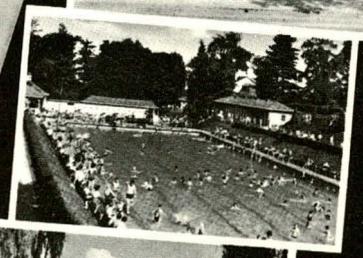
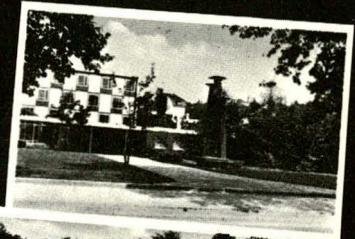
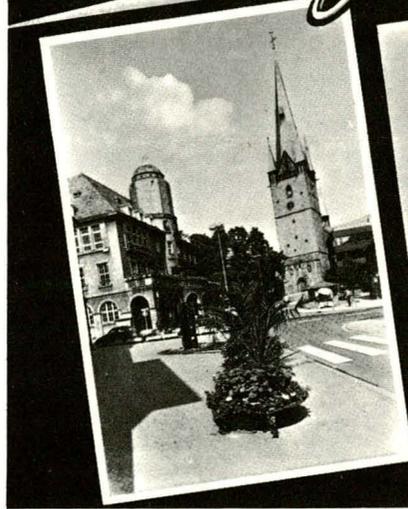
Norbert Hüwel: Das stimmt. Auch die Zahl der Jugendvertreter wird erhöht. Aber lassen wir uns nicht durch diese formalen Verbesserungen täuschen. Mehr Rechte für die Arbeiterjugend bringt dieses Gesetz nicht. Und darauf kommt es ja an. Es werden uns weder echte Mitbestimmungsrechte eingeräumt, noch gibt es wirklichen Kündigungsschutz für Jugendvertreter. Wir haben der Unternehmensleitung zwar die oben erwähnten Betriebsvereinbarungen abgetrotzt. Aber das BVG bleibt dahinter weit zurück. Und hier liegt die Gefahr für die Jugendvertreter in den anderen Betrieben. Nach wie vor können dort also Jugendvertreter gefeuert werden. Sie brauchen einfach nicht von einem Lehr- in ein Anstellungsverhältnis übernommen werden. Oder sie werden eben zur Bundeswehr eingezogen.

elan: Was ist Eure nächste Aufgabe?

Norbert Hüwel: Aber bitte nicht lachen! Am Rosenmontag wollen wir alle um 12 Uhr frei haben. Damit wir auch Karneval feiern können.



Gruß aus
Menden



Da
wird's

dir schwarz vor den Augen!

Menden liegt im Sauerland (Werbeslogan: „Die Stadt im Walde“). 33000 Einwohner, die sich alle fünf Jahre einen Stadtrat wählen dürfen. Der von Menden ist schwarz, die absolute Mehrheit hat die CDU. Innerhalb dieser CDU hat eine Firma das Sagen, R & G Schmöle. Kleinstädte wie Menden gibt es zahlreiche in der Bundesrepublik.

Redakteure der Schülerzeitung „disput“ gingen den Ursachen für die trostlose politische Situation in Menden auf den Grund. In Gemeinschaftsaktion mit dem Jugendmagazin „elan“ werden die Ergebnisse dieser Untersuchungen veröffentlicht. Sie werden der Mendener CDU- und Unternehmerclique und ihrem bürgerlichen Anhang nicht angenehm sein.

Auch wenn es jetzt Druck auf die fortschrittlichen Mendener Schüler geben sollte – Veränderungen beginnen in Menden (und in allen anderen Kleinstädten, wo es ähnlich finster aussieht), wenn man den Mut hat, ins Wespennest zu stechen.

Wir sind in Menden Schüler und Lehrlinge, Jungsozialisten, Liberale, Gewerkschafter und Unorganisierte, die den Mendener Kleinstadtmief nicht mehr ertragen wollen. Uns geht es darum, daß der gesellschaftliche Fortschritt auch um unsere Stadt keinen Bogen macht.

Wir würden zum Beispiel gerne mal ein progressives Theaterstück sehen. Geht nicht, weil die Kulturkommission des Stadtrats es nicht will. 1969 sollte beispielsweise ein Stück des Arbeiterschriftstellers Max von der Grün in Menden gespielt werden. Die Kulturkommissionäre Mendens schwärmten jedoch vorher aus, sahen sich das Stück an

und sagten: „Nein.“ Diese Entscheidung ist und bleibt fast mittelalterliche Zensur. Mit wenigen Ausnahmen findet fortschrittliche Kultur nur durch Umwege nach Menden, beispielsweise durch unsere Aktivität und durch das Jugendamt.

Das ist nur ein Fall von vielen, der die unerträglich konservative und reaktionäre Atmosphäre Mendens kennzeichnen soll. Die Wurzel des Übels aber sitzt an Mendens Industrieabwässer-verseuchtem Flußchen Hönne und heißt R&G Schmöle. Bei Schmöle sind 2054 Arbeiter und Angestellte damit beschäftigt, durch die Herstellung von Spezialrohren und Metallwaren vor allem für den Apparatebau den

Aktienbesitz der Firma fleißig zu mehren. Das dickste Aktienpaket ist in den Händen der Familie Schmöle.

Daß dabei alles seine „Ordnung“ hat, dafür sorgt die CDU. Denn 1/3 der Stadtratsmitglieder sind bei Schmöle fast ausschließlich in leitenden Positionen beschäftigt und damit für Schmöle im Stadtrat engagiert. Bis hinein in den Betriebsrat, dessen Vorsitzender Dünnemeier ebenfalls CDU-Mitglied und Ortsvorsitzender dieser Unternehmerpartei ist. Im Betrieb sind ca. 60–65 % in der IG Metall organisiert, in der DAG sind 2–3 Betriebsangehörige. Der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Hansel (Mitglied der DAG) gab diese Auskunft und fand überhaupt nichts dabei, daß die CDU einen so großen und direkten Einfluß im Betrieb hat. Er fand es auch nicht ungewöhnlich, daß während des Bundestagswahlkampfes 1969 die Arbeiter und Angestellten von Schmöle bezahlt und arbeitsfrei bekamen, als der damalige CDU-Chef, Alt-Nazi Kiesinger, in einer



Firmenboß Schmöle und sein CDU-Klüngel regieren Menden.

neuerrichteten Werkshalle von Schmöle Wahreden hielt.

Wenn Arbeiter ihre berechtigten Lohnforderungen erheben, dann sieht es bei Schmöle anders aus. Der alleinverantwortliche Geschäftsführer von Schmöle, Herr Pickert, Mitbesitzer der Schmöle-Aktien, stand 1969/70 in der vordersten Front derer, die gegen Lohnforderungen mit der Angst vor der kommenden Krise operierten. (Die Schmöle Werkszeitschrift „Wir von R&G“ gibt darüber Auskunft).

Will ein Mendener einmal in die Großstadt fahren, z.B. nach Dortmund, so braucht er fast zwei Stunden, weil kein Bundesbahnhauptanschluß vorhanden ist. Und dann hat es schon gut geklappt. Dabei sind es bis Dortmund nur dreißig Kilometer. Und wer ist mit schuld daran? Schmöle

Dabei hätte auch Menden durchaus an einer Bundesbahnhauptstrecke liegen können. Dr. Röttgermann schreibt dazu in seiner „Geschichte der Industrie des Wirtschaftsraumes Menden/Fröndenberg“: „Kleinliche Bedenken, wie Angst vor Konkurrenz, der Abwanderung der Arbeiter, höheren Löhnen und anderen sozialen Rückwirkungen, mit einem Wort: kurzfristige Sorglosigkeit“ hätten verhindert, „sich für die Verbesserung der Verkehrslage mit allen Mitteln einzusetzen“.

Schmöle war damals schon beherrschend in Menden. Anderen Industriebetrieben wurde bis heute die Ansiedlung durch die erbärmlichen Verkehrsbedingungen verleidet. Und so ist Menden immer noch Schmöles kleines Reich, wo er schaltet und waltet wie er will.

Fa. Schmöle und die Mendener CDU hängen stark zusammen. So gibt es zum Beispiel bei uns keine Beigeordneten, d.h. politischverantwortliche Beamte, die für diese Kleinstadt so etwas wie Fachminister wären. Fast jede andere Stadt von der Größenordnung Mendens hat solche Beigeordneten. Menden nicht.

Viel wird bei uns gerätselt, warum wohl nicht? Der Sohn des Stadtdirektors Rips meint, Schmöle wollte es sich nicht leisten,

daß die leitenden Herren der Stadtverwaltung mehr verdienen als die leitenden Angestellten in seiner Firma.

Mitbestimmung bei Schmöle wäre bestimmt nicht das schlechteste. Dann könnten die Arbeiter und Angestellten mit eigenen Augen nachprüfen, inwieweit und in welcher Höhe die Mendener CDU von Schmöle-Geldern (die ja schließlich die Arbeiter verdient haben) unterstützt wurde und wird. Ein ehemaliger kaufmännischer Lehrling bei Schmöle hat Überweisungen an die CDU im Rahmen seiner „Berufsausbildung“ im Geschäftsvorgang entdeckt.

Fest steht jedenfalls, daß die CDU mit ihrer unangefochtenen Herrschaft in Menden und „ihrem“ Betrieb Schmöle das entscheidende Hindernis für eine fortschrittliche Politik im Interesse der Jugend und der arbeitenden Menschen in Menden ist.

Das kann auch nicht anders sein. Denn: verdient z.B. jeder zweite Mendener über 4 000 DM im Monat? Wohl kaum. Aber das geschätzte Monatseinkommen der CDU-Ratsmitglieder beträgt:

4 verdienen unter 1 500 DM
3 verdienen zwischen 1 500 und 25 000 DM

9 verdienen über 4 000 DM
15 Selbständige, Beamte und Angestellte in Führungspositionen tummeln sich bei der CDU im Rathaus. (Quizfrage: sind 75% aller Mendener Bürger Selbständige, Beamte oder leitende Angestellte?)

Wie in jeder anderen Stadt unserer Größe stellen die kleinen Leute, die Arbeiter und Angestellten die Mehrheit der Bevölkerung. Natürlich hat Menden auch seine braune Vergangenheit. Juden wurden deportiert, die Synagoge vernichtet, Kommunisten verfolgt. Für die Jugend Mendens, die angesichts einer aktiven Gruppe der „Jungen Nationaldemokraten“ ein Lebensinteresse daran hat zu erfahren, wer von den Mendener Bürgern damals an den Pogromen und Naziverbrechen mitschuldig war (und vielleicht heute als „angesehe-

ner“ Bürger unter uns lebt), wäre es wichtig, einmal Einblick in die Archive und Akten aus dem „3. Reich“ zu haben. In Menden ist das fast unmöglich.

Stadtdirektor Dr. Paul Koch hockt in der Dachstube des Rathauses überm Archiv und hält die Akten unter Verschuß. Seine immer wiederkehrende Behauptung: „Das ist eine Geheimakte.“ Stadtdirektor Dr. Rips als Kochs Chef weiß zwar von solchen Erlassen nichts, dafür aber beruft sich Dr. Koch auf „ein kleines rotes Büchlein“, das den Umgang mit Kommunalakten regelt und öffentliche Einsicht verbietet. Wer hat hier was zu verbergen? Was steht in den Akten und Archiven, was junge Demokraten nicht wissen dürfen?

Mit Hilfe der von der CDU-Mehrheit eingesetzten Stadtverwaltung wird ein undurchdringlicher Nebel über Mendens braune Vergangenheit gelegt.

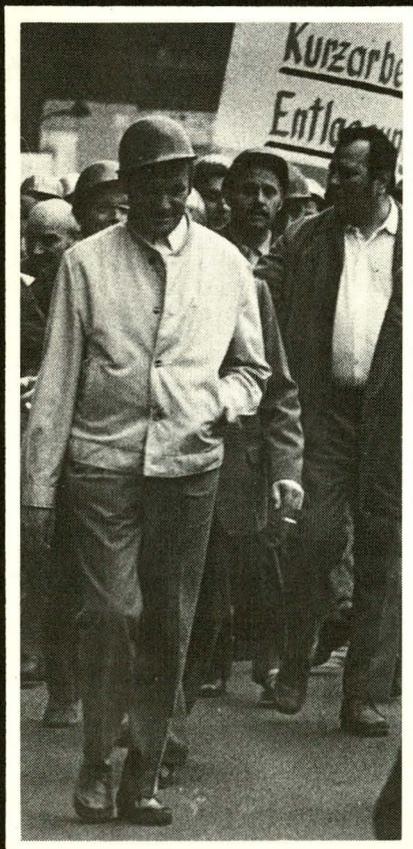
Wer sich so verhält, muß sich die Frage gefallen lassen, ob wir wirklich an der Bewältigung der nazistischen Vergangenheit interessiert ist.

Wir wollen angesichts der Rechtsgefahr in der BRD genau das Gegenteil tun: der Schleier des Vergessen nützt nur denen, die ans Licht der Öffentlichkeit gehören, damit sie nie wieder Einfluß bekommen. Der Nebel muß weg, der schwarze Mief muß raus. Die Unternehmer Mendens mit Schmöle an der Spitze, die CDU und die Stadtverwaltung halten zusammen wie Pech und Schwefel.

Wir haben daraus gelernt: Die fortschrittlichen Jugendlichen in Menden müssen genauso zusammenhalten und sich organisieren. Sei's bei den Jusos oder in SDAJ, in einem Lehrlingszentrum, vor allem in der Gewerkschaft. Die Mendener Verhältnisse haben uns klargemacht, daß eine neue Politik damit beginnen muß, den Unternehmer- und CDU-Klüngel und ihre Vernebelungsaktionen zu entlarven, damit jeder sehen kann, wer in wessen Interesse Politik macht. Dieser Artikel ist nur der Anfang. Fakten für zahlreiche Fortsetzungen haben wir genug.

Peter Neuneier

An einem Morgen wie jeder andere



Es ist Montagmorgen, und ich habe Frühschicht, ebenso Krüger, Blum, der alte Nitschke und noch mehrere, die mit mir über den Werkshof zur Stahlbauhalle gehen. Im Osten ist gerade erst ein schmaler, bleicher Streifen vom neuen Tag zu sehen. Als wir die Halle betreten, sehen wir vor dem Meisterbüro einen Menschenauflauf. Es sind Kollegen, die aufgeregt durcheinanderreden. Ich will gerade fragen, was los ist, da kommt Meister Baumann aus dem Büro und verliest mit monotoner Stimme eine Verfügung der Geschäftsleitung, wonach die Stahlbauhalle in drei Tagen geschlossen wird, weil sich die Produktion nicht mehr rentiert. Um eine ruhige Abwicklung der Schließung zu gewährleisten, ruft die Geschäftsleitung alle Stahlarbeiter zur Einsicht und Besonnenheit auf.

„Also Entlassung!“ ruft einer aus der Menge.

„Nein! – Keine Entlassung! Dafür sind wir viel zu sehr mit unserer Belegschaft verbunden. Natürlich muß bei der Umbesetzung mit Lohneinbuße gerechnet werden. Es ist auch möglich, daß der eine oder andere gehen muß, doch die meisten können bleiben. Das ist traurig, aber leider sind wir am Ende unserer Kunst!“

Zum Kotzen! Die Brüder wollen uns aufs Kreuz legen. Plötzlich muß ich lachen, laut und verrückt. Ich weiß nicht, warum ich lache, ich muß einfach. Etwas aber weiß ich: Das ist, was ich immer gefühlt habe, das ist, was ich immer hinter dem berühmt-berüchtigten „Wirtschaftswunder“ schleichen sah.

Ich habe es mir anders vorgestellt, groß und gewaltig, mit Blitz und Donner, mit Trara und falscher Feierlichkeit. Nun kommt es einfach und unscheinbar nach ein paar trockenen Worten, die uns Baumann hingeworfen hat, an einem Morgen, gewöhnlich und nichtssagend wie jeder andere. Jens, der Elektroschweißer, der nicht weit von mir entfernt steht, schiebt sich nach vorn und schreit:

„Kollegen! Sie wollen uns betrügen, einfach brutal betrügen. Wir haben Auszüge aus der Stahlbau-Bilanz. Ist die tatsächlich passiv? – Blödsinn! Aber den Herren da oben sind die Profite zu niedrig, die wollen mehr und immer mehr. Die ordnen an, und wir parieren – nein, nein, da wollen wir noch ein Wörtchen mitreden. Wer hat das Werk zu dem gemacht, was es heute ist? Unsere Großväter, Väter und wir! Man kann uns nicht einfach die Halle sperren, nur weil ein paar Nimmersatte zu wenig Reibach machen. Wir müssen . . .“

„Auf was warten wir noch? Wir hauen die Brüder in die Pfanne!“ ruft eine laute jugendliche Stimme.

Der Ruf wird aufgenommen. „Wir hauen die Brüder in die Pfanne!“ Hier, dort, die Rufe reißen nicht ab. Der Meister tobt: „Macht keinen Unsinn! Seid vernünftig!“

Der bleiche Streifen im Osten ist ein wenig breiter geworden, als wir zum Direktionsgebäude marschieren.

jugendpolitische blätter

Berufsbildung - Systemkonform oder systemverändernd?

Dr. Werner Petschick

Ulrich Sander und Wilhelm Schwettmann haben in elan 11/71, S. 19/20 mit ihrem Beitrag „Aus dem Kapitalismus kann man nicht einfach aussteigen“ interessante Fragen der Lehrlingsbewegung aus marxistischer Sicht zur Diskussion gestellt. Meine Bemerkungen zu diesem Artikel verstehen sich ebenfalls als Diskussionsbeitrag.

Dabei kommt es weniger darauf an, das Übereinstimmende hervorzuheben, sondern notwendige ergänzende Bemerkungen darzulegen, um zu einer Klärung von Grundfragen der Lehrlingsbewegung im Interesse der Arbeiterklasse beizutragen.

Keine Meinungsverschiedenheiten bestehen darin, daß sich die berufliche Bildung wie das gesamte Bildungswesen der Bundesrepublik in einer tiefen, im kapitalistischen System bedingten Krise befinden. Ein Ausdruck dieser Krise sind die katastrophalen Mißstände - Ausbeutung statt Ausbildung, materielle Notlage der Bildungseinrichtungen usw. -, der wachsende Widerstand der Lehrlinge, Schüler und Studenten in Form von konkreten Aktionen sowie die Forderungen für eine umfassende demokratische Bildungsreform. Die tiefe Krise zeigt sich aber auch darin, daß das Großkapital und der von ihm beherrschte Staat sich genötigt fühlen, das Bildungswesen im Profitinteresse der Unternehmer zu reformieren. Kennzeichnend dafür sind allein auf dem Sektor der beruflichen Bildung Konferenzen zu diesem Thema der Jungen Union im Herbst vergangenen Jahres, der Bundesvereinigung

der Arbeitgeberverbände im Januar dieses Jahres, das Sofortprogramm zur Verbesserung der beruflichen Bildung der CDU/CSU und das Aktionsprogramm der Bundesregierung zur beruflichen Bildung.

Die Macht der großen Konzerne zurückdrängen!

Während die Arbeiterjugend im Kampf für ihre Interessen grundlegende Veränderungen anstrebt, will das Großkapital mit einer angeblichen Reform der beruflichen Ausbildung das kapitalistische Herrschaftssystem stabilisieren, das heißt, das Bildungswesen den sich verändernden Bedingungen von Wissenschaft und Technik den Profitinteressen anpassen. Ausgehend von dieser Klassenfrage sollten alle sich für die Lehrlingsbewegung ergebenden Probleme

und Grundsatzfragen gesehen werden. Forderungen der Arbeiterklasse für eine grundlegende Umgestaltung der beruflichen Bildung müssen Teil einer antimonopolistischen Gesamtstrategie sein. Jede Veränderung der beruflichen Bildung, um die der Kampf geführt wird, muß immer darauf gerichtet sein und dazu beitragen, die Macht und den Einfluß der großen Konzerne zurückzudrängen und dafür für die Arbeiterklasse und in diesem Falle insbesondere der Arbeiterjugend Machtpositionen zu erringen. Eine Konzeption für eine Lösung der Berufsbildungsmisere im Interesse der jungen Generation, die diese Zusammenhänge außer acht läßt, läuft Gefahr, daß mit der Verwirklichung einzelner Forderungen die bestehenden Herrschaftsstrukturen nicht angestastet werden.

Ausbildung im Betrieb oder in staatlichen Lehrwerkstätten?

Meines Erachtens sollte diese Überlegung auch Ausgangspunkt für die in dem Artikel gestellte Frage sein: Soll die berufliche Ausbildung im Betrieb verbleiben oder in Form von staatlichen Lehrwerkstätten außerhalb der Betriebe erfolgen? U.Sander und W. Schwettmann lassen in ihrem Beitrag außer acht, daß mit der beginnenden wissenschaftlich-technischen Revolution die Anforderungen für die berufliche Bildung immer mehr wachsen und eine verstärkte theoretische bzw. schulische Ausbildung verlangen.

Schon in den vergangenen Jahren hatte dieser Prozeß dazu geführt, daß immer mehr künftige Facharbeiter und Angestellte ihre berufliche Ausbildung außerhalb des Betriebes in Berufsfachschulen erhalten (etwa 15 bis 18 Prozent der Lehrlinge). Schon von dieser Seite her wird sich in den kommenden Jahren die sogenannte schulische Form der beruflichen Ausbildung zwangsläufig verstärken. Es wäre falsch, gegen diesen objektiven Prozeß zu polemisieren, obwohl die Kritik an Vorstellungen der Gewerkschaftsjugend und der Jungsozialisten berechtigt ist, als könnte allein mit der Herauslösung der beruflichen Bildung aus dem Betrieb die Misere überwunden werden. Entscheidend ist, daß die Gewerkschaften und die Arbeiterjugendorganisationen in den Berufsschulen, öffentlichen Lehrwerkstätten bzw. integrierten Gesamt-

schulen Einfluß erhalten, die dort befindlichen Lehrlinge organisieren und bei der Ausarbeitung der Lehrinhalte sowie der unmittelbaren Organisation der beruflichen Bildung mitbestimmen.

Notwendig: Polytechnische Ausbildung!

Diese Orientierung widerspricht in keiner Weise den grundlegenden Erkenntnissen von Marx und Engels: Vereinigung der Erziehung mit der materiellen Produktion als einer gesellschaftsverändernden Kraft. Diese allgemeingültige marxistische Lehre kann jedoch nicht erst zur Anwendung kommen, wenn die 15- bis 16jährigen und später bei 10jähriger Schulpflicht die 16- bis 17jährigen die allgemeinbildenden Schulen verlassen und mit der beruflichen Ausbildung anfangen. Vielmehr ist für alle Schüler der allgemeinbildenden Schule – auch der Gymnasien – notwendig, eine polytechnische Ausbildung zu erhalten. Neben einer stärkeren Vermittlung von mathematisch-naturwissenschaftlichen Kenntnissen und eines demokratischen Weltbildes ohne Antikommunismus und Völkerhaß schaffen polytechnische Fähigkeiten innerhalb der Produktion einerseits die Voraussetzungen und Grundlagen für die spätere berufliche Arbeit und das künftig erforderliche, ständige lebenslange Lernen und andererseits wird damit die Verbindung der Arbeiterkinder zur Arbeiterklasse in den Betrieben hergestellt. Dieser Auffassung kann entgegengehalten werden, daß sich ein polytechnischer Unterricht in den kapitalistischen Betrieben nicht verwirklichen läßt bzw. von den Unternehmern zu einer verstärkten Kinderausbeutung mißbraucht werden würde. Natürlich besteht diese Gefahr. Sie wird vor allem dann eintreten, wenn Unternehmer und Bundesregierung unter der Devise „Arbeitslehre“ eine Art polytechnische Ausbildung einführen – Pläne dazu liegen bereits vor – ohne daß die Arbeiterorganisationen darauf einen Einfluß nehmen und entsprechende Kontrolle ausüben.

Den Lehrling zum Schüler machen?

Die notwendige Einführung des polytechnischen Unterrichts wirft die Frage auf, daß grundlegende Veränderungen im Bereich der beruflichen Bildung und des gesamten Bildungswesens nur durchgesetzt werden können, wenn Lehrlinge, Schüler und Studenten an der Seite und als Teil der Arbeiterklasse gemeinsam für ihre Forderungen eintreten. Bei U. Sander und W. Schwettmann ist diese Seite leider nicht beachtet worden. Indirekt wird – sicher ungewollt – ein Gegensatz von Lehrlingen und Schülern – „den Lehrling zum Schüler machen“ – entwickelt. Als Alternative zu den systemkonformen Lösungswegen der Unternehmer ist es jedoch gerade notwendig, daß ein einheitliches, demokratisches Bildungswesen unter Einfluß der beruf-

lichen Aus- und Weiterbildung geschaffen wird. Die integrierte Gesamtschule kann bei entsprechender Mitbestimmung und Kontrolle der Gewerkschaften, der Arbeiterjugend, Schüler und Studenten durchaus die Position der Arbeiterklasse verbessern. Das Hauptproblem in bezug auf berufliche Bildung scheint dabei weniger zu sein, ob die berufliche Ausbildung im Betrieb verbleiben soll oder nicht. Es ist vielmehr die Forderung, die Berufsausbildung aus der Zuständigkeit der Unternehmerkammern herauszunehmen und von den Profitinteressen zu befreien. (Vgl. Entwurf der Grundrechte der jungen Generation, vorgelegt von der SDAJ.) Gleichzeitig kommt es darauf an, daß zur Finanzierung der beruflichen Bildung das Großkapital durch eine Besteuerung der Profite ebenso herangezogen wird, wie der Staat gezwungen wird, die Rüstungsausgaben herabzusetzen.

Wichtig ist der Klassenstandpunkt

Bei diesen Alternativvorstellungen wird im Zuge ihrer Verwirklichung durch einheit-

lich geführte Aktionen wahrscheinlich die Zahl der Lehrlinge, die unmittelbar im Betrieb ausgebildet werden, abnehmen. Es ist meines Erachtens für die allseitige Entwicklung der künftigen Arbeitergeneration kein Nachteil, wenn ein wachsender Teil von jungen Arbeitern und Angestellten erst im Alter von 18 bis 19 Jahren erstmals unmittelbar mit der kapitalistischen Ausbeutung im Betrieb konfrontiert wird und vorher den Betrieb nur in Form der polytechnischen Ausbildung bzw. eines betrieblichen Praktikums kennengelernt hat. Entscheidend ist, welches Rüstzeug der künftige Facharbeiter oder Angestellte von der integrierten Gesamtschule mitbringt. Nicht nur berufliche Fähigkeiten sind notwendig, um die Arbeitskraft so teuer wie nur möglich verkaufen zu können, sondern viel stärker erforderlich ist es, daß die künftige Arbeitergeneration bereits als „Schüler“ die Gewerkschaften kennenlernt und einen Klassenstandpunkt vertritt, um sich im Betrieb oder Büro erfolgreich für die Forderungen der Arbeiterklasse einzusetzen.

Hamburger Jugendring aufgelöst

Mit der Selbstaflösung des Hamburger Jugendrings ist die jugendpolitische und jugendpflegerische Arbeit in Hamburg in eine Krise geraten. Werner Stürmann, Mitglied des Redaktionsbeirats von elan, war bis zur Auflösung Vertreter der SDAJ im Hamburger Jugendring.

„Kaum jemand weiß genau, wieso der Jugendring zerfiel.“ So lautete die Schlagzeile der Springezeitung „Hamburger Abendblatt“ zu dem am 20. 12. 1971 aufgelösten Hamburger Jugendring. Schon seit 3 Jahren krankte der Jugendring als Zusammenschluß von 60 Verbänden: Die Vertretung jugendpolitischer Interessen beschränkte sich im wesentlichen auf das Aushandeln von Kompromissen für mehr Gelder und Bildungsreferenten mit den Behördenvertretern; öffentlichkeitswirksame Aktivitäten waren rar; die Diskussion erschöpfte sich hauptsächlich in Satzungsfragen.

Diese Situation nahmen die DGB-, die DAG- und die Beamtenbundjugend 1970 zum Anlaß, ihren Austritt aus dem Jugendring zu erklären. Damit begann die organisatorische Zersplitterung der Hamburger Jugendarbeit, die jetzt schließlich zur Auflösung des Hamburger Jugendrings führte.

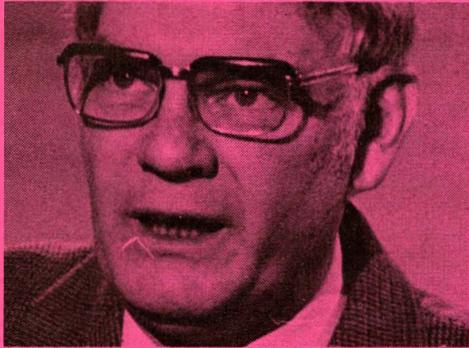
Die Entwicklung des Hamburger Jugendrings wird sicherlich zu einem großen Teil durch die besonderen Verhältnisse in Hamburg geprägt. Reaktionäre Verbandsvertreter aus der Sportjugend, der Katholischen Jugend und anderen Verbänden leisteten der Auflösung einer politisch einheitlich handelnden Kraft dadurch Vorschub, daß sie stets ihre partikularen Verbandsinteressen hervorhoben und nicht bereit waren, auf der Grundlage vieler Gemeinsamkeiten wirkungsvoll mit anderen Verbänden die Interessen der Jugend wahrzunehmen.

Auf der anderen Seite jedoch weist die Entwicklung in Hamburg Merkmale auf, die Bestandteile der allgemeinen Situation der „freien Jugendarbeit“ in der Bundesrepublik sind. Folgende Punkte sind hier maßgebend:

1. Die Gewinnung der Jugend ist zu einer zentralen Frage des Klassenkampfes gewor-

Löwenthals Märchenstunde

„ZDF-Magazin“ verleumdet antimilitaristische Aktivitäten demokratischer Jugendverbände / Von Reinhard Junge



Gerhard Löwen-(Lügen-)thal – Meister der Manipulation: Zwischen Lügen und Halbwahrheiten.

Gerhard Löwenthal, umjubelter Manipulationsgötze auf dem letzten CSU-Parteitag, setzt auch im neuen Jahr seinen demokratiefeindlichen Kreuzzug im Zweiten Deutschen Fernsehen fort. Gleich in der ersten Sendung seines „ZDF-Magazins“ am 5. Januar widmete er mehr als zwölf Sendeminuten dem antimilitaristischen Kampf der Jugend der BRD.

Hauptzielscheibe war die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend. Getroffen werden sollten aber alle, die heute gegen den Militarismus Stellung nehmen: die Gewerkschaftsjugend und die Naturfreundejugend, linke Jusos und Jungdemokraten sowie die Kriegsdienstverweigerer.

Drei grobe Unwahrheiten standen schon am Beginn der Sendung.

1. Löwenthal verlegte das Gründungsdatum der SDAJ (4. Mai 1968) auf einen Tag „vor zwei Jahren“, um
2. behaupten zu können: „Die Gründer waren junge Genossen der DKP“ – die es erst seit dem 26. September 1968 gibt. Doch was nicht in Löwenthals rechte Optik paßt, das wird passend gemacht.
3. Lüge: „Seit wenigen Monaten ist die Bundeswehr Agitationsschwerpunkt der SDAJ.“ Auch diese Behauptung ist aus der

Luft gegriffen: Als marxistische Organisation kämpft die SDAJ dort, wo die Masse der arbeitenden Jugend ausgebeutet wird: in den Werkhallen der Großkonzerne und den Bürosilos der Verwaltungen, in Handwerksbetrieben und Kaufhäusern.

Aus diesem Grunde auch ist der Kampf gegen den Militarismus, das gefährlichste Herrschaftsinstrument der Monopole, nur ein Teil des Kampfes und innerhalb des antimilitaristischen Kampfes wiederum ist auch die Bundeswehr nur ein Teilbereich: dort wirken jene Mitglieder der SDAJ, die zusammen mit ihren Kollegen und Mitschülern eingezogen werden.

„Einsatzbereitschaft der Demokratie

Löwenthal verschwiegen in seiner Sendung, daß der Kampf gegen den Militarismus eine immer breitere Basis findet und niemals allein von der SDAJ geführt wurde. So haben sich allein im vergangenen Jahr ein halbes Dutzend Landes- und Bundesjugendkonferenzen des DGB und der Einzelgewerkschaften gegen „Wehrkunde“-Unterricht und für die Forderungen der Studie „Soldat 70“ ausgesprochen.

Ulrich Sander, Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes der SDAJ, erklärte vor den Kameras des ZDF: „Die SDAJ ruft nicht dazu auf: ‚Arbeitet in der Bundeswehr, wühlt!‘ Das wäre vollkommener Unfug. Wir sind nur der Auffassung, daß – wenn die Masse der arbeitenden Jugend zur Bundeswehr geht – die sozialistische Arbeiterjugend in der Betreuung und Zusammenarbeit mit dieser Masse ihre Aufgabe sehen muß . . .“

Und gefragt, ob die von ihm mitherausgegebene Soldatenzeitung „Links Um“ der „Einsatzbereitschaft der Bundeswehr“ – was das sein soll, wurde nicht erläutert – diene, meinte Ulrich Sander: „Ich bin der Auffassung, daß ‚Links Um‘ zur Einsatzbereitschaft der Demokratie beiträgt.“

Drei Mitarbeiter der Hamburger demokratischen Soldatenzeitung „Rührt Euch“ untermauerten diese Äußerungen mit Beispielen aus dem Dienstalltag. Sie berichteten,

wie sie ihren Kameraden bei der Abfassung von Beschwerden helfen und sie über ihre Rechte als Soldaten beraten. Darüber hinaus, erklärte einer der Soldaten, sei es wichtig, das von den reaktionären Offizieren vermittelte Feindbild zu korrigieren.

Die „unpolitische“ Bundeswehr

„Rechtsberatung hilft Linksagitation an den Mann bringen“, jammerte das „ZDF-Magazin“ daraufhin und fuhr fort: „Politischeldeologie wird in die Kasernen getragen.“

O Wahr ist hingegen, daß es Notstandsgesetze gibt, die einen Einsatz der Bundeswehr gegen streikende Arbeiter ermöglichen. Und unbestraft blieb jener Marburger Oberstleutnant Wirth, der seinen Rekruten eintrichtern wollte, die demokratische Opposition in der BRD sei „vom Osten eingeschleust“. Ist das keine Ideologie?

O Wahr ist, daß die Panzerkaserne in Fürstenau (Emsland) – und nicht nur sie – „Pommern-Kaserne“ heißt – kein Revanchismus?

O Wahr ist auch, daß die Soldaten der Bundeswehr mit Lügen über den Sozialismus vollgestopft werden und auf den „Fall Rot“ getrimmt werden – ist das keine Politik?

Löwenthal hingegen geht es in seinem Haß gegen alles, was mit dem herrschenden Großkapital und seinen Politikern nicht durch dick und dünn geht, nicht darum, im „ZDF-Magazin“ Wahrheiten zu verbreiten. Als in Marburg die Gewerkschaftsjugend, Jusos, die Kreisorganisationen der IG Druck und Papier, SDAJ und Jungdemokraten, der AstA, SHB und MSB Spartakus, das Marburger Lehrlingszentrum und die Lehrerguppe in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ein Tribunal gegen den Kriegshetzer Oberstleutnant Wirth durchführten und sich mit dem Soldaten Otto Wagner solidarisierten – da war auch ein Team des ZDF dabei und filmte heftig. Daß in Löwenthals Sendung davon kein einziger Filmmeter auftauchte, ist bezeichnend: genau hier hätte Löwenthal sich selbst widerlegt.

Statt dessen entrüstet er sich über die DKP, den Spartakus und die SDAJ – und er schielt dabei nach der gesamten demokratischen Opposition. Seine Haßsendungen dienen jenen, die ihn schützen und bejubeln: der CDU/CSU, Strauß und Barzel. Sie sind die wahren Feinde des Grundgesetzes und der Demokratie.

forum der jugend- verbände

Gegen Profitgeier und Rüstungshaie

In der Dezemberausgabe 1971 interviewte FORUM die fünf SDAJ-Landesvorsitzenden, deren Landeskonferenzen bereits stattgefunden hatten. Inzwischen haben auch die anderen fünf SDAJ-Landesverbände ihre Konferenzen abgeschlossen. Ihre Landesvorsitzenden berichten hier über Schwerpunkte der SDAJ-Arbeit.

Stephan Krull, Niedersachsen: Josus diskutieren mit

„Für die politischen und sozialen Rechte der Jugend – Gemeinsam gegen die Macht der Monopole“. Das war der Schwerpunkt unserer 3. Landeskonferenz im Freizeitheim der VW-Stadt Wolfsburg.

Daß unsere Konferenz durch qualifizierte Diskussionen geprägt war, liegt mit Sicherheit besonders an den vorangegangenen vielfältigen Diskussionen über den Entwurf des Hauptdokumentes. An diesen Diskussionen beteiligten sich nicht nur unsere Mitglieder. Diskutiert wurde mit Betriebsjugendvertretern, Gewerkschaftsjugendfunktionären, Jungsozialisten, Falken und der Naturfreundejugend.

So ging es auf unserer Konferenz um die Situation der Jugend, vor allem der Arbeiterjugend. Denn die meisten Delegierten waren selbst Lehrlinge und Jungarbeiter aus niedersächsischen Großbetrieben. Sie sprachen über die Rechte der Jugend, die es im gemeinsamen Kampf durchzusetzen gilt. Sie diskutierten den gemeinsamen Kampf der Jugend gegen Rechtsentwicklung und Militarismus.

Die Wolfsburger Jungsozialisten entsandten Vorstandsmitglieder als Gäste zur SDAJ-Landeskonferenz. Einer von ihnen erklärte

Dieter Gautier, Bremen



in seinem Diskussionsbeitrag zum Hauptdokument:

„Dieser Entwurf geht nicht nur die SDAJ an, sondern alle demokratischen und freiheitsliebenden Kräfte. Es bleibt Aufgabe aller Beteiligten, diesen Entwurf auszufüllen und zu konkretisieren. Die Wolfsburger Jungsozialisten sind zu einem Informationsaustausch auf der Basis dieses Entwurfs bereit. Diese Zusammenarbeit muß jedoch auf andere Jugendorganisationen ausgedehnt werden.“

Für diese breite Zusammenarbeit setzen wir uns ein. Gerade in der Vorbereitung des 3. Bundeskongresses und der Diskussion des Hauptdokumentes „Fünf Grundrechte der jungen Generation“ werden wir unsere ganze Kraft für das einheitliche Handeln der Jugend einsetzen.

Dieter Gautier, Bremen:

Tribunal gegen Rüstungshaie

Die 3. Landeskonferenz der SDAJ, Landesverband Bremen, stand unter dem Thema: „Für die politischen und sozialen Rechte der Arbeiterjugend – gegen die Monopole“.

Der wiedergewählte Landesvorsitzende Dieter Gautier ging in seinem einleitenden Referat vor den über 60 Delegierten und Gastdelegierten insbesondere auch auf die Probleme der Aktionseinheit aller fortschrittlichen und demokratischen Kräfte unter der arbeitenden und lernenden Jugend ein. Er unterstrich, daß die entscheidende Voraussetzung für die Durchsetzung der berechtigten Forderungen der Arbeiterjugend das einheitliche Handeln aller demokratischen Kräfte sei, darum müsse sehr viel mehr noch als bisher das Bündnis mit Gewerkschaftern, jungen Sozialdemokraten, Liberalen und jungen Christen entwickelt und verstärkt werden. Ein guter Ausgangspunkt sei der Solidaritätskongreß am 11. Sept. 1971 in Bremen, zu dem neben den beiden Veranstaltern MSB „Spartakus“ und SDAJ eine große Zahl von Jugendvertretern, Jugendverbänden und Jugendfunktionären aufgerufen hätten. Die Impulse, die von diesem Kongreß ausgingen, müßten aufgegriffen und in dem gemeinsamen Kampf der Jugend gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg in den verschiedensten Formen fortgeführt werden. In der Diskussion auf der Konferenz berichteten die Delegierten von ihrem

gemeinsamen erfolgreichen Kampf mit anderen demokratischen Kräften gegen die Absichten des Bundesverteidigungsministers Schmidt, das Naherholungsgebiet „Breddorfer Moor“ zu einem NATO-Bomben-Übungsplatz umzufunktionieren. Auch in anderen Diskussionsbeiträgen wurde immer wieder deutlich, wie wichtig das Zusammenwirken aller fortschrittlichen und demokratischen Kräfte in der BRD ist, wenn es gelingt, für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung unseres Landes wirksam einzutreten.

Der Kampf gegen das Großkapital ist nur dann effektiv, wenn wir immer wieder mit den Freunden aus anderen demokratischen Jugendverbänden, mit den Kollegen in den Gewerkschaften diskutieren und gemeinsam aufzeigen, wer die Nutznießer dieser Gesellschaftsordnung sind.

Die Bremer SDAJ, die seit Oktober 1970 dem LJR Bremen angehört, wird den Mitgliedsverbänden des Landesjugendringes vorschlagen, im Frühjahr 1972 ein Tribunal gegen die Rüstungskonzerne, für europäische Sicherheit durchzuführen. Dieses Tribunal, das auch von dem Vorsitzenden des LJR in seinem Grußwort an die Konferenz positiv aufgenommen wurde, ist ein Mittel zur Stärkung der gemeinsamen Kampffront der fortschrittlichen Jugend in unserem Lande. Setzen wir die Lösung: „Gemeinsam sind wir stärker“ in die Tat um!

Dieter Keller, Baden-Württemberg: Gegen die großen Bosse

Schonungslos und brutal wirken sich auch in Baden-Württemberg die Widersprüche des kapitalistischen Systems auf die arbeitende und lernende Jugend aus. Die wahren Herren sind die Flicks und Abs', die Quandts und Boschs, die Schleyers und Frankenbergers. Sie sperrten vor einigen Wochen rigoros 360 000 Arbeiter aus. Während Hauptaktionär Friedrich Flick aus dem Daimler-Benz-Konzern einen Gewinn erzielt, der umgerechnet einem Stundenlohn von 218 600 DM entspricht, wird die Arbeiterjugend schamlos mißbraucht und ausgebeutet. Eine Umfrage (94 Prozent aller Beschäftigten wurden befragt) des Arbeits- und Sozialministeriums von Baden-Württemberg beweist, daß die Hälfte aller befragten Jugendlichen länger als die gesetzlich zulässigen Arbeitsstunden arbeitet und daß z.B. ein Drittel

**3. Bundeskongreß
der SDAJ Ostern 1972
in Stuttgart**



3

ENTWURF

Grundrechte der jungen Generation

Liebe Freunde und Kollegen!

Die SDAJ wendet sich an die Jugend unseres Landes. Es geht um den Kampf für die Grundrechte der jungen Generation. Die SDAJ ist Teil der demokratischen Jugendbewegung, die seit Jahren kämpferisch um die Durchsetzung dieser Rechte ringt. Viele Initiativen und Gedanken von Lehrlingen und Jungarbeitern, Schülern und Studenten, Soldaten, Jugendverbänden und Kongressen sind in diesem Entwurf aufgegriffen worden.

Lest den Entwurf. Sprecht darüber in Lehrwerkstätten, Berufsschulen, Schulen, Kasernen und Betrieben. Diskutiert, was man bei Euch im Betrieb und in Eurer Stadt tun kann, um gemeinsam mit anderen für die Grundrechte der Jugend zu kämpfen. Überlegt, wie noch mehr Lehrlinge und Jungarbeiter für den Kampf gegen die Ausbeutung gewonnen werden können und wie wir die Solidarität mit den Völkern Indochinas verstärken und Angela Davis freikämpfen können.

Die SDAJ wendet sich an alle jungen Sozialisten, Sozialdemokraten, Kommunisten, Liberale, Christen, Gewerkschafter, Organisierte und Unorganisierte: Schreibt uns Eure Meinung, macht Vorschläge, diskutiert mit! Kämpft mit!
Denn: Gemeinsam sind wir stärker!

Rolf Priemer

Rolf Priemer, Bundesvorsitzender der SDAJ



Grundrechte der jungen Generation

ENTWURF

Die Jugend unseres Landes will ein Leben in Gerechtigkeit, in Frieden, sozialer Sicherheit. Sie strebt nach Bildung, die ihre Zukunft sicher macht. Sie braucht sichere Arbeitsplätze, Schulen, Berufsschulen und Hochschulen. Sie will mitbestimmen über den Weg in die Zukunft.

Viele junge Menschen sind für ihre Interessen aktiv geworden. Die Umstände haben sie dazu gezwungen. Denn ihnen ist einiges aufgefallen:

Dieses Land ist voller Widersprüche:

Riesenprofite für Großindustrielle, aber für Arbeiter Kurzarbeit und Löhne, die von steigenden Preisen aufgeessen werden.

Die Mieten, Fahrpreise, Steuern, die Gewinne der Reichen und der Rüstungsetat klettern in die Höhe, die Arbeitenden sollen jedoch Zurückhaltung bei ihren Lohnforderungen üben.

Ein Leben in Saus und Braus für den Kaufhauskönig Horten, den Playboy Gunther Sachs, den Jungrentner Arndt von Bohlen und Halbach und den Aussperrungs-Schleyer, aber immer schärfere Arbeitshetze für ihre „lieben Mitarbeiter“, die Verkäuferinnen, die Metallarbeiter und die Bergleute.

Während die Maschinen in den Betrieben nach den modernsten Erkenntnissen konstruiert sind, sollen Lehrlinge sich eine Berufsausbildung gefallen lassen, die diesen Namen nicht verdient.

Die Bosse reden von Demokratie, während viele aktive Betriebsjugendvertreter entlassen werden und die Mitbestimmung verweigert wird.

Die Fälle von Lungenkrebs durch Umweltverschmutzung haben hierzulande eines mit den Gewinnen der Chemie-giganten gemeinsam: die höchste Wachstumsrate.

Die Bundesrepublik Deutschland gehört der NATO an, die angeblich Freiheit und Frieden schützen soll, während mit Hilfe dieser Militärorganisation in Griechenland Faschisten die Macht ergriffen.

Die Bundesregierung lobt un-ablässig ihre „Friedenspolitik“, während junge Menschen beim Bund den Krieg gegen Russen und DDR-Bürger üben müssen und die Regierung den Völkermord in Indochina durch Devisen-zahlungen an die USA unterstützt.

Die Verträge von Moskau und Warschau könnten den Frieden sicherer machen, aber unter dem Druck von Barzel und Strauß, Löwenthal und Springer, der Rüstungskonzerne und der CDU/CSU wird die Inkraftsetzung der Verträge verzögert. Von jeder Mark Steuern, die wir zahlen, wandern 30 Pfennig in die Kriegskasse der Bundeswehr, aber für unsere Schulen, Hochschulen und Berufsschulen, für Jugendheime und niedrige Fahrpreise fehlt das Geld.

Das sind Widersprüche, die auf unserem Rücken ausgetragen werden.

Millionen schaffen, Millionäre scheffeln – dieses Grundprinzip der kapitalistischen Gesellschaft steht im grundlegenden Gegensatz zu den Wünschen, Hoffnungen und Zukunftserwartungen junger Menschen.

Die Parteien in Bonn machen Versprechungen, um junge Wähler für sich zu gewinnen. Sie geben vor, sich mit ihrer Politik für die Jugend einzusetzen. Wer aber wie die CDU/CSU dem Großkapital verpflichtet ist, gegen friedliche Beziehungen von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und gegen jede Art von politischem und sozialem Fortschritt Sturm läuft, kann der Jugend keine Perspektive geben. Wer wie die SPD-Führung dem Großkapital nichts nimmt, aber den Antikommunismus betreibt, stellt sich in Gegensatz zu den fortschrittlichen, gesellschaftsverändernden Kräften der arbeitenden und lernenden Jugend.

Viele machen da nicht mehr mit:

Junge Menschen haben angefangen, sich zu wehren: Lehrlinge demonstrieren, Schüler protestieren, Soldaten werden unruhig, Studenten gehen auf die Straße, Jungarbeiter streiken. Jungsozialisten, Jungdemokraten und junge Christen begehren gegen die Politik der Führungen ihrer Parteien auf.

Und was besonders wichtig ist: die verschiedenen Teile der engagierten Jugend beginnen zu erkennen, daß wir gemeinsam kämpfen müssen, wenn wir Erfolg haben wollen. Solidarität hilft siegen.

Unter den kämpfenden Jugendlichen, unter den aktivsten der demokratischen Jugendbewegung sind die Mitglieder der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend zu finden.

Die Arbeiterjugend muß ihre Forderungen unüberhörbar machen: Die gesamte junge Generation will Frieden und Demokratie, mehr Lohn, mehr Freizeit, mehr Urlaub, Erholung und gesunde Lebensbedingungen, bessere Bildung und Berufsausbildung, besser gesicherte Arbeitsplätze und Mitbestimmung, niedrige Preise und saubere Luft zum Atmen.

Die Jugend muß diese Grundforderungen kämpferisch verwirklichen

Doch wer verweigert ihr die Erfüllung dieser Forderungen?

Die SDAJ und nicht nur sie allein haben festgestellt: Die Wurzel des Übels ist der Imperialismus, die nationale und internationale Macht der Monopole und Banken, das Großkapital und seine Bosse, – die am Krieg gegen die Völker Indochinas ebenso Gewinne machen, wie durch die Ausbeutung der Lehrlinge und jungen Arbeiter bei uns. Daher muß ihre Macht zurückgedrängt und ihre menschenfeindliche Ordnung überwunden werden.

Eine neue, die sozialistische Gesellschaftsordnung, für die die SDAJ kämpft, wird der Jugend auch unseres Landes die endgültige Sicherung ihrer Grundrechte bringen. Im Sozialismus liegt die Macht in den Händen des arbeitenden Volkes, und der Grundsatz wird Wirklichkeit: Was des Volkes Hände schaffen, muß des Volkes eigen sein!

Schon heute muß aber der Kampf um die Grundforderungen der Jugend organisiert werden. Wir wollen eine Demokratie, in der die Millionen und nicht die Millionäre die Macht haben. Schon jetzt ist die Verwirklichung vieler unserer Forderungen möglich – wenn wir gemeinsam dafür kämpfen.

Jugend will selbst über ihr Schicksal bestimmen

Die Großkapitalisten aber sind es, die der Jugend dieses Recht streitig machen. Sie haben den herrschenden Einfluß im Staat und damit in Bundeswehr, Polizei und Schulen. Damit wollen sie uns ausrichten. Damit wollen sie uns sich unterordnen. Sie verbreiten Zeitungen und Filme, damit wir denken, was sie sich ausdenken. Sie haben ihre Kaufhäuser und wollen, daß wir ihnen, ohne uns zu besinnen, unser sauer verdientes Geld in den Rachen werfen, für jede neue Mode, die sie sich aushecken. Ihre Reklamefachleute haben einen Sex-Rummel entfacht. Sie haben den Drogengebrauch durch ihre Massenmedien populär gemacht, um die Jugend von ihren Gegnern abzulenken. Sie predigen den „Generationskonflikt“, um Alt gegen Jung und Jung gegen Alt zu hetzen. Jedes Mittel ist ihnen recht, um

uns zu benebeln und besoffen zu machen.

Ihren Einfluß, ihre Herrschaft müssen wir zurückdrängen.

Jugend will frei sein – frei von Profitgeiern

Ausführlich und gründlich diskutieren viele junge Leute darüber, wie die Jugend ihre Feinde schlagen und ihre Grundforderungen verwirklichen kann. Die SDAJ nimmt an dieser Diskussion teil. Sie ist der Meinung, daß die arbeitende Jugend – ob in Jugendorganisationen organisiert oder nicht, ob christlich, gewerkschaftlich, ob sozialdemokratisch, liberal, sozialistisch oder kommunistisch orientiert – gemeinsame Interessen hat. Für die Durchsetzung dieser gemeinsamen Interessen müssen wir verstärkt zusammenarbeiten. Wer Trennendes in den Mittelpunkt stellt, hilft – gewollt oder nicht – den Jugendfeinden. Wer Antikommunismus verbreitet oder gewerkschaftsfeindliche Losungen ausgibt, spaltet unsere Kräfte.

Die SDAJ schlägt vor, in den Mittelpunkt des Kampfes der arbeitenden und lernenden Jugend folgende Grundforderungen zu stellen, auf die sich alle einigen können, die sich über ihre Zukunft Gedanken machen.

Treten wir ein gemeinsam für die Grundrechte der jungen Generation:

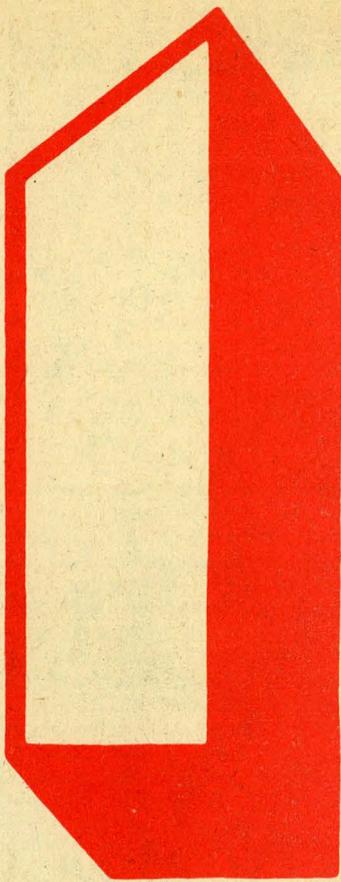
Das Recht der Jugend auf demokratische und fortschrittliche Bildung und Berufsausbildung.

Das Recht der Jugend auf Arbeit, soziale Sicherheit und Gleichberechtigung.

Das Recht der Jugend auf Mitbestimmung und Demokratie.

Das Recht der Jugend auf sinnvolle Freizeitgestaltung, Erholung, Sport und Gesundheit.

Das Recht der Jugend, in Frieden zu leben und zu arbeiten – ohne Militarismus und Neonazismus.



1. Das Grundrecht der jungen Generation auf demokratische und fortschrittliche Bildung und Berufsausbildung.

Die Jugend will wissen, wie sie ihre Zukunft bewußt gestalten kann. Sie will Bildung und Ausbildung, die sie befähigen, entsprechend den Anforderungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und im Interesse des gesellschaftlichen Fortschritts im politischen und wirtschaftlichen Leben mitzubestimmen.

Die arbeitenden Menschen müssen in der Lage sein, durch moderne Bildung und Ausbildung die Entwicklung der gesellschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Prozesse zu beherrschen und ihre sozialen und politischen Interessen in Betrieb, Staat und Gesellschaft durchzusetzen.

Bildung von heute bestimmt entscheidend über unser Leben von morgen:

Deshalb ist das Recht auf demokratische und fortschrittliche Bildung und Berufsausbil-

dung ein Grundrecht der jungen Generation.

Dazu ist notwendig:

Ein einheitliches Bildungssystem, das vom Kindergarten über die einheitlich gestaltete demokratische Gesamtschule unter Einschluß der Berufsschule, über die Berufsausbildung und Fachschule bis zur Universität und Erwachsenenbildung eine fest verzahnte Einheit bildet. In diesem System darf es keine Sackgassen für die Arbeiterkinder geben. Das Bildungsprivileg der herrschenden Klasse – das die Arbeiterkinder benachteiligt und das Diktat der Herrschenden über die Bildungsinhalte verewigen soll – muß gebrochen werden!

Sicherung der Mitbestimmung der Gewerkschaften und der Arbeiterjugend, der Schüler und Studenten in allen Fragen der Erarbeitung, Leitung und Kontrolle sowie des Inhalts des gesamten Bildungswesens. Die Berufsausbildung muß aus der

Zuständigkeit der Unternehmerorganisationen herauskommen, von den Profitinteressen des Kapitals befreit und von den Arbeitern und ihren Organisationen kontrolliert werden. Sie ist betriebsnah und zukunftsorientiert zu gestalten.

Die gesamte Bildung und Erziehung muß der vielseitigen Entwicklung des Menschen dienen, der im Sinne der Demokratie, des Friedens und der Völkerfreundschaft handeln lernt. Daher muß das Bildungssystem frei sein von den schädlichen Einflüssen des Antikommunismus, des Militarismus, des Neonazismus und der Unternehmerherrschaft.

Die Chancengleichheit im Bildungswesen muß verwirklicht werden. Jeder junge Mensch muß das Recht und alle Möglichkeiten haben, einen zukunftsorientierten Beruf zu erlernen und sich ständig weiterzubilden.

Für diese aktuellen Forderungen müssen wir jetzt gemeinsam den Kampf aufnehmen:

Finanzierung der Bildungsreform durch die Unternehmer und durch drastische Kürzung des Rüstungsetats.

Gewährleistung eines effektiven 9. und allgemeiner Übergang zum 10. Schuljahr.

Einrichtung von integrierten Gesamtschulen und schrittweise Einführung der Ganztagschule.

Gewährleistung von mindestens zwei bezahlten Berufsschultagen wöchentlich für alle Lehrlinge und für Jugendliche unter 18 Jahren.

Verabschiedung eines neuen Berufsbildungsgesetzes, das den Anforderungen einer modernen Berufsausbildung gerecht wird und den Vorstellungen der arbeitenden Jugend und der Gewerkschaften entspricht.

Uneingeschränkte Durchlässigkeit des Bildungssystems auf allen Ebenen, Schaffung neuer Zugänge zu den Hochschulen, besonders für Kinder aus Arbeiterfamilien.

Einführung eines bezahlten Bildungsurlaubs von mindestens 15 Arbeitstagen pro Jahr. Freiheit der Wahl der Bildungsstätten und ihrer Trägerorganisationen bei Inanspruchnahme des Bildungsurlaubs.



Das müssen wir als Nächstes tun:

Die Aktionen der Lehrlinge, Jungarbeiter, Schüler und Studenten haben sich als erfolgreich erwiesen. Niemand kommt daran vorbei, zu Fragen der Bildung und Berufsausbildung Stellung zu nehmen. Die Aktionen müssen fortgesetzt werden: Stärken wir die Gewerkschaftsjugend, die gewerkschaftlichen Lehrlingszentren und Betriebsjugendgruppen, die für eine bessere Berufsausbildung eintreten. Kämpfen wir gemeinsam mit den Studenten gegen den numerus clausus, entwickeln wir in den Schulen und Berufsschulen den Kampf gegen revanchistische, militaristische und neonazistische Schulbücher und Lehrer — reißt die bräunen Seiten raus, Offiziere raus aus den Schulen!



2. Das Grundrecht der jungen Generation auf Arbeit, soziale Sicherheit und Gleichberechtigung.

Junge Menschen erkennen, daß sie ein bedeutsamer Faktor in der Produktion sind. Sie wollen sichere Arbeitsplätze, höheren Lohn und Gleichstellung von jungen und älteren, von männlichen und weiblichen Arbeitern.

Diesen Wünschen junger Menschen steht entgegen, daß sie allein aufgrund ihres Alters oder ihres Geschlechts diskriminiert und doppelt ausgebeutet werden: als Arbeiter ohnehin und als jugendliche Arbeiter oder Mädchen insbesondere. Die Preiserhöhungen, die hohen Mieten und die Fahrpreise treffen die Jugend daher mit besonderer Härte.

Junge Menschen wehren sich gegen diese Ungerechtigkeit

Das Recht auf Arbeit, auf soziale Sicherheit und Gleichberechtigung ist ein Grundrecht der jungen Generation. Dieses Grundrecht zu verwirklichen, erfordert jetzt:

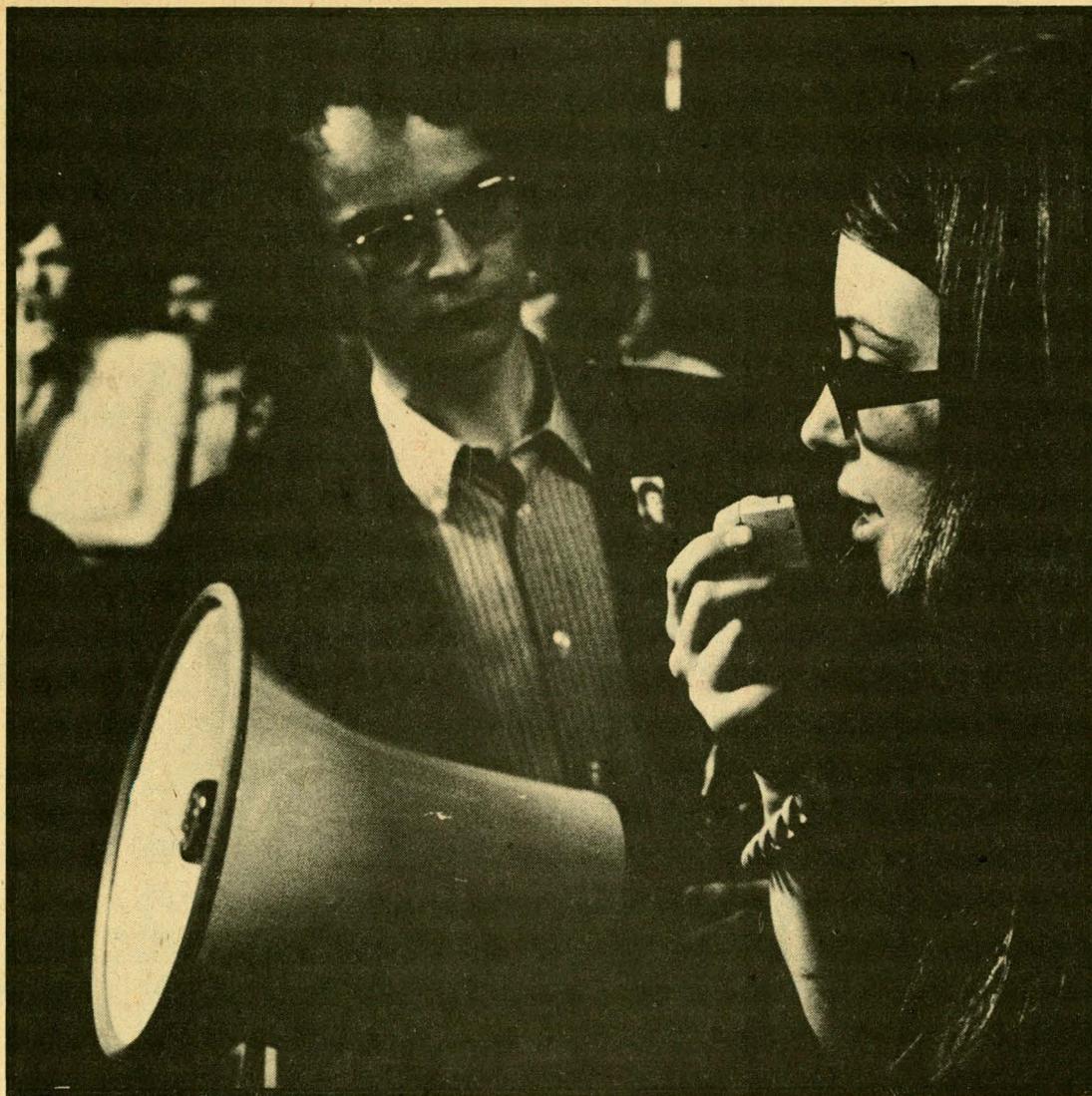
Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ohne Unterscheidung nach Alter und Geschlecht.

Bessere Sicherung der Arbeitsplätze und Verankerung des Rechts auf Arbeit im Grundgesetz. Recht auf einen Arbeitsplatz, der der beruflichen Qualifikation entspricht.

Die Lehrlingslöhne und die Ausbildungsbeihilfen von Fachschulen müssen es den Jugendlichen ermöglichen, ihren Lebensunterhalt unabhängig von Dritten bestreiten zu können. Deshalb müssen die Lehrlingslöhne erhöht werden. Die Lehrlingslöhne müssen in einem mit den Lehrjahren wachsenden prozentualen Verhältnis zum jeweiligen Facharbeiterlohn stehen.

Schaffung eines neuen Jugendarbeitsschutzes, dessen Einhaltung schärfstens kontrolliert wird und Verbesserung des Betriebsverfassungsgesetzes nach Vorstellungen der Arbeiterjugendverbände und der Gewerkschaften.

Schutz vor willkürlicher Entlassung und Recht auf Weiterbeschäftigung nach Beendigung des Lehrverhältnisses, besonders für Betriebsjugendvertreter und Jugendvertrauensleute.



Errichtung sozialer Institutionen aus den Unternehmerprofiten für die arbeitende und lernende Jugend sowie für junge Familien, z.B. Kultur- und Sporteinrichtungen, Betriebskindergärten, Kinderspielplätze und Ferieneinrichtungen sowie Bau von Wohnungen zu niedrigen Mieten und sicheren Mietbedingungen für junge Familien.

Schluß mit der Diskriminierung junger Frauen und Mädchen. Dazu gehört auch die Abschaffung des Paragraphen 218 und die kostenlose Ausgabe von Mitteln zur Empfängnisverhütung.

Kostenlose Benutzung aller öffentlichen Verkehrsmittel für

Lehrlinge, Schüler, Studenten, Soldaten und Ersatzdienstleistende.

Geschenkt wird uns nichts. Wir müssen selbst handeln

Beim „Roten Punkt“, in Aktionen gegen Mietwucher und in den Tarifikämpfen haben Jung und Alt durch gemeinsamen Kampf etwas herausgeholt. Daher gilt es: Stärken wir die Gewerkschaften innerhalb und außerhalb des Betriebes im Kampf gegen die Unternehmerswillkür, für Vollbeschäftigung und aktive Lohnpolitik. Lehrlinge verwirklichen das Streikrecht in der Aktion. Kämpfen wir Seite an Seite gegen Fahr-

preiserhöhungen (Rote-Punkt-Bewegung), gegen Mietwucher und Preistreiberei. Entwickeln wir Aktionen für die volle Gleichberechtigung der jungen Frauen und Mädchen. Jugendvertreter brauchen wirksamen Kündigungsschutz! Verstöße gegen das Berufsbildungs- und Jugendarbeitsschutzgesetz müssen mit Protestaktionen beantwortet werden. Stärken wir die Arbeiterjugendpresse, arbeiten wir mit Lehrlings-, Betriebs- und Berufsschulzeitungen.



3. Das Grundrecht der jungen Generation auf Mitbestimmung und Demokratie.

Die Jugend will mündig sein, sie will selbst über ihr Leben bestimmen. Die Jugendlichen sind aber von der Mitbestimmung über ihre wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Zukunft ausgeschlossen. Wie über-

all in dieser ungerechten Gesellschaftsordnung stehen auch im Betrieb die jungen Arbeiter an unterster Stelle.

Im Kampf für das Mitbestimmungsrecht der jungen Generation hat diese mit der Herabset-

zung des Wahlalters einen bedeutsamen Erfolg errungen.

Jugend will Mitbestimmung in allen Bereichen.

Es geht um die vollständige Verwirklichung des Grundrechtes der Jugend auf Mitbestimmung und Demokratie.

Das bedeutet:

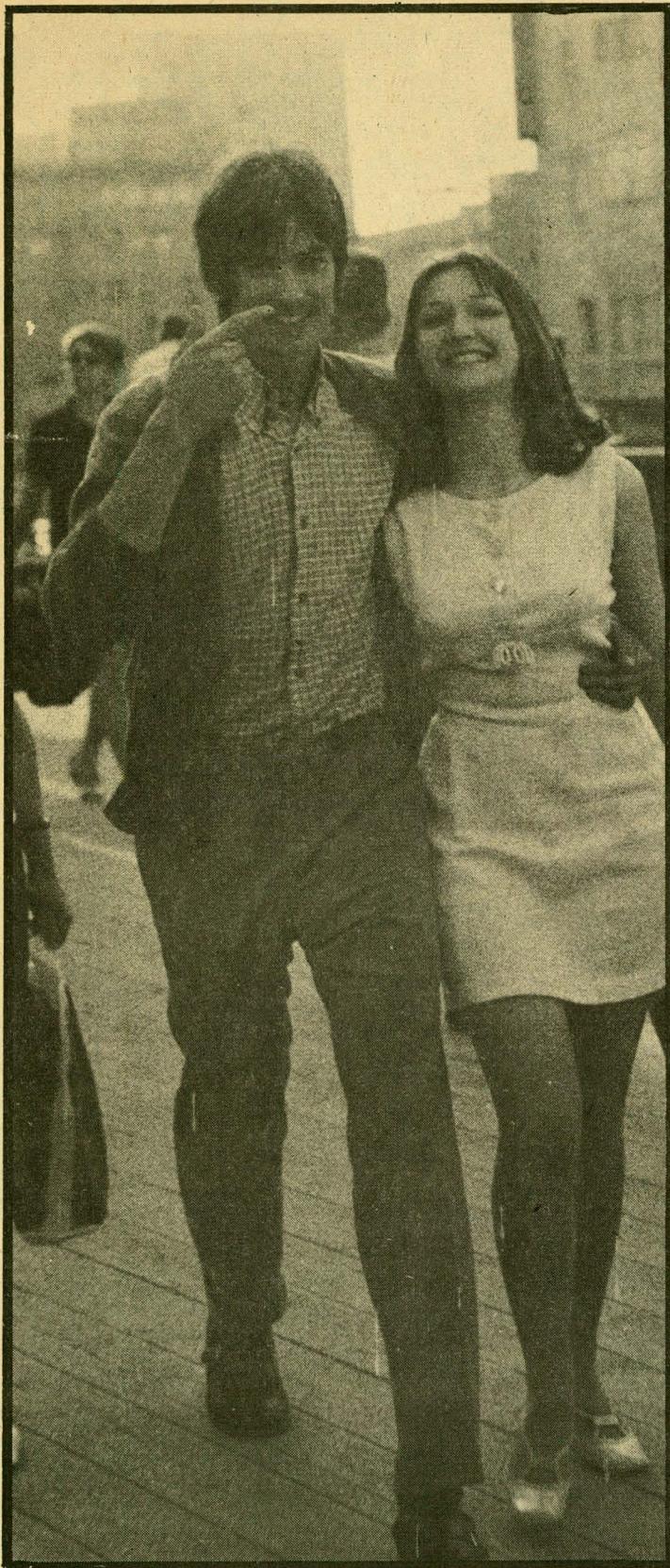
Eine echte demokratische Willensbildung, an der die Jugend maßgeblichen Anteil hat, ist Bestandteil des Kampfes für eine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft. Gemeinsam mit allen demokratischen Kräften muß die Arbeiterjugend für die Wahrung und die Erweiterung demokratischer Rechte eintreten und die Macht des Großkapitals zurückdrängen. Der Antikommunismus und der Neonazismus müssen bekämpft werden. Das KPD-Verbot muß aufgehoben werden, weil damit demokratische Bestrebungen unterdrückt und Organisationen verboten werden können. Die NPD, die Aktion Widerstand und andere neofaschistische Gruppen müssen aufgelöst werden.

Das Recht der Jugend auf Mitbestimmung muß vordringlich im Bereich der Produktion, Verwaltung, Dienstleistung, Berufsausbildung, Schul- und Hochschulbildung zur Geltung kommen. Alle jugend- und bildungspolitischen Fragen sind der Jugend und ihren Organisationen zur öffentlichen Diskussion zu unterbreiten, nach ihren Vorstellungen zu überarbeiten und erst dann in den Parlamenten zu verabschieden.

Die Selbständigkeit und Gleichberechtigung der Jugend, der Kampf um Demokratie und Mündigkeit verlangen die Herabsetzung des Volljährigkeitsalters auf 18 Jahre.

Die demokratischen Jugendverbände spielen eine wesentliche Rolle bei der Erziehung zu bewußten Demokraten. Sie müssen ohne Diskriminierung und politische Auflagen aus öffentlichen Mitteln gefördert werden.

Demokratische Schüler- und Jugendzeitungen tragen mit ihren Informationen und Dis-



kussionen zur Mündigkeit der Jugend bei. Sie müssen materiell gefördert, ihre Pressefreiheit muß gewährleistet werden.

Das Recht der Soldaten auf eine politische und gewerkschaftliche Betätigung muß ebenso gewährleistet werden, wie ihr volles Recht auf freie Meinungsäußerung und die anderen Bürgerrechte. In den Kasernen sind gewerkschaftliche Vertrauensleute zu wählen, die keinerlei Repressalien ausgesetzt sein dürfen. Das verfassungsmäßige Recht auf Kriegsdienstverweigerung darf nicht eingeschränkt werden.

Demokratische fortschrittliche Bildung und Ausbildung setzt demokratische Struktur der Institutionen, setzt Mitbestimmung voraus. Schüler, Lehrer und Gewerkschaften müssen gemeinsam die Einhaltung demokratischer und fortschrittlicher Normen der Bildungsinhalte durchsetzen.

**Wir haben nur soviet
Demokratie,
wie wir uns selbst
erkämpfen!**

Die Jugend hat in Aktionen gegen die NPD und gegen andere neonazistische Kräfte und für die Herabsetzung des Wahlalters erfolgreich den Kampf um Demokratie aufgenommen. Im Betrieb gilt es, die kameradschaftliche gleichberechtigte Zusammenarbeit der Jugendvertreter und Betriebsräte zu verwirklichen. Verteidigen wir gemeinsam die Selbständigkeit der demokratischen Jugendverbände gegen alle Gängelungsversuche. Schützen wir die vom Berufsverbot betroffenen demokratischen Lehrer und Pädagogen vor den verfassungswidrigen Maßnahmen der Behörden. Rücken wir den Abgeordneten auf die Bude, um ihnen klar zu machen: Jugendvertreter müssen vom Wehr- und Ersatzdienst befreit werden, wir wollen sofort die Volljährigkeit ab 18 Jahre, Schutz und Betreuung der Wehr- und Ersatzdienstleistenden sind gemeinsame Aufgaben der demokratischen Jugendverbände und der Gewerkschaften.

Die Jugend will Zeit für sich selber, sie will sich frei entfalten und ihre Fähigkeiten und Talente entwickeln. Sie braucht mehr Zeit für Erholung von der Arbeit, mehr Urlaub. Vor allem will sie selbst über ihre Freizeit bestimmen.

Wenn die Arbeiterjugend für ihre Freizeit in eigener Bestimmung, für Bildung und Erholung eintritt, stellt sich ihr derselbe Gegner wie in den Betrieben in den Weg: das Großkapital. Die Arbeiterbewegung hat bedeutende Verkürzungen der Arbeitszeit erkämpft und setzt diesen Kampf fort. Das Großkapital, dem jede Arbeitszeitverkürzung abgerungen werden muß, ist bestrebt, den Inhalt der Freizeit der arbeitenden Jugend in seinem Sinne zu manipulieren. Es trägt die Ver-

antwortung für die gesundheitliche Gefährdung der Bevölkerung.

Aber die Jugend will Freiheit für ihre Freizeit

Sie braucht das Grundrecht auf sinnvolle Freizeitgestaltung, Erholung, Sport und Gesundheit.

Deshalb muß gefordert werden:

Weitere Verkürzung der Arbeitszeit. Der Weg zum Arbeitsplatz muß auf die Arbeitszeit angerechnet werden. Verlängerung des Erholungsurlaubs für Jugendliche bis 21 Jahren und für Lehrlinge auf 30 Arbeitstage im Jahr.

Die Großkonzerne müssen den Dreck wegmachen, den sie verursachen, sie müssen den Umweltschutz bezahlen.

Schaffung und Ausbau von Naherholungszentren und Sportstätten. Der Zugang zu Seen und Wäldern muß allen offenstehen.

Errichtung von Jugendzentren, Jugendheimen und anderen Freizeitstätten der Jugend. Bei ihrer Errichtung und Verwaltung müssen Jugendliche und Jugendverbände entscheidende Mitbestimmungsrechte haben.

In den entscheidenden Gremien der Massenmedien (Fernsehen, Funk, Presse) müssen die demokratischen Jugendverbände

4. Das Grundrecht der jungen Generation auf sinnvolle Freizeit- gestaltung, Erholung, Sport und Gesundheit.



de wirkungsvoller mitbestimmen. Die Meinungsfabriken wie Springer, Bertelsmann und Bauer sollen in Gemeineigentum überführt werden.

Maßnahmen zum Schutz gegen Brutalisierung und Kriminalisierung, gegen kriegsverherrlichende, neonazistische und auf geistige Verrohung zielende Erzeugnisse. Enteignung der Unternehmungen, die an solchen Erzeugnissen verdienen.

Um den Drogengebrauch zurückzudrängen ist notwendig: strenge Bestrafung jeder direkten und indirekten Werbung für Drogen durch Massenmedien und strenge Maßnahmen gegen den Drogenhandel.

Die Ausgaben der Konzerne für Werbung müssen durch steuerliche Maßnahmen beschränkt werden zugunsten einer wahrheitsgetreuen Verbraucherinformation unter demokratischer Kontrolle.

Materielle Sicherung für eine vielseitige kulturelle Betätigung der Jugend. Mehr Mittel zur Unterstützung der freien Jugendarbeit durch Bund, Land und Gemeinden – ohne staatliche Bevormundung.

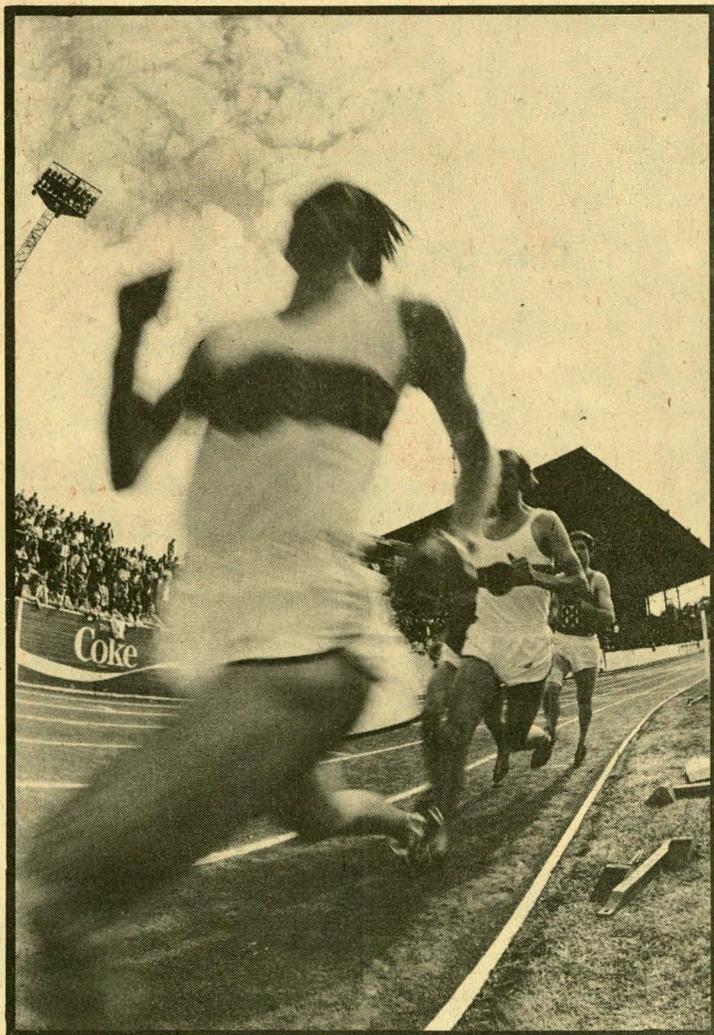
Mehr staatliche Förderungsmittel zur Entwicklung des Breitensports durch Schulen, Vereine und Verbände. Befreiung des Sports von nationalistischen und militaristischen Einflüssen.

Wissenschaftliche Auswertung der vorgeschriebenen ärztlichen Untersuchung vor der Beschäftigung aller Jugendlichen und ein regelmäßiger, kostenloser, vorbeugender und arbeitsbegleitender Gesundheitsschutz.

Was können wir selbst tun?

Jugendliche haben in Seeufer-Besetzungen, in Aktionen für Freizeitheime und gegen die Umweltverschmutzung auf diese dringenden Probleme aufmerksam gemacht. Gemeinsam müssen wir für die Einrichtung

von und für die Mitbestimmung in Freizeit- und Sportstätten der Jugend eintreten. Für den ungehinderten Zugang zu Wäldern und Seen, zu den Naherholungsgebieten! Gemeinsamer Kampf gegen die Umweltverschmutzung durch die Konzerne! Unterstützung solcher Arbeiterorganisationen wie die Naturfreundejugend und die Solidaritätsjugend. Veranstalten wir gemeinsam Songgruppenfestivals und progressive Filmwochen, um der Manipulation entgegenzutreten. Machen wir die Jugendzentren zu attraktiven Treffpunkten der Jugend. So setzen wir uns gemeinsam zur Wehr gegen Drogengebrauch, gegen Brutalisierung!





**5. Das Grundrecht
der jungen
Generation,
in Frieden zu leben,
und zu arbeiten -
ohne Militarismus
und Neonazismus.**

Die Verwirklichung der Grundrechte der jungen Generation ist nur möglich, wenn der Frieden erhalten bleibt und dauerhaft gesichert wird. Will die Jugend ihre Zukunft gestalten, so muß sie vor allen Dingen die Kräfte des Militarismus, der Reaktion und der Völkerhetze zurückweisen. Solange der Rüstungshaushalt wächst, werden die Mittel für die Verwirklichung der Grundforderungen der Jugend fehlen.

Barzel, Strauß und Springer, die Führungen der Revanchistenverbände, die Aktion Widerstand, die Spitzen des Militärs und die Rüstungskonzerne, vor allem CDU und CSU torpedieren alle Bemühungen um Entspannung, Abrüstung und Sicherheit. Sie sind die Hauptfeinde der Jugend, weil ihre Politik Leben und Zukunft der jungen Generation aufs Spiel setzt.

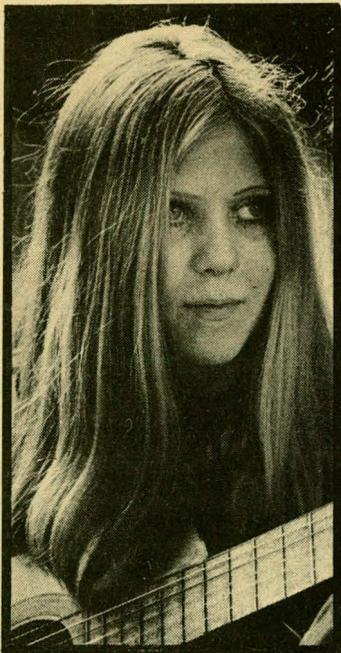
Die Jugend will in Frieden leben

Das Recht, in Frieden zu leben und zu arbeiten, ohne Militarismus und Neonazismus, ist das entscheidende Grundrecht.

Es zu verwirklichen, erfordert heute:

Die Verträge von Moskau und Warschau über Gewaltverzicht und Zusammenarbeit müssen vom Bundestag ratifiziert und zum Maßstab für die politischen Entscheidungen gemacht werden.

Diese Verträge haben jeden Vorwand für die verstärkte Aufrüstung beseitigt. Wenn dennoch der Rüstungsetat der BRD auf Rekordhöhe gebracht wird, so kann dies nur eine neue Welle des Wettrüstens auslösen. Das ist eine gefährliche Entwicklung, der wir entgegenzutreten müssen. Gefordert werden muß die Kürzung des Rüstungshaushalts und der Truppenstärke. Dadurch werden Mittel frei für die Verwirklichung der Forderungen der Jugend. Wir fordern die Verkürzung der Grundwehrdienstzeit auf 12 Monate.



Beide deutsche Staaten müssen Mitglieder der UNO werden. Die Deutsche Demokratische Republik muß völkerrechtlich anerkannt werden. Das Münchner Abkommen gegen die CSSR muß von Beginn an für ungültig erklärt werden.

Unser Land muß Beiträge zur baldigen Einberufung einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa leisten. Auf einer solchen Konferenz kann der Grundstein für die Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems für Europa gelegt werden, die militärischen Blöcke können dadurch überwunden werden.

Die Militarisierung aller gesellschaftlichen Bereiche muß auf unseren geeinten Widerstand stoßen. Die Vergrößerung der Truppenstärke, der Einfluß ehemaliger Nazi-Offiziere und der Neonazis, Angriffe auf die Rechte der Soldaten und Kriegsdienstverweigerer, der Plan für die Wehrkunde in den Schulen, der verstärkte Einfluß der Rüstungskonzerne, der Mißbrauch der Hochschulen für Kriegsforschung, die Mobilisierungspläne von Helmut Schmidt – das alles sind alarmierende Vorgänge, die im Widerspruch zu Geist und Inhalt der Verträge stehen.

Die Rechtskräfte unter Führung von Barzel, Strauß und Springer, die neonazistischen und revanchistischen Gruppen, die ihre Angriffe auf Demokratie und Sicherheit verstärken, müssen von allen demokratischen Kräften gemeinsam zurückgewiesen werden. Wir fordern die Auflösung der NPD und Schluß mit der Förderung der Deutschen Jugend des Ostens!

Schluß mit der Aggression der USA gegen die Völker Indochinas. Nach wie vor unterstützt die Bundesregierung politisch-moralisch wie auch durch die Devisenzahlungen an die USA den Völkermord in Vietnam. Schluß mit der Unterstützung der US-Aggression durch die Bundesregierung! Wir fordern Frieden für Indochina – Amis raus aus Vietnam! Solidarität mit den demokratischen Kräften der USA! Solidarität mit den um nationale Befreiung kämpfenden Völker! Freiheit für Angela Davis!

Was müssen wir tun?

An den Schritten zur Entspannung in Europa hat die Jugend einen großen Anteil. In den Kämpfen um Frieden in Vietnam, gegen Militarismus und für ein neues, friedliches Verhältnis zu den sozialistischen Ländern, haben sich große Teile der Jugend engagiert.

Bereiten wir gemeinsam die „Frühjahrskampagne 72 für Abrüstung, Sicherheit und internationale Solidarität“ vor. Arbeiten wir verstärkt in den Vietnam-Komitees, in den Ausschüssen „Freiheit für Angela Davis“. Organisieren wir den antimilitaristischen Kampf, indem wir die demokratischen Soldaten in der Bundeswehr unterstützen und den Kriegsdienstverweigerern helfen, indem wir den Kampf in die Rüstungsbetriebe tragen, die Bildungseinrichtungen von militaristischem Geist befreien. Laßt uns den 1. Mai und den 1. September (Antikriegstag) zu Kampftagen für Abrüstung, europäische Sicherheit und Anerkennung der DDR, gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg machen. Jeder neonazistischen Provokation müssen wir gemeinsam entgegenzutreten. Laßt nicht zu, daß die Rechtskräfte wieder den bestimmenden Einfluß in diesem Land erhalten.

Lehrlinge und Jungarbeiter,
Schüler und Studenten,
jung und alt machen
täglich die Erfahrung:
Geschenkt wird uns nichts!

Wir erreichen nur, was
wir uns gemeinsam selbst
erkämpfen. Einigkeit
macht stark.

Mit starken Gewerkschaften,
mit demokratischen
Jugendorganisationen und
mit einer konsequenten
sozialistische Kraft
der Jugend
mit der SDAJ, kann dieser
Kampf erfolgreich ge-
führt werden. Die SDAJ
tritt für das gemeinsame
Handeln der demokrati-
schen Jugend und der
Arbeiterjugendorganisa-
tionen ein. Sie wendet
sich gegen die Gängelungs-
versuche und die Bevor-
mundung
der demokratischen
Jugendverbände durch das
Großkapital und seine
Parteien.

GEMEINSAM

WIR

**3. Bundeskongress
der SDAJ Ostern 1972
in Stuttgart**

Die SDAJ handelt nicht in Konkurrenz zu anderen demokratischen Jugendorganisationen. Denn unser Gegner ist das Großkapital, sind die Feinde der Jugend. Die SDAJ zu stärken, bedeutet den gemeinsamen Kampf der demokratischen Jugend zu verstärken.

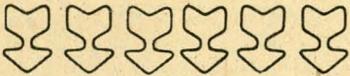
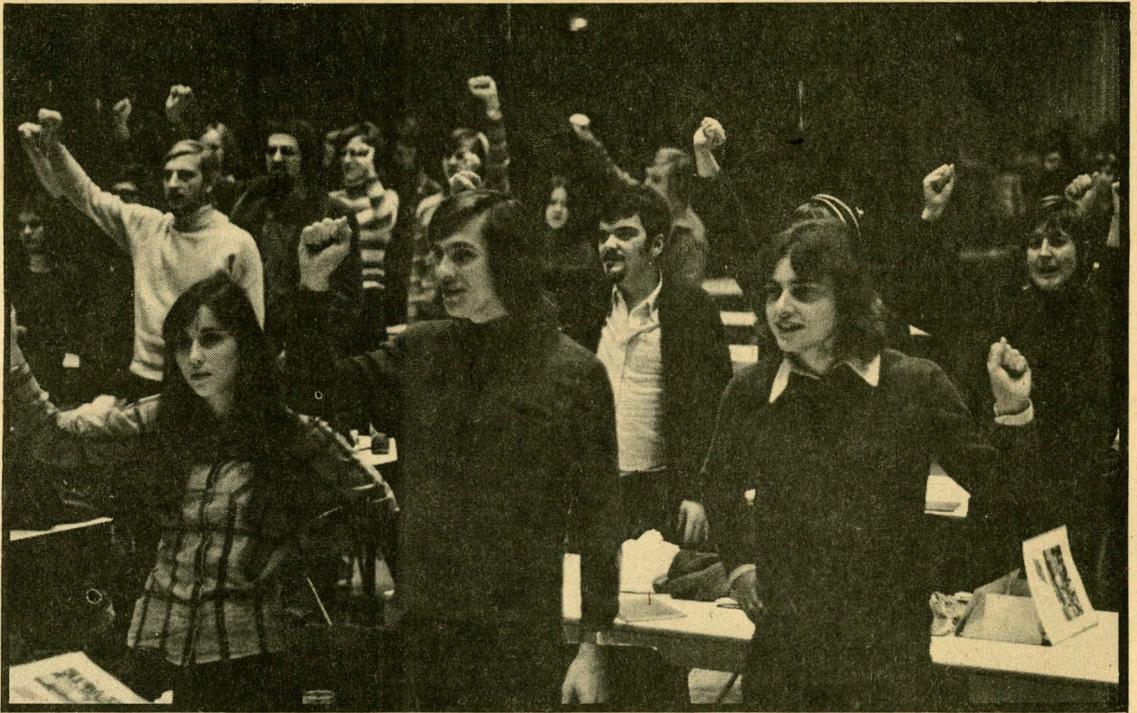
Die SDAJ hat fünf Grundrechte der jungen Generation formuliert und zur Diskussion gestellt. Diese Forderungen sind nicht im luftleeren Raum entstanden. Sie wurden entwickelt in den Kämpfen der Jugend unseres Landes, auf Konferenzen demokratischer Jugendverbände. Diese Grundrechte können wir verwirklichen, wenn wir uns zusammentun. Gemeinsam müssen wir auch mit allen demokratischen Bewegungen unseres Landes handeln. Junge und alte Demokraten haben gemeinsame Feinde: junge und alte Reaktionäre.

Wir wenden uns an alle jungen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland, an die jungen Gewerkschafter, jungen Sozialdemokraten und Kommunisten, an die Sozialisten und Liberalen, an die jungen Christen: Schließt Euch zusammen. Schiebt Trennendes beiseite.

**SIND
STÄRKER!**

SDAJ
**Sozialistische
Deutsche
Arbeiterjugend**

Herausgeber:
SDAJ-Bundesvorstand
Verantwortlich:
Hans Walter von Oppenkowski
46 Dortmund, Brüderweg 16
Druck:
Heska, Klein-Krotzenburg



Bitte ausschneiden und senden an:
SDAJ-Bundesvorstand, 46 Dortmund, Brüderweg 16

Ich habe zu dem Entwurf „5 Grundrechte der jungen Generation“
folgende Meinung und Änderungsvorschläge:

-
- Ich bin an einer persönlichen Aussprache interessiert
 - Ich möchte weitere Informationen
 - Ich interessiere mich für eine Mitgliedschaft in der SDAJ

Name

Anschrift

aller Lehrlinge nicht ärztlich untersucht wurde.

So bildete auch der Kampf der Arbeiterjugend gegen die großen Monopole einen Schwerpunkt auf der III. Landeskonferenz der SDAJ Baden-Württemberg in Mannheim. Die Delegierten übten kämpferische Solidarität mit dem Tarifikampf der Metaller um elf Prozent mehr Lohn und riefen die Lehrlinge und jungen Arbeiter auf, in dieser verschärften Situation den Kampf gegen die Konzernbosse gemeinsam mit den älteren Kollegen zu führen und sich nicht zu Streikbrechertätigkeiten mißbrauchen zu lassen.

Drei Wochen vor der Landeskonferenz führten wir in Stuttgart ein Tribunal der Arbeiterjugend gegen den größten Rüstungskonzern in Baden-Württemberg, die Daimler-Benz AG, und deren Hauptaktionär Flick durch, bei dem über 1 300 Lehrlinge und junge Arbeiter ihr Urteil über die Profitgeier und Rüstungshaie fällten. Unmittelbar nach der Landeskonferenz wurde an die größten Scharfmacher im Tarifikampf der Metallindustrie, die Bosse des Daimler-Benz-Konzerns, das „Goldene Vorhängeschloß“ von elan verliehen.

Indem wir unseren Hauptstoß gegen die großen Konzerne führen, entwickeln wir eine kontinuierliche Arbeit, stärken wir die SDAJ politisch und organisatorisch, erhöhen wir unseren Einfluß unter der Arbeiterjugend. In Vorbereitung des Daimler-Benz-Tribunals entstand die „Agit-Prop-Gruppe Stuttgart“.

Der eingeschlagene Weg unserer Arbeiterjugendpolitik wird konsequent weiterverfolgt. Das bedeutet, daß wir unsere Wirksamkeit noch konzentrierter auf die Arbeiterjugend der Großkonzerne in unserem Land richten.

Rainer Haag, Hessen:

Genosse Wagner saß im Bau

Der Genosse Otto Wagner, der zur Zeit seinen Wehrdienst in der Tannenbergkaserne in Marburg leistet, war als ordentlicher Delegierter zu unserer 3. LK gewählt worden.

Aus der Tannenbergkaserne teilte man uns ironisch mit, daß Herr Wagner aus zwingenden dienstlichen Gründen nicht an der Konferenz teilnehmen könne.

Unser Genosse Wagner saß im Bau.

Der Delegierte Michael Pfaab, Gefreiter d. Res., der kurz zuvor ebenfalls 21 Tage im Bau saß, weil er am 1. September, dem internationalen Antikriegstag, an einer Demonstration gegen Kriegstreiberei, für Frieden, Abrüstung und europäische Sicherheit teilnahm, sagte auf unserer Konferenz:

„Die Klassenjustiz verurteilte den Gefreiten Otto Wagner für sein konsequentes Eintreten für Entspannung, Frieden und Abrüstung zu 21 Tagen verschärfter Ausgangsperre und gleich darauf zu 21 Tagen Arrest. ... Besonders erschreckt reagiert die ‚hohe Führung‘ auf die wachsende Zahl derer, die sich nicht in politische Quarantäne stecken lassen, sondern als Soldaten aktiv für Demokratie und Frieden eintreten, die sich auf der Grundlage von ‚Soldat 70‘ zu organisieren beginnen. Die Militanten antworten darauf mit Repressalien. Politisch aktive Soldaten wandern in den

„Bau“... Währenddessen ist die Kaserne Tummelplatz der alten und neuen Nazis. Diesen Kräften muß Einhalt geboten werden.“

Die SDAJ führt seit ihrer Gründung den Kampf gegen den Militarismus. Wir unterstützen aktiv den Kampf der demokratischen Soldaten in der Bundeswehr, die Aktionen der Jugendvertreter und Lehrlinge der Rüstungsbetriebe und die Aktivitäten demokratischer Lehrer und Schüler gegen die Militarisierung des Bildungswesens und wir achten die Entscheidung der Wehrdienstverweigerer und verteidigen ihre Rechte.

Auch hier zeigt sich, daß es möglich ist, mit anderen demokratischen Organisationen gemeinsam den Kampf aufzunehmen. Aus der Solidaritätsbewegung mit dem Gefreiten Otto Wagner bildete sich in Frankfurt der Ausschuß für demokratische Betätigungsfreiheit in der Bundeswehr“, in dem der DGB-Jugendclub U 68, der DGB-KJA, Gewerkschaftssekretäre, junge Gewerkschafter, Studenten und SDAJler gemeinsam arbeiten.

Artur Moses, Saar:

So stärken sich unsere Gruppen

Da die Stadt Homburg (Saar) nicht bereit ist, ihren Jugendlichen ein Freizeitheim zur Verfügung zu stellen, griffen SDAJler zu einer öffentlichkeitswirksamen Aktionsform. Hinter einem Hinweiszeichen „Achtung Bauarbeiten“ begannen sie mit dem „Aufbau“ eines Hauses. „Hier entsteht das Homburger Jugendzentrum“ war auf einer Tafel zu lesen. 800 Bürger der Stadt solidarisierten sich durch ihre Unterschrift mit den Jugendlichen.

Wie in Homburg starteten SDAJler auch in anderen Städten an der Saar Aktivitäten zur Vorbereitung ihrer 3. Landeskonferenz. Um die Arbeit des Gesamtverbandes zu unterstützen, produzierte eine Gruppe beispielsweise eine Dia-Serie zum Thema: „Wie macht man eine Betriebszeitung“. Gerade auf diesem Gebiet – der Arbeit mit Betriebszeitungen und in den Betrieben – haben die SDAJ-Gruppen an der Saar erhebliche Fortschritte zu verzeichnen. Und hier liegt auch der Schwerpunkt der Tätigkeit in der Vorbereitung des 3. Bundeskongresses.



Schwettmann/Sander Jugend und Klassenkampf oder Antikapitalistische Jugendarbeit heute

Dieses Buch gibt Antwort auf aktuelle und wichtige Fragen der Arbeiterjugendbewegung. Bei Bestellungen bis zum 15. 2. 1972: Sonderpreis: DM 5,10 (danach kostet das Buch DM 7,60). Also mit der Bestellung beeilen!

Ich bestelle hiermit zum Vorzugspreis von DM 5,10 _____ Ex. des Buches „Schwettmann/Sander: Jugend und Klassenkampf“

Name: _____

Vorname: _____

Anschrift: _____

Unterschrift: _____

Ausschneiden und einsenden an:
Weltkreis-Verlags-GmbH,
46 Dortmund, Brüderweg 16

Das Parlament hat entschieden III.

Im Dezember und Januar brachte elan wichtige Beschlüsse der 8. DGB-Bundesjugendkonferenz, die vom 17.–19. November 1971 in Dortmund tagte. Hier dokumentieren wir einige weitere Beschlüsse im Wortlaut.

wirtschaftlicher Politik. Wer in Ost oder West gegen diese Prinzipien verstößt, hat mit dem Widerstand der Gewerkschaften und ihrer Jugend zu rechnen.

Die Regelungen einer Reihe von Staaten, mit denen die Bundesrepublik Deutschland in der NATO verbündet ist oder anderweitige Beziehungen unterhält, mißachten vorsätzlich und andauernd die Prinzipien der Menschenrechte. Das gilt insbesondere für Portugal, Griechenland, Spanien und in jüngster Zeit in zunehmendem Maße auch für die Türkei. Diese Praxis macht deutlich, daß die Behauptung, die NATO sei ein Bündnis zur Verteidigung der „freien Welt“, ideologischer Natur ist.

Die 8. Bundesjugendkonferenz des DGB fordert die Bundesregierung auf, gemeinsam mit den Regierungen anderer Staaten geeignete Maßnahmen zu organisieren, um die gegenwärtigen Regimes in Griechenland, Portugal, Spanien und in der Türkei zu isolieren und die Kräfte zu unterstützen, die die Ablösung dieser Regimes anstreben. Dazu gehört auch die Einstellung jeder wirtschaftlichen und militärischen Hilfe.

Neofaschismus

Die Delegierten der 8. DGB-Bundesjugendkonferenz fordern die Bundesregierung auf, die für ein Verbot der NPD, der Aktion Widerstand und anderer faschistischer Verbände und Gruppen nötigen Schritte zu unternehmen.

Nach den Wahlniederlagen der NPD ist die Bedeutung des parteipolitisch organisierten Faschismus seit 1969 geringer geworden. Dagegen hat der gegen die Ost- und Friedenspolitik der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung gerichtete, zum Teil offen terroristische Faschismus extrem nationalistischer antiparlamentarischer Gruppierungen Zulauf bekommen.

Dieser Entwicklung kann jedoch durch Verbote der betreffenden Parteien bzw. Verbände allein nicht wirksam begegnet werden. Neben der 26 Jahre nach Kriegsende überfälligen Anerkennung der durch den faschistischen Krieg geschaffenen Verhältnisse in Mitteleuropa muß endlich die bis heute unterlassene Auseinandersetzung mit den Ursachen und dem Wesen des Faschismus geführt werden. Diese Auseinandersetzung muß auch die gesellschaftlichen Zusammenhänge aufdecken, die den Hintergrund der faschistischen Aktivitäten bilden. Dabei ist zu verdeutlichen, daß insbesondere bestimmte Personen und Gruppierungen der CDU/CSU, die Deutsche Union und verschiedene Presseorgane durch eine offene oder verdeckte Zusammenarbeit mit extrem nationalistischen reaktionären politischen Kräften die Grenzen zwischen diesen und konservativen Parlamentsparteien verwischen.

Die Bundesjugendkonferenz fordert deshalb den Bundesvorstand auf:

1. Alle Organe sowie die Mitglieder und Funktionäre der im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften und Industriegewerkschaften zum verstärkten Kampf gegen die Gefahr von rechts aufzurufen und diesen Kampf mit allen Mitteln zu unterstützen.
2. Sich dafür einzusetzen, daß diese Bemühungen nicht auf die Gewerkschaften und Industriegewerkschaften sowie den DGB beschränkt bleiben, sondern von allen demokratischen Organisationen gemeinsam getragen werden;
3. über die den DGB-Gewerkschaften angehörenden Parlamentarier darauf hinzuwirken, daß nationalistische und faschistische Organisationen keine finanziellen Mittel aus staatlichen bzw. kommunalen Kassen erhalten.

Die Bundesjugendkonferenz unterstützt die vom Bundesjugendausschuß des DGB erhobene Forderung nach Ausschluß der Deutschen Jugend des Ostens (DJJO) aus dem Deutschen Bundesjugendring. Sie fordert die Vertreter der DGB-Jugend und ihre politischen Freunde im Bundesjugendring sowie in den Landes- und Kreisjugendringen auf, in ihren diesbezüglichen Bemühungen nicht nachzulassen.

Disziplinierung politisch aktiver Lehrer

Der DGB wird aufgefordert, auf das schärfste gegen die repressiven Maßnahmen von Schulbehörden zu protestieren und geeignete Schritte zu unternehmen, um bereits vollzogene Entlassungen bzw. Nichtübernahme politisch aktiver Lehrer in den Schuldienst wieder rückgängig zu machen.

Verweigerung der Übernahme in das Beamtenverhältnis des Prof. Holzer

In der Ablehnung des Bremer Senats, den Professor Holzer in das Beamtenverhältnis zu übernehmen und vor allem in der durch den Senat abgegebenen Begründung, daß Professor Holzer der DKP angehöre und in Bremen keine Kommunisten Beamte würden, sehen wir einen eklatanten Verstoß gegen das GG. Insbesondere gegen Art. 3 Absatz 3. Wir fordern den DGB auf, sich mit allen Mitteln gegen das verfassungswidrige Verhalten des Bremer Senats zu stellen und diesen zu veranlassen, alle aus politischen Gründen abgelehnten Bewerber einzustellen.

Sender „Radio Freies Europa“ und „Radio Liberty“

Der DGB-Bundesvorstand wird aufgefordert, auf die Auflösung des US-Senders „Radio Freies Europa“ und Radio Liberty“ zu drängen.

Abschaffung des § 218 StGB

Der DGB möge um eine bedingungslose Abschaffung des § 218 StGB kämpfen. Gleichzeitig soll sich der DGB dafür einsetzen,

- daß genügend Beratungsstellen über Sexualfragen eingerichtet werden;
- daß in den Schulen eine offene, den Erkenntnissen der Fach- und Gesellschaftswissenschaften entsprechende Sexualerziehung durchgeführt werden kann;
- daß die „Anti-Baby-Pille“ rezeptfrei ausgegeben wird und
- daß ärztliche Eingriffe zur Schwangerschaftsunterbrechung ohne Diskriminierung und ohne finanzielle Belastung der Betroffenen durchgeführt werden.

Kontakte zum Weltgewerkschaftsbund

Die Delegierten der 8. Bundesjugendkonferenz des DGB ersuchen den Bundesvorstand, Kontakte mit Gewerkschaften des Weltgewerkschaftsbundes aufzunehmen, bzw. fortzusetzen. Im osteuropäischen Raum könnte der DGB da-

mit die Entspannungs- und Friedenspolitik der Bundesregierung unterstützen.

In Westeuropa sind derartige Kontakte im Zuge der Europapolitik der Regierungen und der multinationalen Konzerne unbedingt erforderlich. Dabei darf es kein Hinderungsgrund sein, daß große Gewerkschaften — vor allem in Frankreich und Italien — dem Weltgewerkschaftsbund angehören.

Arbeitnehmer in der Bundesrepublik, in Frankreich und in Italien arbeiten in gleichen Konzernen und unter gleicher Unternehmensleitung zusammen.

Eine konsequente Interessenvertretung der Arbeitnehmer in diesen multinationalen Unternehmen und Konzernen setzt eine Abstimmung unter den in den einzelnen Ländern tätigen Gewerkschaften voraus.

Freiheit für politische Gefangene

Die Delegierten der 8. DGB-BJK fordern Freiheit für alle politischen Gefangenen die für die Interessen der Lohnabhängigen kämpfen.

Der markanteste Fall einer solchen politischen Gefangenen ist die Dozentin für Philosophie, Angela Davis. Sie lebt in einem Land, in dem engagierte Studenten, Wissenschaftler und in besonderem Maße schwarze Bürgerrechtler wie Verbrecher behandelt werden. Ein Land, in dem jede öffentliche Meinung gegen Rassismus und soziale Ungerechtigkeit von den faschistischen Kräften Amerikas als linke Agitation und Kommunistentum abgetan wird.

Angela Davis wurde zu einem Fall politischer Intrigen gemacht. Sie sieht einem Prozeß entgegen, der für sie von vornherein verloren scheint.

Weil ein Schuldspruch der reaktionären Kräfte Amerikas bereits stattfand, muß durch Aufklärung über die Hintergründe der Affäre entgegengearbeitet werden und durch Protestaktionen der bedrohten Angela Davis geholfen werden.

Gegen den Krieg der USA in Indochina

Die 8. DGB-Bundesjugendkonferenz verurteilt den neokolonialistischen Krieg der USA in Indochina. Entgegen den Forderungen der Gegner dieses Krieges in aller Welt und entgegen den Ankündigungen der verantwortlichen amerikanischen Politiker hat in den vergangenen drei Jahren eine weitere Eskalation des Krieges stattgefunden.

- Zahlreiche Verbrechen amerikanischer Offiziere und Soldaten an der Zivilbevölkerung werden aufgedeckt.
- Das Bombardement südvietnamesischen, aber auch kambodschanischen und laotischen Gebiets wurde verstärkt.
- US-Truppen fielen in Kambodscha ein und unterstützten den Angriff südvietnamesischer Truppen auf Laos.
- Die US-Regierung hat dem südvietnamesischen Regime freie Hand für einen Angriff auf Nordvietnam gegeben. Sie provoziert so das mögliche Eingreifen der Volksrepublik China und damit

die Umwandlung des „begrenzten“ Krieges in den globalen nuklearen Weltkrieg.

Die Mitte Juni von der amerikanischen Presse veröffentlichten Geheimdokumente zeigen, wie die Eskalation des Indochina-Krieges von der US-Regierung systematisch geplant und die Weltöffentlichkeit ebenso wie die parlamentarischen Kontrollinstanzen irreführend und über die wahren Entwicklungen bewußt getäuscht wurden.

In den USA selbst und in anderen Teilen der Welt ist die Widerstandsbewegung der Gegner des Vietnam-Krieges während dieser Entwicklung ständig gewachsen. Seit längerem haben sich auch amerikanische Gewerkschaften dieser Bewegung angeschlossen. Die 8. Bundesjugendkonferenz des DGB erklärt sich solidarisch mit den demokratischen Kräften in Amerika und in der ganzen Welt und fordert:

1. Sofortige Einstellung der Angriffe auf das Territorium von Nord-Vietnam, Laos und Kambodscha.
2. Den sofortigen und bedingungslosen Abzug aller amerikanischen und ausländischen Truppen aus Südvietnam. Die Bundesjugendkonferenz fordert die Bundesregierung auf, sich von dem amerikanischen Krieg in Indochina zu distanzieren.

Wie die in den Vereinigten Staaten veröffentlichten Dokumente zeigen, werden wir über Vorgänge in Vietnam meist einseitig und in entscheidenden Punkten vorsätzlich falsch informiert. Deshalb appelliert die Bundesjugendkonferenz an die Bundesregierung, der bereits von 25 Staaten völkerrechtlich anerkannten Provisorischen Revolutionären Regierung von Südvietnam, deren Vertreter an den Pariser Friedensverhandlungen teilnehmen, die Einrichtung eines Informationsbüros zu ermöglichen.

Die Bundesjugendkonferenz fordert die Abgeordneten des Bundestages auf, diese Forderung mit geeigneten parlamentarischen Initiativen zu unterstützen.

Freiheit für Angela Davis und Bob Seale

Die Delegierten der 8. DGB-Bundesjugendkonferenz fordern die sofortige Freilassung von Angela Davis und allen anderen politischen Gefangenen in den USA, die für Freiheit und Bürgerrechte gekämpft haben.

Angela Davis ist eine prominente Vertreterin der Bürgerrechtskämpfer in Amerika, die für die Freiheit der farbigen Minderheit in Amerika kämpft. Ihr droht die Todesstrafe!

Der Verdacht liegt nahe, daß der Prozeß in Wirklichkeit gegen ihre Hautfarbe und ihre politische Überzeugung geführt wird. Aus diesen Gründen fordern wir die Freilassung von Angela Davis und Bobby Seale.

Menschenrechte

Der Kampf für die Respektierung der Menschenwürde und die Verwirklichung von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit sind unabdingbare Bestandteile ge-

den. Das System des staatsmonopolistischen Kapitalismus läßt sich ohne Einbeziehung der Jugend nicht mehr aufrechterhalten. Dieser Aufgabe kommen die traditionellen Jugendverbände nur noch ungenügend nach. Auch ihre Entwicklung geht in Richtung eines systemkritischen Engagements. Daher sieht sich der Staat der Monopole gezwungen, durch Reformen wie Ganztagschulen, verstärktes Eingreifen in die Freizeitgestaltung z.B. über Häuser der Jugend, die Jugend in den Griff zu bekommen. Parallel dazu werden die finanziellen Mittel für die Jugendverbände gekürzt oder eingefroren.

So wird insgesamt das Betätigungsfeld der – so der offizielle Jargon – freien Jugendverbände beschränkt und befindet sich in einer Krise. Andererseits gibt es in einer Vielzahl von Jugendverbänden Bestrebungen, sich konsequent für die Interessen der Jugend in vielfältigen Formen einzusetzen und auf gesellschaftspolitisch kritischere Positionen überzugehen. Um diesen Trend, der in Hamburg vor allem durch die Aufnahme der SDAJ in den HJR ausgelöst und verstärkt wurde, aufzuhalten und die Möglichkeit eines aktiven und fortschrittlichen Hamburger Jugendringes von vornherein zu verhindern, wurde der Jugendring von reaktionären Verbandsvertretern aufgelöst. Derartige Bemühungen können, ähnlich wie im studentischen Bereich bei dem Versuch die selbständigen Gremien der Studentenschaft wie ASten und VDS zu beseitigen, auch im jugendpolitischen Bereich zunehmen.

2. Das Charakteristische der meisten Jugendringe besteht darin, daß sie die demokratische Jugendbewegung, wie sie sich in den letzten Jahren im Kampf gegen Neonazismus und gegen die Notstandsgesetze, für Frieden, Mitbestimmung und bessere Ausbildung herausgebildet hat, größtenteils ignoriert hat. Ihre Initiativen wurden von den Jugendringen ungenügend aufgenommen. Das führt zu einer Abkapselung von den Interessen und Bedürfnissen junger Menschen.

Ein sich dermaßen in Widersprüchen bewegender Jugendring ist leicht von reaktionären Kräften aufzulösen. Es sei denn, die in ihm vertretenen Verbände stellen das Trennende beiseite, einigen sich auf ein fortschrittliches Aktionsprogramm und kämpfen gemeinsam mit der Jugend für die Interessen der Jugend. Die Entwicklung in Hamburg ist nicht zwangsläufig. In Bremen z.B. hat sich der Landesjugendring aktiv an den Bewegungen der Jugend beteiligt. So konnten viele der prinzipiellen Schwierigkeiten überwunden werden.

Die Zersplitterung der Jugend hilft stets nur den Feinden der Jugend. Diese Einsicht wird sich auch in Hamburg durchsetzen. So heißt es denn auch in der Abschlusserklärung des Jugendrings: „Die z.Zt. 60 Mitgliedsorganisationen des HJR gehen diesen Schritt (die Auflösung, W.St.) in der erklärten Absicht und Bereitschaft, möglichst bald wieder zu einer engen Zusammenarbeit sowie einer repräsentativen Vertretung ... zu finden.“

FDJ-Westberlin: Klassenfeind gemeinsam schlagen!

**Solidarität mit den um ihre Freiheit und Unabhängigkeit kämpfenden Völkern Indochinas, Freiheit für Angela Davis, Mitbestimmung der Lehrlinge, Jungarbeiter, Schüler und Studenten in allen sie betreffenden Fragen, gegen Tarif-, Miet- und Preiserhöhungen, Stärkung und Festigung der FDJ Westberlin stand auf der V. Stadtdelegiertenkonferenz, 17. und 18. Dezember, an der 148 ordentliche und 63 Gastdelegierte teilnahmen, zur Diskussion und Beschlußfassung./
Von Herwart Prudlo**

An der Konferenz nahmen 14 ausländische Delegationen der Bruderverbände teil, darunter Vertreter des leninschen Komsomol, der FDJ, des ZMS und der SDAJ. Herzlich begrüßten die Delegierten und Gäste Vertreter des kämpfenden Vietnam. In seiner immer wieder von Beifall und Sprechchören – „Solidarität“, „Amis raus aus Vietnam“ – unterbrochenen Begrüßung dankte Pham van Huong, Attache der Botschaft der Republik Südvietnam in der DDR, allen Mitgliedern und Freunden der FDJW für ihre kämpferische Solidarität. Wie der wiedergewählte Vorsitzende des sozialistischen Jugendverbandes, Peter Klaar, in seinem Referat bekannt gab, wurden bis zur Konferenz bereits 23 000 DM in Betrieben und Büros, Lehrwerkstätten und Schulen für das „Kinderkrankenhaus Nguyen Van Troi“, das im Rahmen der Kampagne des WBDJ „Die Jugend klagt den Imperialismus an“ gebaut werden soll, gesammelt.

Auf der Konferenz wurde über den verstärkten antimonopolistischen Kampf diskutiert und wie noch größere Teile der Arbeiterjugend in diesen Kampf miteinbezogen werden können. In der einstimmig angenommenen Entschließung wird festgestellt: „Wir sehen unsere Hauptaufgabe in der Stärkung der Aktionseinheit der

Arbeiterjugend sowie in der Erhöhung der Aktivitäten der arbeitenden und lernenden Jugend bei der Durchsetzung ihrer Interessen.“

Von den Konferenzteilnehmern wurde die auf Initiative der Sowjetunion zustande gekommene vierseitige Vereinbarung über Westberlin sowie die auf Initiative der DDR abgeschlossene Vereinbarung über Erleichterungen und Verbesserung des Reise- und Besucherverkehrs Westberliner Bürger in der DDR einschließlich ihrer Hauptstadt und das Abkommen über den Transitverkehr zwischen der BRD und Westberlin durch das Hoheitsgebiet der DDR begrüßt. In seinem Referat stellt Peter Klaar dazu fest: „Alle drei Vereinbarungen schaffen günstige Voraussetzungen, daß der Spannungsherd Westberlin entschärft, daß von unserer Stadt ein Beitrag zur Sicherung des Friedens in Europa geleistet werden kann.“

Immer wieder wurde von den Diskussionsrednern herausgearbeitet, daß die Jugend im einheitlichen Kampf ihre Interessen durchsetzen kann. Nachhaltig klingt die so oft im Sprechchor gerufene Lösung: „Jungarbeiter, Lehrlinge und Schüler vereint, schlagen gemeinsam den Klassenfeind!“

Bücher für die Jugendarbeit

„Gewerkschaften – Standort und Perspektive“, Nachrichten-Verlag, 6 Frankfurt, Friedberger Landstraße 307, 344 Seiten, 7,50 DM.

„Dokumente der Gewerkschaften“, Nachrichten-Verlag, 132 Seiten, 4,50 DM.

„Lenin und Fragen der Gewerkschaftspolitik“, Nachrichten-Verlag, 242 Seiten, 5 DM.

„Marx und die Gewerkschaften heute“, Verlag Marxistische Blätter, 6 Frankfurt, Hedderheimer Landstraße 78a, 204 Seiten, 4 DM.

Bach/Georgi: „Gewerkschaftsjugend im DGB – gestern – heute – morgen“, Tribüne-Verlag, 232 Seiten, 6,70 DM. Zu beziehen über Brücken-Verlag, 4 Düsseldorf, Ackerstraße 3.

Dimitroff an die Jugend II

„Eine hervorragende Idee habt Ihr in der Januar-Nummer mit dem Abdruck der Auszüge aus Reden und Schriften von Dimitroff gehabt. Die Leitung unserer SDAJ-Gruppe hat den Artikel auf einer Sitzung ausführlich diskutiert und als Anleitung zum Handeln verstanden. Einige schwierige Fragen konnten gelöst werden, indem wir uns an den Kern der Ausführungen von Dimitroff hielten. Vielen Dank und bringt auch in Zukunft solche Texte, mit denen man arbeiten kann“.

Dieser Meinung und Aufforderung unseres Lesers Axel Schildt aus Ahrensburg kommen wir mit der Veröffentlichung weiterer Texte aus dem Werk von Georgi Dimitroff gern nach.

Vergeßt nicht, daß die Grundlage der Jugendbewegung die Arbeiter- und Bauernjugend sein muß. Das ist die breite Masse, auf die ihr euch stützen werdet. Sehr wichtig ist, eine ehrliche, fähige Intelligenz zu haben. Gute Kader muß aber hauptsächlich die Arbeiter- und Bauernjugend liefern. Im Hinblick auf diese Aufgabe müßt ihr eure Arbeit ebenfalls anpassen, Maßnahmen für Hilfsmittel in dieser Hinsicht ergreifen. Die Zirkel

sind bis zum höchsten Maß zu entfalten: in Schulen, Dörfern, Betrieben, Dienststellen, Stadtvierteln, und zwar freiwillig, nicht obligatorisch. Es ist ein ständiges Interesse für sie zu entwickeln! Sie sollen sich ein-, zweimal in der Woche versammeln und zusammen lesen, die laufenden Fragen erörtern. Sie sollen sich versammeln, wo sie können, es braucht nicht unbedingt im Klub zu sein. Solche Zirkel von höchstens zehn bis

fünfzehn Mann sollt ihr zu Tausenden haben, weil sie die beste Art der Selbstbildung sind. Dort hilft sich die Jugend, erweitert ihre Kultur, wächst ideologisch und politisch.

Unter den jetzigen Verhältnissen ist die Selbstbildung das wichtigste Mittel für die Hebung des theoretischen und politischen Niveaus eurer Mitgliedermassen. Wer von den Jugendlichen schlafen geht, ohne darüber nachzudenken, was er während des Tages gelernt hat, kommt nicht vorwärts. Auch wenn ihr mit laufender Arbeit überhäuft seid, müßt ihr eure Arbeit so organisieren, daß ihr Zeit habt zu überlegen, was ihr während des Tages erreicht habt: plus oder minus. Wenn es ein Plus ist, dann ist es gut, wenn es Minus ist, dann trifft Maßnahmen.

Die Jugend muß den Arbeiterjugendverband überall als ihren Berater und Verteidiger spüren! Übersieht auch die kleinsten Dinge in dieser Hinsicht nicht! Benutzt zum Beispiel die Hochzeit jedes Jugendlichen, schickt jemand, um den Neuvermählten zu gratulieren. Heiratet ein Bauernmädchen aus dem Arbeiterjugendverband, so muß die Gruppe aktiv an der Hochzeit teilnehmen. Kommt ein Kind zur Welt oder ist jemandem der Vater oder die Mutter gestorben, so muß ein Vertreter hingehen und helfen, soweit dies möglich ist. Denkt nicht, daß diese scheinbar geringen Dinge die Würde des Arbeiterjugendverbandes als Kampforganisation schmälern. Auf diesem Ge-

biet müßt ihr selbst eingehende Überlegungen anstellen; vielleicht findet ihr viele konkrete Arbeitsmethoden. Das muß eurer System werden! Versäumt nichts, was euch fest mit der Jugend verbinden kann. Die Jugend sieht im Arbeiterjugendverband ihre eigene Organisation, an die sich um Rat und Hilfe in allen Notfällen wenden kann. Wenn ihr euch natürlich nur damit beschäftigen würdet, so wärt ihr nur eine gewöhnliche Wohltätigkeitsorganisation. Damit dies nicht so ist, müßt diese Arbeit mit eurer ganzen Tätigkeit als Jugendkampforganisation verbunden werden.

Das einzige Mittel ist, sowohl als Leiter wie auch als einfacher Funktionär, die Zeit vernünftig, rational einzuteilen. Ihr könnt nicht ununterbrochen arbeiten, so daß euch keine Zeit bleibt, um auszuspannen, um ins Theater oder Kino zu gehen. Was für Leiter werdet ihr sein, wenn ihr keine Kultur habt? Die Beherrschung des Marxismus ist durch Kultur zu ergänzen. Ihr müßt gesund und stark sein, müßt durchhalten. Es handelt sich um Arbeit, um Schaffen. Bei unserer Arbeit muß die Zeit der führenden Organe überall organisiert genutzt werden; die Fragen sind im voraus zu bearbeiten, dann konkret zu stellen und konkret zu lösen. Steht eine Frage nicht auf der Tagesordnung, so soll sie, falls sie nicht außerordentlich wichtig und dringend ist, auf der nächsten Sitzung erörtert werden.

Jetzt Verträge ratifizieren!

Im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung in der BRD wird im Frühjahr 1972 der Kampf um die Ratifizierung des Moskauer Vertrags durch Bundesrat und Bundestag stehen. CDU/CSU, die Revanchistenverbände, neonazistische Terrorgruppen, die Deutsche Jugend des Ostens (DJO) NPD, NLA, DVU und Axel Springer schießen aus allen Rohren gegen die Verträge und bereiten Aktionen vor. Für die demokratischen und sozialistischen Kräfte unseres Landes heißt es: jetzt gerade den Kampf für die Ratifizierung und Verwirklichung des Moskauer und Warschauer Vertrages zu führen. Hier sind die Termine der Lesungen der Verträge in Bundesrat und Bundestag:

9. Februar 1972: Erste Beratung im Bundesrat

23. und 24. Februar 1972: 1. Lesung im Bundestag

3. und 4. Mai 1972: 2. und 3. Lesung im Bundestag

14. Mai 1972: Zweite Beratung im Bundesrat

24. und 25. Mai 1972: Beratung im Vermittlungsausschuß, falls der Bundesrat den Vertrag ablehnt

7. und 8. Juni 1972: Letzte Abstimmung im Bundestag, falls der Bundesrat abgelehnt hat. Dann ist die absolute Mehrheit aller Bundestagsmitglieder für die Ratifizierung notwendig

monatsmagazin

„Jugendheim im Rathaus!“

Rathausbesetzung brachte Erfolg für Mülheimer Jugendliche

Von Wolfgang Bartels

Ein Flugblatt machte die Runde in Mülheim/Ruhr: „Jetzt langt es! Jugendheim Georgstraße geschlossen! Jugendheim Kreuzstraße wird geschlossen! Katholisches Jugendheim am Kirchenhügel wird geschlossen! Und die Stadt tut nichts! Um den Stadtvätern Dampf unter dem Hintern zu machen, eröffnen wir ein Jugendheim im Rathaus!“

Und so geschah es dann auch. An einem Nachmittag im Dezember zogen über hundert Jugendliche zum Mülheimer Rathaus, besetzten den ersten Stock und ließen sich auf mitgebrachten Decken und Luftmatratzen vor dem Großen Sitzungszimmer nieder. Lange warteten die jungen Leute, bis sich die große, schalldichte Tür öffnete. Sie wußten: zur Zeit tagt der Hauptausschuß der Stadt in einer nichtöffentlichen Sitzung.

Nach vierzig Minuten „Belagerung“ war es soweit: Oberbürgermeister Heinz Hager wurde von den Jugendlichen bestürmt. Sie zählten ihm auf: Aus Personalmangel wurde das Jugendheim Georgstraße geschlossen. Wegen mangelnder Bezuschussung und weil Mülheimer Kirchenvätern fortschrittliche Jugendarbeit ein Dorn im Auge ist, soll das Jugendheim Kreuzstraße der Evangelischen Johanniskirchengemeinde geschlossen werden (siehe elan 12/71). Dabei hatten Mülheims Stadtväter im SPD-Wahlprogramm zur letzten Kommunal-



Mülheimer Jugendliche besetzten das Rathaus. Im Gespräch mit Oberbürgermeister Hager stellen sie ihre Forderungen.

wahl noch große Versprechungen gemacht: ein ganz neues Jugendclubhaus in zentraler Lage wollten sie bauen.

Verständlich, daß bei den Mülheimer Jugendlichen der Faden gerissen ist. Und ihre Aktion hatte Erfolg. Oberbürgermeister Hager vereinbarte ein Gespräch zwischen den Jugendlichen und Rat und Verwaltung. Damit das Heim Georgstraße wieder eröffnet werden kann, sagte Hager bei dieser Aussprache bessere Besoldung für neues Personal zu. Zwei Bewerber haben sich inzwischen schon gemeldet. Dem Jugendheim Kreuzstraße sicherte die Stadt finanzielle Unterstützung zu.

Einer der Mülheimer Jugendlichen: „Wir werden ganz genau darauf achten, daß die Versprechen gehalten werden!“ ■

Überall: Roter Punkt

Urteile können uns nicht einschüchtern

Von Hans Kluthe

„Die Angeklagten haben sich für die Interessen der Dortmunder Bevölkerung eingesetzt.“ Zu dieser Erkenntnis kam das Dortmunder Amtsgericht in der Hauptverhandlung gegen zwei „Rädelsführer“ der Rot-Punkt-Aktion vom

März 1971 (siehe elan April 1971). Trotzdem: das Gericht verurteilte den Betriebsrat Alfred Gleim (23) wegen „fortgesetzter Nötigung“ zu 600 DM Geldstrafe und mich, den Dortmunder SDAJ-Vorsitzenden Hans Kluthe (22), zu 200 DM wegen „Aufruf zu strafbaren Handlungen“.

Das Gericht meinte, wir hätten bei der Interessenvertretung unerlaubte Mittel angewandt. Nun gut, unerlaubte Mittel oder nicht. Darüber hat längst die Dortmunder Bevölkerung entschieden. So hatte Alfred Gleim von den 1 200 Kollegen seines Betriebes den klaren Auftrag bekommen, gegen die Fahrpreiserhöhungen zu handeln. In Flugblättern und Protesterkklärungen hatten das Aktionskomitee, Jugendorganisationen und die Jugendvertretungen des

monatsmagazin

Hoesch-Konzerns die Einstellung der Verfahren und Amnestie für alle Verurteilten gefordert. Wir konnten dem Gericht über 40 000 Unterschriften von Dortmunder Bürgern vorlegen, die sich mit uns solidarisiert hatten.

Trotzdem zählten offensichtlich für das Gericht die Interessen der öffentlichen Preistreiber mehr. Ein Urteil „im Namen des Volkes“?

Die Richter und Stadtherren wollten mit diesem und den vielen anderen Urteilen einen Schlußpunkt unter die Rotepunkt-Bewegung setzen. Durch Geldstrafen soll die Bevölkerung in Zukunft davon abgeschreckt werden, ihre Interessen zu vertreten. Fahrpreiserhöhungen sollen künftig reibungsloser über die Bühne gehen.

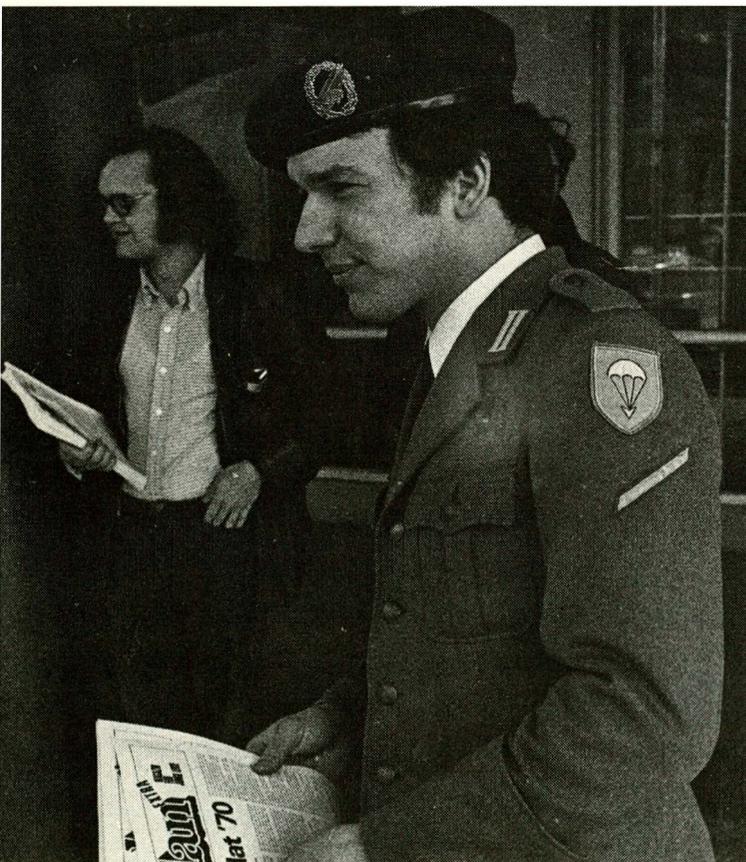
Aber diese Herren müssen endlich eines einsehen: Rot-Punkt-

Bewegungen wird es erst dann nicht mehr geben, wenn auf Tariferhöhungen verzichtet wird. In Stuttgart, Esslingen, Essen, Münster, Köln, Porz, Mülheim, Wolfsburg und anderen Städten protestieren zur Zeit Tausende von Bürgern gegen geplanten oder schon vollzogenen Lohnraub durch Fahrpreiserhöhungen.

Und deswegen ist es nicht gelungen, uns einzuschüchtern, und auch die Bürger in den anderen Städten werden sich nicht abschrecken lassen. Wir haben es gerichtsnotorisch in der Tasche: Wir haben die Interessen der Bevölkerung vertreten. Das bestärkt uns, weiter gegen alle Angriffe auf unsere Geldbörsen zu kämpfen und für gesellschaftliche Verhältnisse, in denen die Vertretung der Bevölkerungsinteressen nicht mehr strafbar, sondern Maß aller Dinge ist. ■



Alfred Gleim (links) und Hans Kluthe (rechts) mit ihrem Rechtsanwalt Herbert Lederer in der Anklagebank



Soldat 70: nach wie verboten. Trotz alledem: erfolgreich

Militaristen geht es an den Kragen

Antimilitaristische Bewegung verbreitert sich

von Holger Krull

Totschweigen können sie sie nicht mehr. ZDF-Löwenthal hetzte in der ersten Woche des Jahres gleich eine Viertelstunde lang. Aber obwohl sie alle, vom „Rheinischen Merkur“ über Springer bis Löwenthal dem müden Klepper Antikommunismus kräftig die Sporen in das rüdicke Fell hieben, können sie doch einer erstarkenden Bewegung keinen Einhalt mehr gebieten.

Worum geht es? Es geht um den Kampf gegen den Militarismus, diesen „Würgeengel der

Kultur“ (Karl Liebknecht). Immer mehr Jungarbeiter und Schüler erkennen, daß ihr Feind nicht jenseits der Elbe steht, sondern auf der Bonner Hardthöhe bei Helmut Schmidt und in den Kommandozentralen der Rüstungskonzerne thront:

Gegen die grundgesetzwidrige Verfolgung demokratischer Soldaten und die schleichende Militarisierung der Schulen wandten sich die Delegierten der 8. Bundesjugendkonferenz des DGB, auf der zum ersten Mal ein Soldat in Uniform auftrat. Die Delegierten forderten Solidarität mit den demokratischen Soldaten der Bundeswehr und Maßnahmen gegen die geplante Bundeswehrpropaganda an den Schulen.

Aktive Solidarität mit ihrem von einer Arreststrafe bedrohten Bundesjugendleitungsmitglied Fred Herger, Kompanievertrauensmann, übten 60 Teilnehmer eines Seminars der Naturfreundejugend in NRW: In einer Protestresolution, die am 4. Januar auf Bahnhöfen an einrückende Rekruten verteilt wurde, erklärten sie sich solidarisch mit ihm.

Die Bundesleitung der NFJ beschloß gleichfalls eine Erklärung, in der sie die Unter-

drückung demokratischer Soldaten scharf verurteilte.

Selbst in den Reihen seiner eigenen Partei verstärkt sich die Kritik an der Schmidtschen Bundeswehr. So beschloß der Unterbezirksparteitag Rhein-Wupper der SPD zu den Prügeleinsätzen von Feldjägern gegen Demokraten: „Eine Organisation, bei der Demonstranten zusammengeschlagen werden, ist nicht 'Unser Heer'“ und forderte eine Bestrafung der verantwortlichen Offiziere.

So protestierte der Sozialistische Schülerbund Bremen gegen eine Nacht-und-Nebel-Aktion des Bremer „Hafensenators“, bei der unter Einsatz von Bereitschaftspolizei in den Kellerräumen des Alten Gymnasiums Bremen Lebensmittelkarten eingelagert wurden – offenbar gedacht für einen „Verteidigungsfall“.

Der von Frankfurter Gewerkschaftern aus Solidarität mit ihrem in einer Bundeswehrzelle inhaftierten Kollegen Otto Wagner ins Leben gerufene „Ausschuß für die demokratische Betätigungsfreiheit in der Bundeswehr“ wird weiterarbeiten, auch nach dem Ende der Haftstrafe des ehemaligen Vertrauensmannes der 2. Kompanie des Fernmeldebataillons 2.

Die Bewegung gegen den Militarismus erfaßt immer weitere Kreise der Bevölkerung.

Das zeigen die Bürgeraktionen gegen die Einrichtung neuer Truppenübungsplätze (z.B. Teufelsmoor bei Bremen), die massenhaften Proteste gegen die Einführung eines sogenannten „Wehrkunde“-Unterrichts und die zahlreichen Kampagnen gegen die Propagandaschauen „Unser Heer“ und „Unsere Luftwaffe“. Wie sehr kluges und mutiges Eintreten für die Interessen der Kameraden sich auszahlen kann, zeigt das Beispiel des Gefreiten Völlmecke: Als er für 20 Tage in den Knast sollte, traten 20 Kameraden vor den Spieß und meinten: „Wir nehmen Willi jeder an einem Tag ab. Dann kann er mit uns nach Hause.“ So etwas hatten die Ahlener Offiziere noch nicht erlebt. Daß möglichst viele Offiziere der Bundeswehr so etwas erleben, dafür sollte jeder Soldat sorgen. ■

An unsere Schwester Angela!

Brief von politischen Gefangenen aus griechischen Gefängnissen an Angela Davis

Einerlei wie groß die Entfernung ist, die uns trennt, egal wie streng unsere Isolation ist, in die uns das faschistische

Regime unseres Landes gedrängt hat, so sind doch bis zu unseren Gefängniszellen die ersten Nachrichten von Deiner Verhaftung gekommen. Wir haben von den Schikanen gehört, die der neue McCarthyismus gegen Dich benutzt, gegen Deinen bedeutenden geistigen Einfluß. Vor allem aber haben wir von Deiner unbegrenzten Liebe für Deine unterdrückten schwarzen Brüder und Schwestern und von Deinem heldenhaften Kampf für Frieden und sozialen Fortschritt gehört.

Deine feste Verbundenheit mit den Ideen des Fortschritts und der sozialen Gerechtigkeit sowie Deine Unversöhnlichkeit gegen den Unterdrücker und Polizist der Völker, den amerikanischen Imperialismus, haben die Bewunderung aller ehrlichen Menschen der Welt für

Dich bewirkt. Und so geloben sie, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln für Deine Rettung zu kämpfen.

Wir, die griechischen politischen Gefangenen, Kommunisten, nehmen an Deinem Kampf großen Anteil und lassen uns von Deinem Mut und Beispiel inspirieren, denn Deine Verfolger sind auch unsere Verfolger.

Der amerikanische Imperialismus, der die Rassendiskriminierung kultiviert, die Neger, Deine Brüder, mißhandelt und hinterlistig ermordet, hat auch für unser Volk, hier auf der anderen Seite der Erde, keine bessere Behandlung. Der amerikanische Imperialismus war hauptsächlich der Grund, warum unser Volk so viel Blut vergießen mußte und so viele Grausamkeiten in unserem Lande geschahen und geschehen. Mit ihren Panzern und Waffen haben sie eine finstere, faschistische Diktatur errichtet in unserem Land, wo der Begriff der Demokratie und viele andere geistigen Werte, philosophische Strömungen ihren Ursprung nahmen.

Liebe Schwester Angela, Deine Gegner, die Dich in das Gefängnis geworfen haben, sind grausam und niederträchtig und drohen, Deinen unbezwingbaren Geist zu töten. Doch die Kräfte des Friedens und der Humanität in der Welt sind stärker als Deine Verfolger. Sie werden die ungerechte, kriminelle Tat zu verhindern wissen.

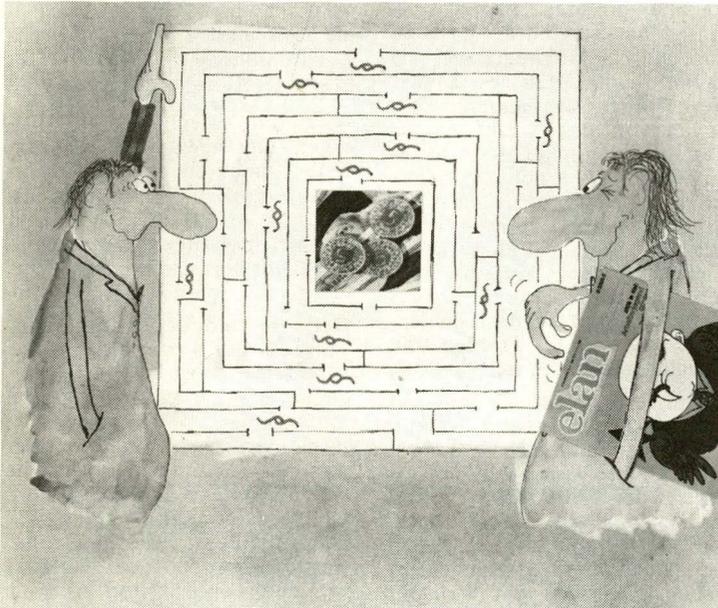
Aus Korydalos, Awerof und Ägina, Gefängnissen, wo wir Häftlinge eingekerkert sind, bringen wir unsere Bewunderung für Deinen unbesiegbaren Mut und Deine vortreffliche, prachtvolle, kämpferische Gesinnung zum Ausdruck. Wir drücken Deine Hand und versprechen Dir, daß auch wir in vorderster Front unseren Kampf fortsetzen werden gegen alle Kräfte der Reaktion und des Imperialismus, für Demokratie, Frieden und Sozialismus.

Die politischen Gefangenen der Korydalos- und Ägina-Gefängnisse und Awerof-Frauengefängnisse

Dieses Plakat „Freiheit für Angela Davis“ ist für 2 DM pro Stück beim Bundesvorstand der SDAJ zu erhalten. Bei größeren Bestellungen – z.B. für Solidaritätsaktionen – gibt es Mengenrabatt. (SDAJ, 46 Dortmund, Brüderweg 16).

Freiheit für Angela Davis!





Keine grauen Haare wachsen lassen! elan gibt Tips für den Weg durch das Labyrinth der Steuerparagraphen.

Nichts verschenken!

Antrag auf Lohnsteuerjahresausgleich stellen!

Von Werner Teriet

Alljährlich verschenken Arbeiter, Angestellte und Beamte, jung und alt, über eine Milliarde Mark zuviel gezahlter Lohnsteuern dem Finanzamt. Warum?

Der Hauptgrund ist wohl der Dschungel der Steuergesetze, Durchführungsverordnungen, Richtlinien, Novellen und Rechtssprechung, der beim Antrag auf Lohnsteuerjahresausgleich beachtet werden muß. Es ist daher verständlich, daß die meisten aus Unkenntnis ihre Anträge unvollständig oder überhaupt nicht ausfüllen. Deshalb ist es wichtig, daß jeder Lohnsteuerpflichtige sich über seine Rechte informiert. Am einfachsten geht das beim örtlichen Gewerkschaftsbüro und deren Beratungsstellen.

Für diejenigen, die ihren Antrag auf Lohnsteuerjahresausgleich selbst stellen wollen, hat der DGB eine Broschüre herausgebracht: „Weniger Lohnsteuer – mehr Einkommen!“ Gewerkschaftsmitglieder können die Broschüre für 1,20 DM beim Bund-Verlag, 5 Köln-Deutz, Deutz-Kalker-Str. 46 erhalten. Doch auch für die, die sich nicht durch den Paragraphendschungel wühlen wollen, gibt es eine Möglichkeit. Sachkundige Arbeitnehmer haben sich in Datteln zu einem Verein „Steuerhilfe für Arbeitnehmer e.V.“ gegründet. Der Verein übernimmt für seine Mitglieder die Antragsstellung, vertritt diese rechtlich vor dem Finanzamt und wenn es erforderlich ist, auch vor dem Finanzgericht. Dafür wird lediglich ein Mitgliedsbeitrag von 25 DM im Jahr erhoben. Nebenkosten für eventuelle Einsprüche, Eingaben und Klagen trägt der Verein. Weitere Informationen sind zu erhalten bei „Steuerhilfe für Arbeitnehmer e.V.“, 4354 Datteln, Südring 181, Tel. 02363/8279. Also: Nichts verschenken! Holt Euch jeden Pfennig vom Finanzamt zurück, der Euch zusteht! Bis zum 30. April 1972 muß der Antrag beim zuständigen Finanzamt gestellt sein. ■

Quittung für Zivilcourage?

Trierer Schüler wehren sich gegen Kesseltreiben

Von Matthias Jung

Zur gleichen Zeit, als Bundespräsident Heinemann in seiner Weihnachtsansprache die Bundesbürger zur „Zivilcourage“ in der Demokratie aufforderte, erhielten drei Schülerredakteure am Trierer Hindenburg-Gymnasium die Quittung dafür, daß sie die Presse und Meinungsfreiheit auch für den Schulbereich ernst genommen und den Kampf für ihre demokratischen Rechte aufgenommen hatten: Die Schulverwaltung verwies den „Rädelsführer“ Klaus Schlüter von der Schule, über zwei Schüler verhängte sie die Androhung der Relegation, drei weitere wurden durch die Schulstrafe des „Tadels“ gemäßregelt.

Begonnen hatte das Kesseltreiben, als die Redaktion des „Pons“ („Brücke“) mit einem Kollektiv ehemaliger Schüler ein Manifest „Über das Wesen der Schule“ vereinbarte, das folgende Feststellungen enthielt:

● Leistungsdruck und Fremdbestimmung an den Hochschulen sind noch schärfer als an den Gymnasien.

● Der Numerus clausus (Zulassungsbeschränkung) zwingt uns, das zu studieren, was unsere Erziehungsplaner für sich später verwerten können.

● Im Beruf wartet auf die meisten von uns Lohnarbeit, und vom Vorgesetzten oder Unternehmer sind wir noch mehr abhängig als in der Schule von Lehrern und Schulbehörde.

Um den Verkauf des Manifestes über die Lautsprecheranlage des Gymnasiums anzukündigen, gehen Vertreter der Redaktion wiederholt zum Sekretariat. Und blitzen ab. Einmal ist der Text zu lang, dann fehlt ange-



Strafen belohnen die Zivilcourage der Schülerredaktion.

lich der für die Anlage zuständige Lehrer, schließlich heißt es offen, der Direktor (!) wolle die Angelegenheit in die Hand nehmen. Nun beschließt die Redaktion, ohne Durchsage zu verkaufen, und hinterlegt einen Teil der Auflage beim Hausmeister. Diese Exemplare werden über Nacht vom Direktor beschlagnahmt, gleichzeitig verschwinden aus dem verschlossenen Raum der Schülermitverwaltung (SMV) weitere Exemplare. Die Schüler bringen hierauf ein Schloß an der Tür des SMV-Raumes an und fordern die Rückgabe der Manifeste. Direktor Lenz verweigert deren Herausgabe mit der Begründung, sie seien „ohne Kontrolle“ entstanden und dürften deshalb nicht auf dem Schulgelände verkauft werden. Gleichzeitig läßt er die Redaktion aus dem SMV-Raum hinaus-schmeißen.

Durch engagierte Lehrer und Juristen ermuntert, erkannten die angegriffenen Jungredakteure die Bedeutung der Vorfälle: „Durch diesen massiven Terror, der im wesentlichen eine psychologische Wirkung auf die Schüler hat, versucht die Schulbürokratie, schwankende und um ihr Abitur bangende Schüler einzuschüchtern und damit mundtot zu machen.“ Dies fanden auch die Schüler des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums, des Ursulinen-Gymnasiums, die katholische Jugend und die Jungsozialisten Triers, die mit Protestschreiben und Unterschriftensammlungen die Rücknahme der Relegation (Schulverweis) und der Disziplinarmaßnahmen forderten. ■

Tagebuch der Redaktion

„Das wurde ja wirklich mal Zeit“ schrieb uns der bekannte Kabarettist Dietrich Kittner aus Hannover und abonnierte ab sofort elan.

50,-DM Spende überwies uns Heinz-Jürgen Hingst aus Düsseldorf, je 13,- DM spendeten die SDAJ in Porz und Helmut Häring, Herdecke, für ein Freiabonnement, das unserem langjährigen Leser Horst Schwarzer aus Kiel zugute kommen soll (Horst ist teilweise gelähmt, ans Bett gefesselt und wollte elan aus finanziellen Gründen abbestellen).

Die SDAJ von Frankfurt-West nutzte den „Tag der offenen Tür“ bei den Farbwerken Hoechst zum Verteilen ihrer Betriebszeitung und zum Verkauf des elan. „Der elan-Verkauf florierte“, schrieben uns die Frankfurter SDAJ'ler. Das sind erste Reaktionen auf unseren Aufruf in der Januarausgabe: „Kämpfen wir gemeinsam im Jahr 1972 für eine hohe elan-Auflage.“

Wir danken allen, die elan bereits auf ihre persönliche Tagesordnung gesetzt haben. Weiter so für die Verbreitung der einzigen sozialistischen Zeitschrift der Arbeiterjugend in der Bundesrepublik!

Unser Mann in Havanna ist ab sofort Herbert Jahn (Oberhausen). Herbert nimmt als SDAJ-Delegierter an einem Arbeitslager des Weltbundes Demokratischer Jugend (WBDJ) in Kuba teil. Die internationale Arbeitsbrigade, die ein halbes Jahr auf der sozialistischen Insel weilt, wird eine Schule einrichten. Selbstverständlich berichtet Herbert Jahn in den kommenden sechs Monaten exklusiv für elan-Leser aus Kuba.

Drei gemeinsame Arbeitstagungen mit Redakteuren von Betriebs- und Lehrlingszeitungen stehen auf dem Programm der elan-Redaktion. Die erste (für Nordrhein-Westfalen) hat bereits am 16. 1. stattgefunden. Das war eine gute und nützliche Sache. Damit sind wir auf dem richtigen Dampfer. Für die beiden weiteren ist der 13. 2. in Bremen (für Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen) und der 20. 2. in Mannheim (für Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Saar und Rheinland-Pfalz) vorgesehen.

Rot-Punkt-Aktionen finden in Dortmund zur Zeit im Gerichtssaal statt. elan-Redakteur Wolfgang Bartels -- voll dabei, als in Dortmund um Billige Fahrscheine gekämpft wurde -- spielte nicht den reuigen Sünder, sondern bekannte sich selbstverständlich zu seinem Engagement.

Doch nach der Rechtsauffassung Dortmunder Richter wird der Kampf gegen Preistreiberei als Nötigung verbucht. Und so soll Bartels blechen: 300 DM an die Staatskasse.



Was steht denn in den Verträgen drin?

Die Zuhörer klatschen Beifall. Es gibt Zustimmung: „Jawohl, das ist richtig, die sind in Ordnung . . .“ Wenige hetzen dagegen, eine lebhaft Diskussion kommt in Gang . . .

Einige Jugendliche erkundigen sich nach dem Text des Songs, den die Kölner Songgruppe eben gesungen hat:

„Was steht denn in den Verträgen drin? Sichre Grenzen, sichrer Frieden, nur so wird der Krieg vermieden. Das steht in den Verträgen drin.“ Und dann der Refrain, bei dem viele mitgeklatscht haben: „Moskau! Vertrag ratifizieren . . .“

Etwa zur gleichen Zeit detoniert 45 km westlich von Da Nang in Südvietsnam die



Frühjahrskampagne '72

*Gegen die Feinde
des Friedens,
gegen Völkermord —
jetzt in die Offensive!*



neue amerikanische Superbombe. Im Umkreis von einem Kilometer werden vietnamesische Bauern, ihre Frauen und Kinder getötet. In den Dschungel wird eine große Lichtung gerissen, auf der kurze Zeit später amerikanische Hubschrauber mit ihren Mordkommandos landen. Soldaten der US-Armee sagen über diese Bombe: „Fast so gut wie die Atombombe.“ Seit Ende 1971 werfen US-Flugzeuge wieder ihre Bombenlast über nordvietnamesische Dörfer, Schulen und Krankenhäuser ab. Die Aggression in Indochina ist so blutig und grausam wie nie zuvor. Eine Welle des Protestes erhob sich in aller Welt — aber kein Wort der Bundesregierung

dazu. Statt dessen das große Freundschaftstreffen Brandt-Nixon in Florida. Statt dessen weiterhin Finanzhilfe an die US-Regierung in Form von Devisenausgleichszahlungen in Höhe von 6,65 Milliarden DM.

Wenn die Bundesregierung zu alle dem schweigt und ihren Segen gibt, wenn die meisten Tageszeitungen die Nixon-Lügen über die „Vietnamisierung“ des Krieges nachbeten —, gerade dann werden in der Frühjahrskampagne verstärkt Tausende Aufklärung über die Wahrheit geben. Mit einer Forderung muß diese Regierung besonders konfrontiert werden: In der BRD muß endlich wie schon in skandina-

vischen Ländern ein Informationsbüro der revolutionären Regierung Süd-Vietnams eingerichtet werden.

In allen Städten, bei allen Veranstaltungen wird es um die gleichen brennenden Probleme gehen, werden sich Tausende Menschen die gleichen Fragen beantworten müssen: Wie stehst du zu den Verträgen von Moskau und Warschau? Wann wird endlich wirkungsvoll abgerüstet, damit der Frieden sicher wird? „Amis raus aus Indochina!“ — „Freiheit für Angela Davis!“ — „Schluß mit der Unterstützung der US-Aggression in Indochina!“ — Auch zu diesen Losungen werden Tausende Stellung nehmen müssen. die „Frühjahrskampagne '72 für Abrüstung, Sicherheit und internationale Solidarität“, zu der über tausend Persönlichkeiten und eine Vielzahl demokratischer Organisationen aufgerufen haben, wird zu einer Zeit auf Hochtouren laufen, die voll von politischem Zündstoff ist. Höhepunkt der Frühjahrskampagne stellt eine bundesweite Aktionswoche vom 25. März bis zum 1. April 1972 dar.

Zurück zum Kölner Informationsstand im Stadtzentrum. Hier geht es um den Moskauer Vertrag. Die 1. Lesung soll am 23. und 24. Februar im Bundestag sein. Wie oft bei solchen Straßenaktionen steht einer in der Mitte der Passanten und Diskutanten.

„Ich kann da nicht ruhig zusehen“, sagt er. „Am 11. März wollen alle möglichen Nazis und Revanchisten einen Marsch auf Bonn gegen die Verträge machen. Daß es mit den Verträgen jetzt so weit ist, das lasse ich mir von solchen Leuten nicht mehr rückgängig machen. Darum stehe ich hier am Info-Stand.“

Natürlich stimmt ihm nicht jeder zu, dazu sitzt die Springer-Hetze bei vielen zu tief. Aber die Mehrheit hat er hinter sich. Wenn Strauß, Barzel, Springer, die Nazis, Revanchistenverbände und die DJO gegen die Verträge hetzen und sie zu Fall bringen wollen, dann werden sich in der Frühjahrskampagne '72 alle diejenigen zusammenfinden, die in dieser Situation an der massenhaften Unterstützung für die Ratifizierung der Verträge ein Interesse haben. Außerparlamentarische Aktion hat dadurch, daß der Moskauer Vertrag nunmehr im Parlament zur Abstimmung stehen wird, nichts an ihrer Bedeutung verloren. Wenn im März der SPD-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, Hupka; zusammen mit seinem Revanchistenkollegen Czaja (CSU) durch die nördlichen Bundesländer eine Anti-Vertrags-Tournee unternimmt, dann kann er sicher sein, daß er da nicht zuletzt von den Jusos in den einzelnen Bezirken Zunder kriegt. Denn als elan den Jusos-Geschäftsführer Kiehne von Hupkas Plänen informierte, wollte der umgehend die entsprechenden Bezirke der Jungsozialisten informieren.

Schmidt-Schnauze will im Frühjahr die Mobilmachung proben, die Rüstungsbosse verstärken ihre Offensive zu noch größeren Profiten. Gegen Frieden und europäische Sicherheit rotten sich alle reaktionären Kräfte zusammen. In der Frühjahrskampagne '72 geht es um sehr viel, nämlich um Frieden und um die richtige Weichenstellung für die Zukunft. Die Weichensteller sind wir alle.

Peter Bubenberger

Bangla Desh – kein zweites Vietnam

Bangla Desh ist fre
Jubelnd begrü
die Bevölkerer
Mujibur Rahma

Es ist viel berichtet worden hierzulande über den indisch-pakistanischen Krieg. Dennoch hört man oft, es sei gar nicht klar geworden durch diese Berichte, warum es geht, welche Hintergründe dieser Konflikt hat.

Ostbengalen hat sich von der pakistanischen Fremdherrschaft befreit. Es ist ein neuer souveräner Staat Bangla Desh entstanden. Indien hat durch militärische Unterstützung und die Sowjetunion durch politischen Beistand zu dieser Befreiung beigetragen.

Wie sich dieser Konflikt entwickelt und was sich dort ereignet hat, zeigt der Bericht eines Journalisten aus Bangla Desh, den wir veröffentlichen.

Der Überfall auf unser Volk

100 000 westpakistanische Söldner fielen über Nacht mit Bombern, Panzern und schweren Geschützen in unser Land ein. Raubend und mordend überfielen sie im März 1971 unser friedliebendes Ostbengalen.

Sie verboten sofort jede politische Tätigkeit, stürmten Gebäude der demokratischen Organisationen und Zeitungen und ermordeten jeden, den sie dort antrafen. Die Führer der Volksliga, darunter Mujibur Rahman, wurden verhaftet und nach Westpakistan verschleppt.

Als Journalist aus Dacca entkam ich soeben der Soldateska. Ich schloß mich den neugebildeten Befreiungskräften der Mukhti Bahini an. Seite an Seite stand ich nun mit Arbeitern, Bauern, Handwerkern, Studenten.

Ein junger Bauer aus dem Distrikt Silhet erzählte mir von der Schreckensnacht, in der er alles verlor: die Familie, das Dach über dem Kopf und die Heimat.

„MG-Salven weckten mich auf. Westpakistanische Soldaten durchkämmten das Dorf und trieben alle Bewohner auf einen Acker zusammen. Sie quälten alle grausam zu Tode, dann entrissen sie den Frauen den Schmuck. Nichts blieb von unserem Dorf als Blut und Asche. Durch ein Wunder blieb ich am Leben.“

Wieviele meiner Landsleute von den Soldaten umgebracht wurden, weiß man heute noch nicht. Es sind mindestens eine Million. Mit der pakistanischen Soldateska zusammen mordeten die Razakars-Truppen, die sich aus einer von den Westpakistanern bevorzugten Bevölkerungsgruppe bildeten.

Bald nach dem Überfall begann sich unser Volk zu wehren. Immer mehr schlossen sich der Befreiungsarmee Mukhti Bahini an. Vor allem auf den Nachschubwegen konnte die Soldateska getroffen werden.

Vorgeschichte

Viele meiner Landsleute, viele Menschen im Ausland fragen, warum haben uns die westpakistanischen Soldaten überfallen? Warum haben sie uns so Entsetzlich angetan? Die Vorgeschichte des Überfalls zeigt genau, wer hinter diesen Verbrechen steht.

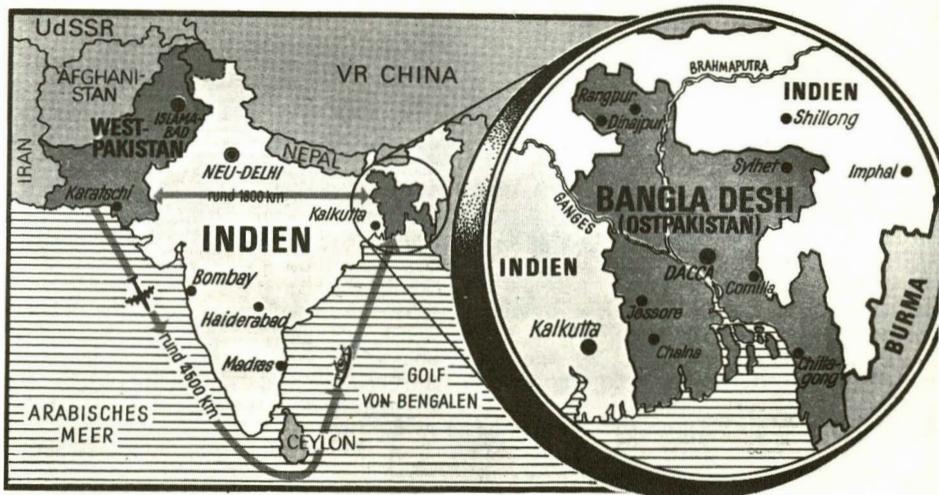
Die Bildung von zwei Staaten Pakistan und Indien ist die Folge der britischen Kolonialpolitik. Indem die Menschen verschiedener Religionen (Moslems und Hindu) gegeneinander ausgespielt wurden, bildete sich das aus Moslems bestehende Pakista

BANGLA DESH

(Die Unabhängige Souveräne Volksrepublik von Bangla Desh wurde am 17. April 1971 von Mitgliedern der verbotenen Awami-Liga ausgerufen)

Fläche: 141 152 km²
Einwohner: 75 Millionen bis zum 25. März, als die Massaker der Militärdiktatur begannen.

Mukti Bahini: Die Befreiungsarmee, die sich Ende März vorigen Jahres zu formieren begann, zählt 100 000 Mann.





**Indira Gandhi –
Freundin des
Volkes von
Bangla Desh**

Es entstand ein unnatürliches Staatsgebilde. Zu ihm gehörten Westpakistan und das 1 800 km entfernte, von indischem Territorium umgebene Ostbengalen. Die Bevölkerung von Ostbengalen hat mit den benachbarten Indern, sieht man von der Religion ab, viel mehr gemeinsam als mit den Westpakistani. Dennoch wurde sie in einen nie von ihr akzeptierten Staatsverband mit Gewalt einverleibt.

Die Westpakistani haben immer unser Volk, das 10 Millionen Einwohner mehr hat als Westpakistan, unterdrückt und ausgebeutet. Das zeigt sich z.B. darin, daß 90 Prozent des Steueraufkommens Ostbengalens in Westpakistan ausgegeben wurden, und daß der Wille unseres Volkes für Selbständigkeit schon immer mißachtet wurde.

Das westpakistanische Regime wollte unser Volk um die Früchte der Wahlen im Dezember 1970 bringen. Bei dieser ersten Wahl in der Geschichte Pakistans trat die Volksliga unter Führung von Mujibur Rahman mit einem fortschrittlichen 6-Punkte-Programm auf. Es sollte erreicht werden, daß endlich die Unterdrückung Ostbengalens durch Westpakistan abgebaut würde. Außerdem wurde eine fortschrittliche Umgestaltung in Staat und Gesellschaft und die Loslösung Pakistans aus den Friedensbedrohenden CENTO- und SEATO-Pakten gefordert. (Eine Art NATO für Südostasien).

Fast einmütig gab die Bevölkerung des heutigen Bangla Desh ihre Stimme der Volksliga. Sie erhielt 167 von 169 Sitzen. Damit errang sie die Mehrheit im Parlament von Gesamt-Pakistan.

Dieser Entscheidung des Volkes wollten sich die Machthaber in Pakistan nicht beugen. Sie verboten kurzerhand die Konstituierung des Parlaments und ver-

hinderten damit die Bildung einer fortschrittlichen Regierung in Pakistan.

Die Militärclique blieb weiter an der Macht, die Fabrik- und Großgrundbesitzer Westpakistans konnten weiter unser Volk ausbeuten und unterdrücken. Ihre Antwort auf das Unabhängigkeitsstreben unseres Volkes war Terror und Völkermord. 10 Millionen meiner Landsleute flohen vor dem Terror nach Indien.

Pakistan provoziert den Krieg

Der Völkermord in Ostbengalen, die dadurch verursachten Flüchtlingsströme waren für Indien unerträglich. Hinzu kam, daß Pakistan an seinen Grenzen zu Indien immer öfter mit Artillerieüberfällen und Stoßtrupps den Frieden brach. Indien hat trotz dauernder Übergriffe auf sein Territorium immer wieder Pakistan vorgeschlagen, die Probleme friedlich zu lösen. Dazu war Pakistan nicht bereit, sondern versuchte eine militärische Lösung gegen die Interessen des Volkes von Ostbengalen. Hierzu wurde Pakistan von außen ermuntert. Trotz geheuchelter Neutralität lieferten die USA Pakistan Waffen.

Das Eindringen von US-Kriegsschiffen in den Golf von Bengalen und inzwischen in den USA veröffentlichte Geheimberichte beweisen die Bereitschaft der USA, sich zugunsten der Militärclique einzumischen. Tief enttäuscht ist unser Volk von den Machthabern in Peking. Diese unterstützen, obwohl sie vorgeben auf der Seite der unterdrückten Völker zu stehen, das militär-faschistische Regime in Westpakistan.

Das um seine Freiheit kämpfende Volk Ostbengalens und Indien hätten völlig allein gestanden, gäbe es nicht die Unterstützung der Sowjetunion. Auch die mate-

rielle und politische Hilfe der DDR ist von unserem Volk beachtet worden. Bei seinem Kampf hat unser Volk genau feststellen können, wer unserm Volk hilft.

Flucht vor der Soldateska

Die Flucht war der einzige Ausweg für viele Landsleute. Heute kann man von Rückkehrenden erfahren, was sie ertragen mußten. Der Handwerker Abdul Subha berichtet mir:

„Auf den vom Regen aufgeweichten Landstraßen zogen Scharen von Flüchtlingen. Unter ihnen ich mit meinem verwundeten Bruder. Die Soldaten hatten ihm ins Bein geschossen, als er in dem Dorf Qasba friedlich vor unserem Hause saß. Warum?“ Abdul weiß es nicht, ebenso wenig wie Nikuri Chakravarty weiß, warum ihr Mann und ihr 16jähriger Sohn getötet worden sind. Die beiden gerieten ins MG-Feuer, das die pakistanischen Truppen auf eine Versammlung der Einwohner von Dacca eröffneten.

Ich erinnere mich noch genau, als ich damals durch die ehemaligen Straßen ehemaliger Dörfer ging, die ausgeplündert und niedergebrannt wurden. Ich stieg über Leichen, an denen Krähen hackten. Es stank grauenhaft. In einem Dorf war nur ein altes Mütterchen noch am Leben, aber es konnte kein Wort über die Lippen bringen.“

Bangla Desh kein zweites Vietnam

Der von Pakistan angezettelte Krieg wurde zum Bumerang für den Aggressor. Der Kampf der indischen Armee an der Seite unserer Befreiungskämpfe hat die Eindringlinge geschlagen und verhindert, daß Bangla Desh ein zweites Vietnam wurde. Weitere Jahre unendliches Leid und Fremdherrschaft sind unserem Volk erspart geblieben. Dafür wird unser Volk den Indern ewig dankbar sein.

Die Voraussetzungen waren geschaffen für ein freies und unabhängiges Bangla Desh und für die Rückkehr der 10 Millionen Flüchtlinge. Inzwischen haben wir begonnen, in dem befreiten Land das Leben zu normalisieren und einen demokratischen Staat und eine demokratische Gesellschaft aufzubauen. Es wird in der Presse mancher Länder behauptet, es würden jetzt Massaker unter den Kollaborateuren der Westpakistani durchgeführt. Unser Staat wird alle, die an dem Terror der Westpakistani beteiligt waren vor Gericht stellen, es wird dabei nicht zu Ausschreitungen kommen, das garantiert unser Staat.

Die Bande unseres Volkes zu Westpakistan sind zerbrochen, das stellte Mujibur Rahman klar heraus, als er – umjubelt von Millionen – nach Bangla Desh zurückkehrte.

★ FILM ★ FERNSEHEN ★ BÜCHER ★

Vier Wochen lang an jedem Sonntag hielt der „Seewolf“ Millionen von Fernsehzuschauern in Atem. Die abenteuerliche Fahrt der „Ghost“ mit ihrem brutalen Kapitän Wolf Larsen war spannender und besser und wirklichkeitsnäher als die miesen Konstruktionen des Herrn Durbridge. Hier wurde der „Kapitalismus“ zwar keimhaft beim Namen genannt, aber er war da, in jeder Fortsetzung.

Den Namen Durbridge kennt fast jeder, aber Jack London – wer ist das? Sein Leben, das ihn solche Bücher wie den „Seewolf“ schreiben ließ, ist so interessant und spannend, daß man ruhig mal einen Ausflug in die Vergangenheit unternehmen sollte.

Der Vater des „Seewolfs“

Man schreibt das Jahr 1876. Die Arbeiterklasse lebt in unvorstellbarem Elend. Ob in Europa oder Amerika, ob in Liverpool, Berlin oder San Francisco: die Elendsviertel sind überall gleich. In diesem Jahr wird in San Francisco John Griffith (Jack) London geboren. Als zehntes Kind eines herumreisenden Astrologen und Abenteurers.

Mit zehn Jahren besucht der kleine Jack zum ersten Mal eine

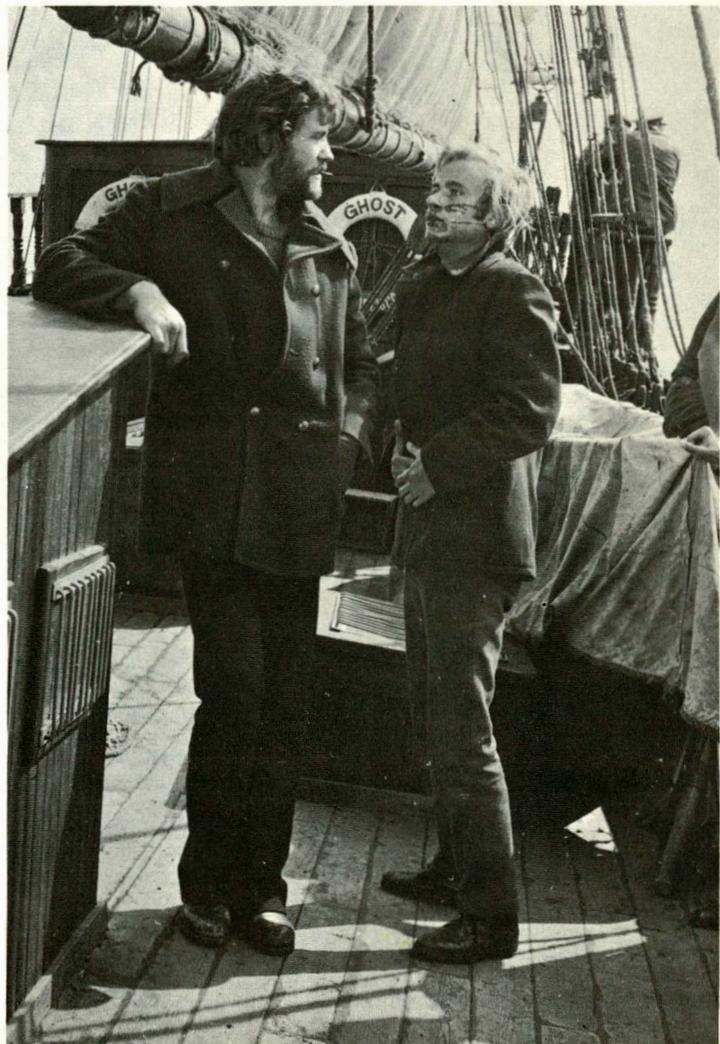
Schule. Zu dieser Zeit muß er schon selbst zu seinem Lebensunterhalt beitragen: am Sonntag als Gelegenheitsarbeiter, als Zeitungsbote oder Hausdiener. Mit vierzehn Jahren läuft er von zu Hause fort, treibt sich herum, plündert die Austernbänke reicher Amerikaner. Mit siebzehn wird er Matrose, dann arbeitslos. Mit der Armee der Arbeitslosen nimmt er an einem Marsch auf Washington teil.

Als am Clondike in Alaska Gold gefunden wird, läßt er sich mit den ausgehungerten Massen nach Norden treiben. Aber sein Marsch ins Ungewisse endet schnell. Jack London erkrankt an Skorbut, der typischen Krankheit der hungerleidenden Massen.

Er kehrt zurück und nimmt an der Universität von Kalifornien ein Studium auf, das er jedoch ein Jahr später – 1897 – wegen Geldmangel wieder aufgeben muß. Inzwischen ist er einundzwanzig Jahre alt, hat er fast alle Stationen erlebt, die das kapitalistische System arbeitenden Menschen zu bieten hat. Er hört von den Ideen eines gewissen Karl Marx in Europa. Er liest darüber: Theorien, die durch seine Erlebnisse eindrucksvoll bestätigt werden. London wird freier Schriftsteller. In kurzer Zeit macht er sich einen Namen, wird zum meistgelesenen Autor seiner Zeit: in den USA, besonders aber in Deutschland und in Rußland.

Eins ist allen Erzählungen und Romanen Jack Londons gemein: Sie sind ein faszinierendes Spiegelbild der sozialen Verhältnisse, der Situation der Menschen seiner Zeit.

Jack London weiß, daß es nur der Mensch sein kann, der Veränderungen in der Geschichte



Raimund Harmstorf (links) spielte den Wolf Larsen in dem Film nach Londons Roman „Der Seewolf“.

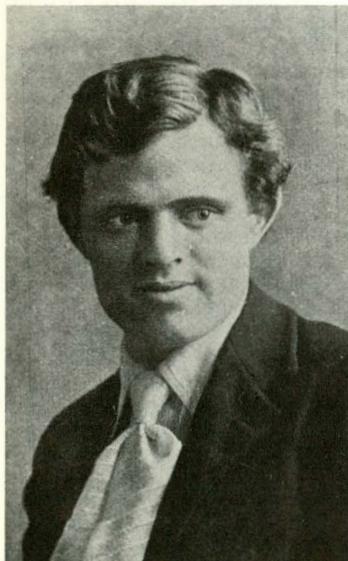
bewirkt. Er vertraut nicht auf irgendein Schicksal, sondern auf die Kraft im Menschen, die geweckt werden muß.

Jack London gehört das Verdienst, einer der ersten Schriftsteller zu sein, die in ihren Werken den Menschen als Produkt seiner Umwelt geschildert haben. Seine Romanhelden sind noch „Einzeltäter“, die zwar die Kraft ihrer Klasse bereits ahnen, aber noch nicht den letzten, den entscheidenden Schritt erkannt haben: daß sie sich zusammenschließen müssen zu einer unüberwindlichen Macht, die fähig ist, die Ausbeuter, die Herren der Fabriken und Banken, zu beseitigen. Den ersten gewaltigen Schritt in

eine neue Zukunft erlebt London nicht mehr: Ein Jahr nach seinem Tod wird Rußland durch die Sozialistische Oktoberrevolution von Grund auf verändert.

Die „Seewolf“-Serie im Fernsehen ist gelaufen. Das sollte aber nicht der letzte Fernseh-London gewesen sein. Jack hat mehr hinterlassen als den „Seewolf“, nämlich 19 Romane und 152 Kurzgeschichten, die genauso spannend sind. Wer die nächste Jack-London-Verfilmung nicht abwarten will (wenn sie überhaupt kommt), kann sich ja einmal in einem Buchladen umsehen. Wie wär's denn mal mit Lesen?

Georg Rohde



John Griffith (Jack) London (1876 – 1916) Seine sozialen Romane waren besonders in Rußland und Deutschland beliebt.

In Sack und Asche in den Sommer!

Leicht waschbar, bügelfrei und knitterfest

Was bringt die Sommermode '72? Hier unser heißer elan-Tip! Die holländische Modeschöpferin Sarah Yanga (26) hat für das kommende Jahr die Sackmode kreiert. Ihre Begründung: „Die Konjunktur ist rückläufig. Man geht in Sack und Asche. Meine Sackmode ist preiswert.“

Die elan-Redaktion, wie stets auf die Interessen der Leser bedacht, besorgte Sack, Schere, Fotoapparat und Topmodell. Aus unseren reichen Erfahrungen, die wir inzwischen mit Jutesäcken gemacht haben, wäre folgendes zu berichten:

Jutesäcke sind leicht waschbar, bügelfrei (naß aufhängen!), laufen nicht ein und knittern kaum. Trotzdem empfiehlt es sich, nicht gerade Kohlsäcke zu nehmen! Es gibt genug Auswahl.

Die Frage: „Mini oder Maxi?“ ist mit der Schere schnell geklärt, ebenso der Ausschnitt: Jute ist schnittfreundlich und franst gut aus! Als hautsympathisch hingegen kann man Jute nach Aussagen unseres Modells beim besten Willen nicht bezeichnen. Aber was ist schon vollkommen?



elan-Starmannequin Bärbel: „Jutesäcke knittern nicht und kratzen schön . . .“



Unter'm Hammer: Oh My Darling Ronny

Seit über 6 Jahren ist ein gewisser Ronny Dauerbrenner des deutschen Schallplattenmarktes. Die Schlager „My Darling Caroline“ und „Eine kleine Träne“ waren seine bekanntesten Erfolge.

Seit mehr als drei Jahren hörte man nichts mehr von Schnulzen-Ronny. Klar, er hatte eine bessere Einnahmequelle entdeckt: Ronny wurde Plattenproduzent von Heintje, was ihn innerhalb kürzester Zeit zum Umsatzmillionär werden ließ. Angeblich bestürmten Ronny-Fans ihren Sänger solange, bis

er sich nun tatsächlich entschloß, wieder eine Platte aufzunehmen. In Spanien, wo „öffentliche Ordnung“ mit Polizeigewalt durchgesetzt wird, wo Meinungsfreiheit brutal unterbunden wird, wo das Recht auf freie Versammlung nicht besteht, wo politisch Andersdenkende mit mittelalterlichen Foltermethoden zu Geständnissen gezwungen und auch ermordet werden – dort ließ sich Ronny zu dem Schlager „Good morning my sweet Adalita“ anregen, der kürzlich als „langerwartete Platte“ auf dem Markt erschien.

Wie Ronny den Problemen in der Diktatur Spanien zu Leibe rückt, hört sich so an: „Good morning my sweet Adalita, wenn ich dich seh', ist der Tag gleich wunderschön. Well, good morning my sweet Adalita, heut' kann mir gar nichts Schöneres mehr gescheh'n. Die Nacht vergeht in San Quiedo, und kommt der Morgen, dann klopft' ich an bei ihr, und geht ihr Fenster, dann heb' ich den Sombrero, und dann sag' ich dort vor ihrer Tür: Good morning . . . etc. Aus deinem Fenster, da lacht der Sonnenschein, und mein Lied, oh, my sweet Senorita, ja das sing' ich für dich ganz allein. Sie lacht mich an, und ich wink' mit dem Sombrero, und eine Rose wirft sie herab zu mir. Ich fang' sie auf wie ein Cabalero und dann sag' ich noch einmal zu ihr: Good morning . . . etc. lalalalalalalalala.“
mario angelo

Flöhe kontra Fernsehen

Sehr geehrte Herren Rechtsanwältel!
Auf Ihre Strafanzeige vom 10.5.1971 gegen Dr. Peter Scholl-Latour und Werner Höfer wegen Beleidigung und übler Nachrede habe ich das Verfahren eingestellt.“

Was war vorausgegangen? Ende des vergangenen Jahres waren im 1. und 3. Programm Sendungen mit der Polit-Rock-Gruppe „Floh de Cologne“ geplant. In beiden Fällen wurden diese Beiträge von den verantwortlichen Programmleitern Höfer bzw. Scholl-Latour abgesetzt. Und das, obwohl die Dokumentation für das ARD bereits fertig war!

In Monitor und in der „Kölnischen Rundschau“ äußerten sich Höfer und Scholl-Latour folgendermaßen zu diesen Streichungen:
Scholl-Latour: „Die Darbietung des Kabarets ist 'roter Faschismus' . . . Die Gruppe verbreitet hier nicht etwa marxistische, sondern ganz triviale kommunistische Propaganda im Stil des Frühkapitalismus . . .“

„Roter Faschismus“ – das ist die Sprache eines Strauß, das ist die Sprache der Ultra-Rechten, die mit dem berechtigten Abscheu der Bevölkerung vor den Verbrechen des Faschismus alle demokratischen und sozialistischen Bestrebungen diffamieren wollen. Die Gleichsetzung von rechts und links, von rot und braun ist eine ungeheuerliche Beschimpfung derer, die am konsequentesten gegen den Faschismus gekämpft haben und auch heute wieder aktiv gegen die Neonazis vorgehen. Solche Äußerungen wie „Roter Faschismus“ zeigen, daß Höfer und Scholl-Latour zu denen gehören, die auf dem rechten Auge blind sind, die aus der Geschichte nichts, aber auch gar nichts gelernt haben!

Jeder, der die Rockoper „Profitgeier“ erlebt hat, wird bestätigen, daß hier die Probleme und Mißstände der Lehrlingsausbildung und ihre Ursachen



Floh de Cologne: Rockoper

ganz hautnah angepackt werden. Das ist eine Sprache, die die Lehrlinge und jungen Arbeiter verstehen und die sie begeistert! In „Profitgeier“ wird klar gesagt, warum es bei der Lehrlingsausbildung geht: um ganz triviale kapitalistische Ausbeutung! Und das hat den Herren beim Fernsehen wohl nicht gepaßt.



Werner Höfer

Tod dem
Verräter

**WIR BEDAUERN DEN TOD
UNSERES MITARBEITERS**

**NEPOMUK SCHEIBE
(1966 – 1971)**

**BEI DER ARBEIT AN DIESEM
ARTIKEL BEACHTETE ER
DIE UNFALLVERHÜTUNGS-
VORSCHRIFTEN NICHT UND
KAM DEM ELAN-HAMMER
ZU NAHE! ER WAR SOFORT
TOT!**



„Profitgeier“ wurde vom WDR abgesetzt.

Die Flöhe fanden für die menschenfeindlichen Praktiken der Kapitalisten nicht so versöhnliche Kommentare wie Scholl-Latour für die Verbrechen der USA in Vietnam.

Weil sie kein liebes Wort für die Kapitalisten fanden, sondern Ausbeutung und Unterdrückung beim Namen nann-



Peter Scholl-Latour

Übrigens...

Einen weiteren Beweis für die Wirksamkeit politischer Lieder lieferte das 1. Fernsehprogramm am 14.12.71: das Phrix-Lied von Dieter Süverkrüp wurde von der Zensurschere verstümmelt. Der Teil, in dem die Arbeiter zum aktiven Handeln aufgefordert werden, war zu gefährlich! Begründung: die damalige Streiksituation!

Im Fernsehen verboten – bei Pläne erschienen: Das Phrix-Lied von Dieter Süverkrüp!

Unter dem Titel „Rote Fahnen sieht man besser“ erschien es Ende Januar unzensuriert in der Pläne-Peng-Serie.

Süverkrüp hatte das Lied für die Phrix-Arbeiter geschrieben, die von ihren Bossen kaltschnäuzig auf die Straße geworfen wurden. Er sang es vor den Toren der Phrix-Werke. In dem Fernsehfilm „Rote Fahnen sieht man besser“, der die Stilllegung und die Auswirkungen auf die Arbeiter und Angestellten beschrieb, war das Lied aufgenommen worden.

ten, sind sie „intolerant“ und „einseitig“! Wie „anders“ hingegen ist da doch Herr Höfer! Er holte sich zu seinem 20jährigen Jubiläumsfrühschoppen „zufällig“ nur solche Jugendliche, die bereits mit ihren 20 Jahren voll ins kapitalistische System integriert waren.

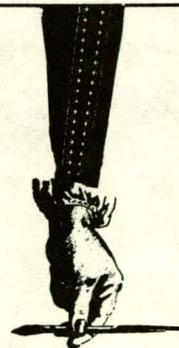
Völkermord in Vietnam, Studentendemonstrationen, Aktionen für bessere Berufsausbildung, Solidarität mit Angela Davis? Fehlanzeige! Das sind nur „destruktive Krawalle“. Anpassung wurde groß geschrieben. Ideale – ja gewiß, man hat sie, aber zu verwirklichen sind sie wohl nicht. Und wenn sie in 30 Jahren wieder zusammenkommen, ist die Welt immer noch so wie heute.

Wenn sich Höfer wirkliche, engagierte Jugendjournalisten geholt hätte, Redakteure von Schüler- und Lehrlingszeitungen, dann wäre sein Frühschoppen sicher nicht so friedlich und harmonisch verlaufen.

Dann wären die Fragen zur Sprache gekommen, die die Jugend heute bewegen. Dann wäre Höfer wohl sein väterliches Lächeln vergangen!

Scholl-Latour: „Für die Darbietungen des ‚Floh de Cologne‘ ist beim westdeutschen Fernsehen kein Raum.“ Die Rockoper „Profitgeier“ wurde von über 300 000 Jugendlichen gesehen. Wo die Flöhe auch hinkamen, waren die Säle brechend voll. Die Tournee hatte mehr Besucher als vergleichbare Veranstaltungen mit Peter Alexander, Udo Jürgens, Deep Purple oder Reinhard Mey. Und für eine solche Gruppe ist im westdeutschen Fernsehen kein Raum! Da kann man nur fragen: für wen wird das Programm gemacht, und wer bestimmt, was gezeigt werden darf? Hier wird klar, wie wichtig die Forderung nach mehr Demokratie in allen Bereichen unserer Gesellschaft ist!

„Floh de Cologne“ hatte Anzeige gegen Höfer und Scholl-Latour erstattet. Das Ergebnis habt ihr am Anfang des Artikels gesehen: Verfahren eingestellt. Damit werden sich die Flöhe natürlich nicht zufrieden geben! Sie werden weiter klagen. Und elan wird Euch darüber weiter informieren.



Silbenrätsel

A – ball – chris – fuss – fer – gitt – gitt – grass – hö – i – i – krüp – mitt – muk – ne – po – scher – sü – ver – woch.

1. Millionenspiel
2. Folgt ernüchternd auf das Lösungswort
3. Er phrix die Bosse aus
4. Vorname von Herrn Hase (siehe elan 12/71 S.32)
5. Conferencier aus dem 1. Fernsehprogramm
6. Lesermeinung Zensur zum „elan“-Song-Magazin
7. Kürzlich verstorbener elan-Mitarbeiter (s. elan 2/72)
8. „Stellvertreter Goethes auf Erden“

Die ersten Buchstaben der Lösung erinnern Euch an einen wichtigen Termin in diesem Monat, die letzten ergeben die Meinung von F.J. Strauß zur Mitbestimmung.

Einsendeschluß:

30. Februar 1972

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen!

1. Preis: eine Platte, die schon einmal unter dem Hammer war
2. Preis: ein Hammer

1. Fußball
2. Aschermittwoch
3. Süverkrüp
4. Chris
5. Höfer
6. Igitigitt
7. Nepomuk
8. Grass

Lösung: FASCHING LHPSTKS

POST

An Redaktion
"elan"
46 Dortmund
Brüderweg 16

Leserbriefe können oftmals leider nur gekürzt veröffentlicht werden. Wir bitten um Verständnis. Die Briefe erscheinen nicht unter Verantwortung der Redaktion.

PS.
Betrifft:
Briefkontakte

Liebe Leser!
Schreibt uns
Eure
Adressen-
wünsche. Wir
werden Euch
gerne
Anschriften
aus den
verschiedenen
Ländern
übersenden.



Aktionseinheit

Es ist interessant zu lesen, daß die Jusos auf ihrem Strategiekongreß in Hannover der Aktionseinheit mit den Kommunisten eine Absage erteilt haben. Doch auf diesem Kongreß wurden auch richtige Erkenntnisse gewonnen. Der Bundesvorsitzende Karsten Voigt stellte fest, daß unsere Gesellschaft geprägt sei vom Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit. Das einzige Mittel, die Einkommens- und Vermögensverhältnisse zu ändern, sei es, den Unternehmern die Verfügungsgewalt zu nehmen.

Der Genosse Voigt sollte einmal zurückschauen. Es war schon einmal der Fall, daß die Sozialdemokraten die angebotene Hand der Kommunisten ausschlugen. Die Folgen sind heute noch nicht überwunden: Faschismus und Krieg.

Deshalb muß es heute heißen: Nur die Aktionseinheit macht die Arbeiterklasse stark. Gemeinsam gegen Monopolkapital und Faschismus, für Demokratie und Sozialismus.
WILLY JURISCHKA, Celle

21 Tage Bau

Ich stellte einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung. Dieser wurde jedoch vom Prüfungsausschuß nicht anerkannt. Als ich die Herren auf ihre widersprüchliche Begründung hinwies, hielten sie mir vor, ich wolle nur ausweichen.

In der Kaserne kamen dann Verhöre, weil ich mich weigerte, eine Waffe in Empfang zu nehmen. Als nächstes wird ein Plakat sichergestellt, das ich in meiner Stube angebracht hatte. Meine Kameraden wurden über mich ausgefragt. Ein Offizier, der für mich Partei ergriff, galt von diesem Moment an nicht mehr als vertrauenswürdig.

Da ich auch durch Arreststrafen — ich saß bereits 21 Tage — nicht zu bewegen war, eine Waffe in die Hand zu nehmen, hat man die Sache dem Staatsanwalt übergeben und mir versichert, daß eine Vorstrafe meiner beruflichen Laufbahn schaden werde. Heute bekam ich die Vorladung zum Amtsgericht.

All das zeigt, wie in unserem Staat, der sich „freiheitlich-demokratisch“ nennt, im Interesse weniger das Grundgesetz manipuliert und seine Inanspruchnahme erschwert wird.
WOLFGANG BAUS, Gerolstein

Olympia

Den Olympia-Artikel von Wolfgang Gehrcke (elan 1/72) fand ich ziemlich mies. Was ist Olympia denn noch?

Eine emotional aufgebaute Monsterschau, wo Staaten nach Ruhm, sprich Medaillen, lechzen. Bei diesem nationalegoistischen Kräftevergleich — siehe Medaillenspiegel — ist keine Spur mehr von Völkerverständigung, wie H. Norpoth selbst zugeben mußte. Diese von der Medizin hochgepöppelten Roboter vollbringen angeblich sportliche Glanztaten. Daß der ständige Leistungs-Streß gesundheits-schädigend und das ganze Olympia, wo Medaillen gekauft werden, nicht mehr im Sinne Coubertins verläuft, merkt anscheinend niemand.
Bei der Eröffnungs- und

Schlußfeier sowie bei den Banketten versammelt sich auf Steuerkosten die gesamte High Society, während Vati das „Abenteuer Olympia“ vor dem neuen Olympia-Farbfernseher verfolgt und Mutti noch schnell einen Olympia-Dackel kauft, um ihn auf das Olympia-Kissen zu stellen.

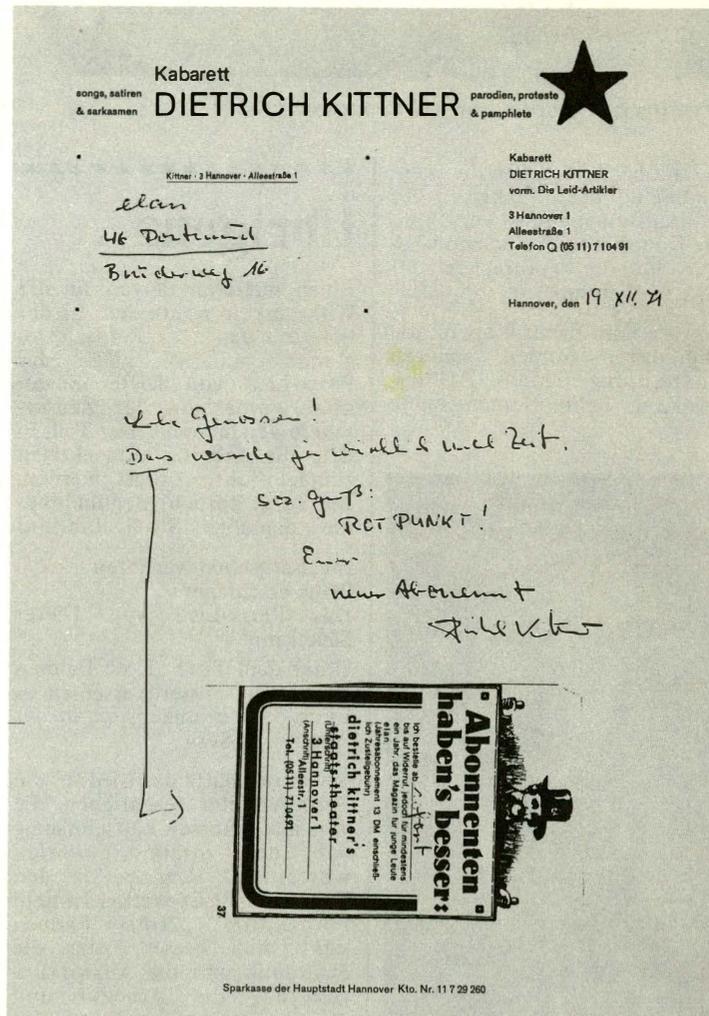
KNUT GERHARDT, Krefeld

Fehler

Zu unserem Bedauern haben wir festgestellt, daß in „elan“ Nr. 12/71; S. 12 das neueste Urteil des Bundesarbeitsgerichts zur Aussperrung falsch wiedergegeben wurde.

1. Keineswegs hat das BAG gesagt, „daß Arbeitnehmer bei einem legalen Streik in der Regel zunächst nur mit suspendierender Wirkung ausgesperrt

Leserbrief des Monats



Das wurde wirklich Zeit. Vielen Dank für die Bestellung, lieber Dietrich Kittner

werden dürfen.“ Vielmehr heißt es in den Urteilsgründen, daß je nach „Entwicklung der Lage auf der Arbeitnehmer- oder Arbeitgeberseite“ es gerechtfertigt sein kann, „daß der Arbeitgeber zur lösenden Aussperrung übergeht bzw. diese von vornherein erklärt.“ Das BAG hebt hier ausdrücklich hervor, daß dies insbesondere bei zwar legalen, aber längeren Streiks der Fall sein kann!

„elan: „Nach dem (legalen) Streik müßten die Arbeitnehmer weiterbeschäftigt werden.“ Auch das ist falsch. Das BAG stellt vollkommen unabhängig davon, ob der Streik rechtswidrig oder rechtmäßig ist, fest: Bei der Auflösung eines Arbeitsverhältnisses kann es... bleiben, wenn der Arbeitsplatz während des Arbeitskampfes endgültig anderweitig besetzt ist oder durch Rationalisierung... endgültig weggefallen ist.“ Selbst für den Fall eines rechtmäßigen Streiks konstatiert das BAG ausdrücklich: „Der Arbeitgeber kann versuchen, die Arbeitsplätze ‚einzusparen‘ (Rationalisierung) bzw. anderweitig zu besetzen, insbesondere wenn eine längere Dauer des Arbeitskampfes zu erwarten ist.“

„Fazit: Der Beschluß des Großen Senats des BAG v. 21.4.71 hat praktisch keine Änderung der derzeitigen Rechtslage gebracht.“

„Damit künftig hier nicht mehr solche Fehler passieren, sei gleich auf den Abschnitt ‚Kampfparität‘ des demnächst erscheinenden marxistischen Taschenbuchs über Klassenjustiz (Verlag Marxistische Blätter), sowie auf den Abschnitt ‚Arbeitsrecht‘, der ebenfalls in nächster Zeit erscheinenden Lohnstudie des IMSF Frankfurt verwiesen.“

WOLFF GEFFKEN, Hamburg

Nicht mit allem einverstanden

„Ich lese Eure Zeitung nun seit 3 Jahren und ich muß sagen, sie gefällt mir einigermaßen gut. Das Wort „einigermaßen“ drückt es schon aus, daß ich nicht mit allem einverstanden bin, was Ihr schreibt. Dies soll allerdings nicht bedeuten, daß ich die Zeitschrift „ELAN“ von ihrem Inhalt her herabwürdige. Aber da ich nun einmal jede Zeitschrift kritisch lese, kann eine gewisse Kritik nicht ausbleiben. Meiner Meinung nach ist Eure Zeitschrift ziemlich einseitig aufgebaut.“

„Was ich allerdings sehr an der „ELAN“ loben möchte, ist die

Offenheit, mit der sie Mißstände in den Betrieben aufzeigt. Ich selbst bin Jugendfunktionär in der IG Metall und habe auch häufig mit diesen Problemen zu tun. Auf Grund Eurer Berichterstattung konnte ich einiges für meine Gewerkschaftstätigkeit hinzulernen. Und ich würde mich freuen, wenn Ihr in diesem Sinne weiterarbeiten würdet.“

PETER LÖSCHNER, Witten

Lob

Hiermit bestelle ich den elan-Jugendkalender 1972. Ich hoffe, daß es dafür noch nicht zu spät ist.

Übrigens: die Januar-Ausgabe des elan ist die beste, die ich je gelesen habe.

Martin

MARTIN MÜLLER, Ockholm



Gekündigt

Als Ferienarbeiter bei der Firma Bettermann in Lendringen/Sauerland widerfuhr mir folgendes:

Ich wollte vom 20.12.71 bis zum 8.1.72 in einer kaufmännischen Abteilung arbeiten, wurde aber ins Lager abgeschoben. Am 30. Dezember waren die Inventurarbeiten abgeschlossen und ich wurde rausgeschmissen: Grund: ich wurde nicht mehr benötigt.

Offensichtlich paßte dem Meister meine Meinung nicht. Ich forderte die 7,5 Prozent Tarifierhöhung für mich (mein Lohn wurde vor den Tarifverhandlungen abgesprochen). Außerdem bestand ich darauf, Arbeitshandschuhe zu bekommen. Und am 30. wollte ich einen Vorschub.

MICHAEL SALMEN, Oberhausen

Bestellt sofort:

elan-Jugendkalender 1972 mit 13 Vierfarb-Posters und Verzeichnis von wichtigen Daten aus der Arbeiterjugendbewegung.

Preis: DM 4,80

Wo fehlt eine?



Bei uns alle Schreibmaschinen. Riesenauswahl, stets Sonderposten. - Kein Risiko, da Umtauschrecht - Kleine Raten. Fordern Sie Gratiskatalog 286 w

NÖTHEL Deutschlands großes Büromaschinenhaus
A. O. - M. Z. H.
34 GÖTTINGEN, Postfach 601

Die junge und schicke Art Urlaub zu machen: Prospekte bitte anfordern!



Agentur Flegel und Jagow
Reisedienst
2 Hamburg 22, Kanalstr. 73,
Tel.: 2 29 96 66

... und dann einschicken an:
Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund, Brüderweg 16

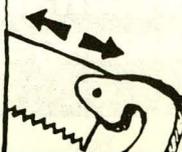


Abonnenten haben's besser:

Ich bestelle ab _____ bis auf Widerruf, jedoch für mindestens ein Jahr, das Magazin für junge Leute elan. (Jahresabonnement 13 DM einschließlich Zustellgebühr)

(Unterschrift)

(Anschrift)



Eulenspiegel-Verlag
DDR 108 Berlin, Kronenstr. 73/74

Klassiker der Karikatur

Mit der Reihe „Klassiker der Karikatur“ stellt der Verlag die bedeutendsten deutschen und internationalen Karikaturisten der Vergangenheit vor. Die Bildbände enthalten jeweils eine Auswahl der besten Zeichnungen der Künstler, ein Nachwort, biographische Daten sowie Quellenangaben.

Thomas Theodor Heine,
Herausgeber: Lothar Lang,
160 Seiten, Leinen 10,80

Rudolf Wilke,
Herausgeber: Lothar Lang,
84 Seiten, Leinen 8,10

James Gillray,
Herausgeber: Georg Piltz,
104 Seiten, Leinen 7,30

Walter Trier,
Herausgeber: Lothar Lang,
160 Seiten, Leinen 11,80

Paul Gavarni,
Herausgeber: Georg Piltz,
112 Seiten, Leinen 11,80

In Vorbereitung:

Fritz Koch-Gotha,
Herausgeber: Regine Timm

Ferdinand von Reznicek,
Herausgeber: Gerhard Flügge

Neuer Start mit der neuen **EXAKTA**

VX 1000



J-039

Das Erscheinen dieser vollendeten Kleinbild-Spiegelreflex 24 mm x 36 mm sollten Sie zum Anlaß nehmen, mit ihr fotografisch neu zu starten. Wie alle erfolgreichen EXAKTA-Leute bestätigen, fördert der faszinierende Eindruck, den schon das strahlend helle große Reflexbild dieser Kamera vermittelt, Bildschöpfungen mit eigener Note. Da noch die Vielseitigkeit und Zuverlässigkeit der EXAKTA VX 1000 hinzukommen, muß Ihr Fotoschaffen mit dieser ausgereiften Spiegelreflex einen gewaltigen Aufschwung nehmen, denn Sie können ja auf jedem Gebiet mit optimaler Ausrüstung und Sicherheit arbeiten. Als Mittelpunkt des weltbekannten Original EXAKTA-Systems aus Dresden ist auch die EXAKTA VX 1000 für jeden Zweck ausbaufähig, so daß sie immer zeit- und wertbeständig bleibt. Sie stammt übrigens aus der Welt ältesten Spezialfabrik für einäugige Kleinbild-Spiegelreflexkameras und verkörpert die in 32 Jahren gesammelten reichen Erfahrungen.

Auswechselbare Einstellsysteme, Fresnellinse mit Mikroraster-Einstellfeld, Schlitzverschluß 12 s bis $1/1000$ s sowie B und T, Selbstausröser für 6 s bis $1/1000$ s, Schnellaufzug und Rückspulkurbel, Rückkehrspiegel, auswechselbare erstklassige Normal- und Spezialobjektive mit vollautomatischer Blende, drei Blitzlichtanschlüsse.

Ihr Fotohändler erklärt Ihnen gern alle technischen Einzelheiten, und wir senden Ihnen ausführliche Druckschriften. Verlangen Sie bitte auch unseren 32seitigen „Zubehörkatalog“.

Original

**EXA
EXAKTA**

Dresden



IHAGEE KAMERAWERK AG in Verwaltung • DDR 8016 DRESDEN

DURCH DICK & DÜNN

Die Kamera muß immer dabei sein. Schußbereit und jeder Situation gewachsen. Finden wir doch die besten Motive in unvorhergesehenen und »schwierigen Situationen«. Und hier hilft nicht irgendeine – hier brauchen Sie eine universelle Kamera. Eine echte einäugige Spiegelreflex. Eine Kamera mit allen Raffinessen, jedoch unkompliziert und nicht zu teuer: die PRAKTICAnova I



PRAKTICA nova I

Echte einäugige Kleinbild-Spiegelreflexkamera
24 x 36 mm • Wechselobjektive 20 mm bis 1000 mm
Brennweite • Filmeinlegeautomatik
PENTACON-Loading (PL) • Prismensucher mit hellem, seitenrichtigem und parallaxenfreiem Sucherbild • Fresnellinse mit Mikroprismenraster und Mattscheibenringfeld • Rückkehrspiegel • Schlitzverschluß (1/2s bis 1/500s) • Universelles Zubehör • Modell PRAKTICAnova IB mit eingebautem fotoelektrischem Belichtungsmesser

VEB PENTACON DRESDEN